

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 27. Februar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Entwurf des neuen Organisations-Statuts.

Der Parteitag zu Jena hatte ein neues Organisationsstatut geschaffen, das eine gemäßigtere Zentralisation schuf, wie sie durch den Fortfall des Verbindungsverbotes für politische Vereine möglich geworden war und die den Bedürfnissen des gewachsenen Parteipersönlichkeits entsprach. Das Reichsvereinsgesetz gibt die Möglichkeit, die Listen auszufüllen, die in diesem System wegen der besonders rückständigen Vereinsgesetzgebung einiger Bundesstaaten noch gelassen werden mußten. Die Zulassung der losen Organisation durch Vertrauensmänner kann gesichert werden, weil es jetzt im ganzen Reich möglich ist, sozialdemokratische Vereine zu bilden; auch die weiblichen Vertrauenspersonen können künftig entbehrt werden, da die Frauen nun überall das Recht haben, den Parteivereinen beizutreten. Die völlige Schließung des Ringes der Wahlvereine gibt dann die geeignete Basis für einige andere Bestimmungen, die schon lange angestrebt wurden: die Beschickung des Parteitages nach einem gemäßigten Proportionalssystem und die Festsetzung eines Mindestbeitrages. Solange sich ein Teil der Parteigenossenschaft nicht in Vereinen organisieren konnte, war seine Einordnung in ein Verhältniswahlsystem für die Parteitagdelegation sehr schwierig und von der Festsetzung einer Mindestleistung des Einzelnen konnte in den betreffenden Gebieten nicht die Rede sein.

### Wahlkreisverein und Parteizugehörigkeit.

Die Änderungen, die der Statutentwurf vorschlägt, den die vom Rürnberger Parteitag gewählte, aus Genossen aller Reichsteile zusammengesetzte Kommission aufgestellt hat, betreffen in der Hauptsache diese Punkte. Der Abzug des Jenaer Statuts über die Vertrauenspersonen (§§ 7 und 8) und der § 10 von den weiblichen Vertrauenspersonen sind gefürchtet. Der Wahlkreisverein wird zur einzigen Grundlage der Organisation gemacht. Konsequenterweise bestimmt deshalb auch der § 1 über die Parteizugehörigkeit, daß für sie neben der Anerkennung der Parteigründliche die Mitgliedschaft in der Parteiorganisation Bedingung ist. Die bisherige dehnbare Bestimmung, wonach dauernde Unterstützung der Partei durch Geldmittel erforderlich ist, konnte fallen und im § 2 konnte gesetzt werden, daß jeder Genosse dem sozialdemokratischen Verein seines Wahlkreises angehören muß, da die „zwingenden Gründe“, die nach dem jetzigen § 2 den Genossen das Recht zum Beitreten vom Verein geben, in Wegfall gekommen sind, nachdem das Vereinsgesetz die Verpflichtung der politischen Vereine zum Einreichen der Mitgliederliste aufgehoben hat. Genauere Präzisierung würde unseres Erachtens der letzte Satz des § 2 verdienen: „Erstreckt sich der Wahlkreiswahlkreis über mehrere Orte, so kann an jedem Orte ein Ortsverein des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.“ Es dürfte unseres Erachtens im Interesse der Einheit der Parteibewegung in den Wahlkreisen kein Zweifel darüber gelassen werden, daß diese Ortsvereine nur Untergruppen des Wahlkreisvereins sein dürfen, deren Kompetenz nur so weit geht, als sie von den Wahlkreisorganisationen herfließen wird. Denn auch die Regelung rein örtlicher Verhältnisse kann öfter ein erhebliches Interesse des ganzen Wahlkreises berühren. Es empfiehlt sich daher auch, daß an Stelle der Bezeichnung „Ortsvereine“ das Wort „Ortsgruppen“ gesetzt wird.

### Bezirks- und Landesorganisationen.

Das Verhältnis der unteren Glieder zu den oberen und das Maß der Befugnisse jedes Teiles kommt auch bei den Bestimmungen des § 3 in Frage, wonach sich die sozialdemokratischen Vereine zu Bezirks- und Landesorganisationen zusammenschließen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen dürfen. Die Kommission hat diese Bestimmung umändert aus dem Jenaer Statut übernommen. Im Interesse größerer Klarheit wäre es, wenn die Befugnis der Landesorganisationen zur „selbständigen Führung der Parteigeschäfte“ näher präzisiert würde durch die Freilich bei vernünftiger Auslegung auch ohne ausdrückliche Aufzählung selbstverständliche Bestimmung, daß diese selbständige Führung innerhalb der durch die Beschlüsse der Gesamtpartei gezogenen Grenzen bleiben muß. Indirekt wird das schon durch die Bestimmungen über den Parteitag festgelegt. Der § 7 sagt eingangs, daß der Parteitag die oberste Vertretung der Partei bildet, und im § 11, Absatz 4 wird ihm die Beschlusshoheit über die Parteiorganisation und alle das Parteilieben berührenden Fragen zugewiesen. Es könnte indes nicht schaden, wenn dieser Punkt allen Auslegungsmöglichkeiten entzogen würde durch eine unabweisliche Erklärung, daß die Autonomie der Landesorganisationen in Bezug auf ihre speziellen Landesangelegenheiten nicht absolut ist, sondern daß die Gesamtpartei berechtigt ist, auch hierüber Beschlüsse zu fassen, sobald Landesangelegenheiten die Interessen der Gesamtpartei berühren.

### Die Parteisteuer.

Sehr zu billigen ist die Einführung des Mindestmonatsbeitrages für männliche Mitglieder auf 30 Pf. Das wird jene großstädtischen Kreise, die über diesen Beitrag noch nicht oder nicht wesentlich hinausgekommen sind, daran hindern, es den Kreisen gleich zu tun, die einen Wochenbeitrag von 10 Pf. eingezahlt haben. Außerdem wird dadurch Anstöße im vorgeblich, wie sie die Genossen von Bayern und Anhalt mit der Teilung des Beitrags in Grundbeitrag und Lokalaufschlag gemacht haben. Vom Grundbeitrag entrichten sie die

vorgeschriebenen 20 Proz. an die Zentralkasse, vom Lokalaufschlag nichts. Diese künstliche Verkleinerung des an die Zentralkasse zu entrichtenden Pflichtteils ist also künftig nicht möglich — so lange die Höhe des Gesamtbeitrages 30 Pfennig nicht übersteigt. Geht allerdings die Organisation über den Mindestbeitrag hinaus, so ist in den Bestimmungen des Entwurfs kein Kiegel gegen Teilungen des Beitrags in prozentpflichtigen Grundbeitrag und nichtprozentpflichtigen Lokalaufschlag vorgehoben. Es sollte deshalb erwogen werden, ob gegen solches Verfahren nicht eine besondere Sicherung zu schaffen ist.

### Geschäftsberichte.

Sehr zweckentsprechend ist die Ansetzung eines gleichen Geschäftsjahres für alle Parteioorganisationen. Nur so wird erreicht, daß die dem Parteivorstande alljährlich am Schluß des Geschäftsjahres einzureichenden Berichte der Wahlkreis-, Bezirks- und Landesorganisationen, auf Grund deren der Parteivorstandsbericht an den Parteitag erfolgen soll, einen brauchbaren Überblick über den Stand der Partei liefern. Zu begründen ist aus demselben Grunde die Forderung, daß diese Berichtstätigkeit künftig an der Hand eines vom Parteivorstande herausgegebenen Fragebogens stattfinden soll.

### Die Eingliederung der Frauen.

An Stelle der fortfallenden weiblichen Vertrauenspersonen, die die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu betreiben hatten, schafft der Entwurf Ersatz durch die Bestimmung, daß Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, ihnen eine Vertretung im Vorstand gewähren müssen. Diese weiblichen Vorstandsmitglieder haben im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand vornehmlich die Frauenagitation zu betreiben.

Man könnte einwenden, daß diese Bestimmung zu weit gehe, da sie die Vertretung der Genossinnen im Vorstand selbst dann zur Pflicht macht, wenn nur eine ganz geringe Zahl von weiblichen Mitgliedern vorhanden ist; ein gewisser Verhältnisgrad weiblicher Mitglieder der Organisation müsse die Bedingung für dieses Recht sein, wenn nicht eine Bevorzugung der Frauen vor den Männern eintreten sollte. Diese Argumentation geht indes von falschen Voraussetzungen aus. Die Vertretung der Frauen im Vorstand ist nicht eine Forderung, die aus dem Standpunkt fließt, daß die Geschlechter gleichberechtigt sein sollen. Von diesem Standpunkte aus wäre eine solche Bestimmung ganz überflüssig, da die Vertretung der Frauen, Vorstandsmänner zu bekleiden, von keinem Genossen bestritten wird. Die Bestimmung rechtfertigt sich aber deshalb, weil eben für die Frauenagitation, die ihre besonderen Aufgaben neben denen der allgemeinen Agitation hat, besondere Organe vorhanden sein müssen, und weil diese Agitation am besten durch Frauen betrieben werden kann. Wo die Zahl der Frauen in der Organisation noch klein ist, wird gerade die Wahl einer Frau in den Vorstand ein erzieherisches, die Frauenagitation belebendes Moment sein, das die Zahl der organisierten Frauen steigern wird.

Die niedrigere Bemessung des Frauenbeitrages rechtfertigt sich durch den Umstand, daß der größere Teil der Frauen kein selbständiges Einkommen hat. Die obligatorische Lieferung der „Gleichheit“ entspricht den besonderen Bedürfnissen der proletarischen Frauenbewegung, die als jüngerer Zweig der Arbeiterbewegung besonderer Förderung und Vertiefung bedarf.

Fallen soll nach den Vorschlägen der Kommission das bisher geltende Recht der Genossinnen, in besonderen Frauenversammlungen besondere weibliche Delegierte zum Parteitag neben den von der Wahlkreisorganisation entsendeten zu wählen. Dafür tritt die Bestimmung im Absatz 1 des § 7 ein: „Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.“ Es wird also kein zwingendes Recht für die Frauen geschaffen. Indes dürfte, da die Bedeutung der Frauenbewegung im allgemeinen nirgends mehr verkannt wird, die Bestimmung genügen, um den Frauen einen gebührenden Anteil an der Parteitagdelegation zu sichern. Sollte die Praxis wider Erwarten ein anderes Resultat ergeben, so wäre zu erwägen, ob man nicht das Anrecht der Frauen auf Delegierte an einen bestimmten Prozentsatz weiblicher Mitglieder der Organisation knüpfen kann.

Das bisherige Recht der Frauen auf Sonderdelegierte mußte in dem Entwurf fallen, weil er die Vertretung auf dem Parteitage wesentlich umgestaltet. Mit der Einführung des Proportionalsystems für die Zusammensetzung des Parteitages sind Sonderdelegierte der Frauen unverträglich, weil sie das durch die Verhältniswahl hergestellte Stärkeverhältnis der Wahlkreise auf dem Parteitage wieder verschoben würden.

### Die Parteitagdelegation.

In der Einleitung haben wir das im Entwurf vorgesehene Wahlsystem ein gemäßigtes Proportionalssystem genannt. Es bis zu seinen äußersten Konsequenzen auszuarbeiten, verbieten mehrere Gesichtspunkte. Einmal ist eine zu große Kopfszahl des Parteitages im Interesse der Arbeitsfähigkeit nicht erwünscht, zweitens aber müssen die Wahlkreise mit schwächerer Bewegung unbedingt das Recht der Vertretung auf dem Parteitage haben, weil gerade ihre Erfahrungen für die Partei wichtig sind, und weil die Stärkung der Bewegung in diesen Kreisen eine der wesentlichsten Aufgaben unserer Agitation ist. Die Partei muß die Bedürfnisse dieser Kreise stets gut kennen, sie bleibt dadurch vor der Gefahr bewahrt, ihre Beschlüsse lediglich auf Grund des Standes der Partei in den großstädtischen Gebieten zu treffen und sich über die Entwicklung der Partei in den weniger entwickelten Bezirken Täuschungen hinzugeben. Ebenso selbstverständlich ist aber, daß der Wille der Partei nicht zum vollen richtigen Ausdruck kommt, wenn in ihrem Parlament der Einfluß zehntausender großstädtischer

Genossen nicht größer ist, als der von einigen hundert ländlicher Genossen.

Ob der Vorschlag des Entwurfs zwischen diesen beiden notwendigen Anforderungen, die zu stellen sind, die richtige Mitte hält, ist nur auf Grund sorgfältiger Berechnungen festzustellen, für die uns zurzeit die nötigen Unterlagen nur teilweise zur Verfügung stehen. Wir behalten uns daher hier unsere definitive Stellung noch vor. Zu wünschen wäre es, daß die Kommission noch nachträglich eine Begründung dieser Bestimmung gäbe, die Zahlen vorlegte, auf Grund deren sie zu ihren Maßstäben gelangt ist.

### Das Privileg der Reichstagsfraktion.

Nicht einverstanden können wir damit sein, daß der Entwurf das Privileg der Reichstagsabgeordneten, am Parteitag mit vollen Rechten teilzunehmen (daß sie in parlamentarischen Angelegenheiten kein Stimmrecht haben, ist selbstverständlich) weiterbestehen lassen will. Gewiß ist eine innige Verbindung zwischen Fraktion und Parteitag sehr zu wünschen — aber diese engere Fühlung ist auch zu erreichen, wenn man den Reichstagsabgeordneten nur beratende Stimme in allen Parteitagangelegenheiten gibt. Sie hätten dann freilich immer noch mehr Recht als der mandatslose Genosse und könnten unter Umständen durch ihre Reden auf die Beschlüsse größeren Einfluß gewinnen. Dem demokratischen Ideal läme deshalb ein ledigliches aus gewählten Delegierten bestehender Parteitag am nächsten. Auf alle Fälle aber muß der jetzige Zustand fallen, daß der Reichstagsabgeordnete das Recht hat, in allen nichtparlamentarischen Angelegenheiten seine Stimme in die Waagschale zu werfen. Denn dadurch wird die Stimme eines Einzelnen denen ganzer Organisationen gleichgestellt und da keineswegs gesagt ist, daß der Abgeordnete eines Wahlkreises und seine Organisation in wichtigen Parteifragen übereinstimmen, so können, wenn die Fraktion bei den nächsten Wahlen wieder stärker wird, ihre Stimmen das Abstimmungsergebnis so beeinflussen, daß ein falsches Bild vom Willen der Parteimehrheit entsteht. Die Vertretung der Fraktion durch eine Delegation kann unseres Erachtens nicht in Frage kommen, weil es nicht möglich erscheint, diese Delegation so genau anzusetzen, daß sie alle Strömungen in der Fraktion getreu wiedergibt.

### Der außerordentliche Parteitag.

Dagegen vermögen wir nicht einzusehen, weshalb die Bestimmung fortzufallen soll, daß auf Beschluß der Mehrheit der Reichstagsfraktion ein außerordentlicher Parteitag einzuberufen ist. Hier scheint der Formalismus, die Erwägung, daß die Fraktion kein Glied der Parteiorganisation ist, den Sieg über die Zweckmäßigkeit davongetragen zu haben. Dieses Recht der Fraktion kann in kritischen Augenblicken, wo alles auf schnelles Handeln ankommt, von Wert sein, weil die Fraktion in der Parlamentzeit stets beisammen ist. Die Kontrollkommission muß erst zusammenberufen werden und das Veto eines Mitgliedes kann ihren Beschluß verhindern. Der Parteivorstand kommt nicht in Betracht, insofern der Parteitag gefordert wird, weil eine seiner Maßnahmen umgestoßen werden soll. Der Antrag der 15 Vorstände der Bezirks- bzw. Landesorganisationen braucht selbstverständlich noch mehr Zeit, als der der Kontrollkommission.

Uebrigens bedeutet die Änderung im Absatz 3 des § 12 auch eine erhebliche Erschwerung des Einberufens eines außerordentlichen Parteitages. Im jetzigen Statut heißt es, daß er einzuberufen ist, wenn 15 Wahlkreise es fordern, jetzt sollen die Vorstände von 15 Bezirks- bzw. Landesorganisationen dazu erforderlich sein. Da die Vorstände dieser Organisationen doch im allgemeinen nur im Einverständnis mit den in ihnen vereinigten Wahlkreisorganisationen oder doch der Mehrheit von ihnen handeln werden, so erhellt, daß künftig viel mehr als 15 Wahlkreise nötig sein würden, um einen außerordentlichen Parteitag zu erlangen. Wodurch sich solche Erschwerung rechtfertigen soll, ist nicht einzusehen.

### Ausschluß und Wiederaufnahme.

Erhebliche Änderungen sind bei den Vorschriften über den Ausschluß und die Wiederaufnahme erfolgt. Im ganzen genommen scheinen sie glücklich getroffen zu sein. So ist es sehr zweckmäßig, daß der Zusammentritt eines Schiedsgerichts nur in den Fällen noch nötig ist, wo einer der Beteiligten gegen die erstinstanzliche Entscheidung des Vorstands der Bezirks- bzw. Landesorganisation Berufung anmeldet; ebenso ist es zu begrüßen, daß den Instanzen ausdrücklich das Recht gegeben wird, in solchen Fällen, wo sie nicht auf Ausschluß zu erkennen genötigt sind, auf Suspendierung von Mitgliedern und Rügen zu erkennen, welches Recht bisher bisweilen bestritten wurde, ebenso wie das Recht der Organisationen, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen, das nun auch ausdrücklich festgesetzt wird. Notwendig erscheint und noch die Einfügung, daß auch gegen die Entscheidungen, die nicht auf Ausschluß lauten, Berufung an die höchsten Instanzen eingelegt werden kann. Da eine Instanz vor dem Schiedsgericht eingeschoben wird, so kann ohne Schaden eine der höheren Instanzen nach dem Schiedsgericht fortschaffen, nämlich die Kontrollkommission, die dadurch wesentlich entlastet wird und für ihre anderen wichtigen Aufgaben mehr Zeit gewinnt.

Eine notwendige Ergänzung der Ausschlußgebände bedeutet die Bestimmung des § 23, daß der Ausschluß auch erfolgen kann, wenn ein Mitglied wiederholt in bewusster Weise die Parteinteressen schädigt. Nur die Worte „in bewusster Weise“ erscheinen uns nicht angebracht. Sie werden lediglich den Nichtern Veranlassung zu allerlei psychologischen Zisteleien geben, während es für eine kämpfende Partei im Effekt ziemlich gleichgültig ist, ob ein Mitglied bewusst oder unbewusst die Parteinteressen wiederholt schädigt. Wer die Folgen seiner Handlungen so wenig zu überblicken vermag, daß

**Die Inserations-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne geile oder deren Raum 30 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.



er — in wiederholten Fällen — nicht voraussehen imstande ist, ob sie Parteinteressen schädigen werden, der ist sicher kein Gewinn für die Partei. Zudem gibt ja das Wort „Lana“ in dem Satz ohnehin die Handhabe, bei mildernden Umständen vom Ausschluß abzusehen.

### Parteiorgan.

Beim Abschluß der Parteivorstände ist eine der im Entwurf vorgeschlagenen Änderungen in der Praxis schon vorhanden: die Vermehrung der Beisitzer um eine Genossin. Die andere, die die Verpflichtung des Vorstandes feststellt, bei wichtigen, die Gesamtorganisation betreffenden Fragen Sekretär der Landes- bzw. Bezirksorganisationen gutachtlich zu hören oder zu einer Konferenz zu berufen, macht aus einem Recht, das der Vorstand bisher mehrfach ausgeübt hat, eine Pflicht.

Sonst ist der Abschluß unverändert geblieben. Unseres Erachtens zu Unrecht. Ein Ausbau der jetzigen Bestimmungen über die Zusammenfassung des Parteivorstandes scheint uns dringend erforderlich. Für die Erledigung der laufenden Parteigeschäfte genügt der heutige Apparat des Parteivorstandes. Eine Erweiterung aber hat er notwendig in seiner Eigenschaft als leitende Körperschaft in politischen Fragen. Dieser Aufgabe kann er um so besser genügen, je breiter seine Basis ist, je mehr er durch die Personen seiner Mitglieder Kenntnis hat von dem Fühlen und Wollen der Partei und mit ihnen Organen in Fühlung lebt. Natürlich darf der Apparat nicht zu schwerfällig werden, um die oft sehr notwendige Schnelligkeit der Beschlüsse nicht zu behindern. Eine Teilung in engeren und weiteren Parteivorstand ist deshalb erwägenswert. Der erstere muß an einem Ort vereinigt sein, der andere, der im allgemeinen nur in bestimmten längeren Zeiträumen, außer der Reihe nur bei sehr wichtigen Angelegenheiten zu berufen ist, hätte die verschiedenen Gebiete des Reiches zu repräsentieren. Ansätze zu dieser Institution sind in der Kontrollkommission und in den Konferenzen der Landes- bzw. Bezirksorganisationsvertreter zu erkennen, die der Vorstand bei wichtigen, die Gesamtorganisation betreffenden Fragen einzuberufen hat. Will man es bei der Erprobung dieser Institution zunächst belassen, so erscheint uns aber die Vermehrung des Parteivorstandes um etwa drei Mitglieder um so notwendiger. Zwei davon müßten führende Genossen aus der Gewerkschaftsbewegung sein. Je länger je mehr macht sich das Bedürfnis bemerkbar, daß Partei und Gewerkschaften in wichtigen Angelegenheiten der kassendewussten Arbeiterbewegung zusammenarbeiten und in mehreren Fällen ist solches gemeinsames Wirken bereits erfolgt. Die notwendige Verständigung würde sich weit leichter und glatter vollziehen, wenn zwei im Vordergrund stehende Gewerkschaftler im Parteivorstand säßen. Sie würden mehr als bisher Einblick in die Bedürfnisse der Partei gewinnen und die Informationen, die sie der Leitung der Gewerkschaften vermitteln würden, könnten Schwierigkeiten leichter beseitigen, als jetzt Verhandlungen von Körperschaft zu Körperschaft. Die Wahl dieser Genossen hätte auf dem Parteitag zu erfolgen, wobei es im Zweifelsfall die Zustimmung der Gewerkschaftler in bezug auf die Personen dabei gebührend berücksichtigt werden.

Das ist, was wir zunächst zum Entwurf zu bemerken haben. Die Diskussion, die in der Parteipresse schon begonnen hat und die wir hier im wesentlichen wiedergeben werden, wird uns jedenfalls auch zu weiteren Erörterungen Anlaß geben.

### Aus der Geschäftsordnungskommission.

In der Sitzung am Freitag wurde wieder mit beratiger „Gründlichkeit“ gearbeitet, daß anstatt der beabsichtigten Beendigung der zweiten Lesung nur ein Viertel des Beschlusses bewältigt wurde. Zunächst entsefelte Herr Kretz (L) eine eingehende Debatte über die Frage, ob die Namensunterschriften unter Interpellationen sämtlich handschriftlich gegeben werden müßten oder nicht. Der Antisemit Graf erlaubte sich die Insinuation, die Sozialdemokratie habe Interpellationen eingereicht mit nachgemachten Unterschriften abwesender Mitglieder. Von Singer energisch zur Rede gestellt, daß er die absolut falsche Behauptung beweisen solle, wollte er „nur beispielsweise“ die sozialdemokratische Fraktion genannt haben! In der weiteren Debatte ergab sich aus der Vorlesung einer Reichstagsverhandlung durch den konservativen Abgeordneten Winkler, daß gerade der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg für die antisemitische Fraktion sich zu der Praxis bekannt hatte, die Herr Graf beispielsweise der Sozialdemokratie zugeschrieben hatte! Nachdem volle zwei Stunden über die Modalitäten der Namensunterschriften hin und her geredet war, einigte sich die Kommission darauf, dem Reichstag folgende Praxis bei der Unterzeichnung von Interpellationen zu empfehlen:

Die erforderlichen 30 Unterschriften für eine Interpellation sind immer eigenhändig zu vollziehen. Der Präsident hat bei Entgegennahme der Interpellation das zu kontrollieren. Bei der Drucklegung der Interpellation ist es statthaft, auch noch die Namen der übrigen Mitglieder der Fraktion hinzuzufügen, ohne daß ihre eigenhändige Unterschrift vorliegt.

Der § 32 wurde dann in der Kommissionsfassung erster Lesung angenommen.

Zu dem § 33 lagen mehrere Anträge vor. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um einen sozialdemokratischen Antrag. Nach der Kommissionsfassung erster Lesung soll nämlich nur dann eine Besprechung einer Interpellation durch 30 Mitglieder erwirkt werden können, wenn der Reichskanzler entweder sie beantwortet oder die Verantwortung abgelehnt hat. Verschleppt er die Verantwortung über zwei Wochen, so soll das Hans nur mit Mehrheitsbeschluß die Besprechung festsetzen können. Die Sozialdemokraten beantragen nun, daß die Besprechung, wie in den anderen Fällen, schon auf Antrag von dreißig Mitgliedern zu erfolgen hat. Ledebour begründete den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß nach dem geltenden Recht zwar durch die Verschleppungstaktik der Reichskanzler überhaupt die Besprechung vereitelt kann; würde aber die Fassung erster Lesung Gültigkeit erlangen, so würde die Reichstagsmehrheit ihm das Odium der Vereitelung einer Besprechung abnehmen können. Seien also Regierung und Reichstagsmehrheit im Einverständnis, so würde die Besprechung einer Interpellation weit häufiger vereitelt werden. Es widerspreche auch dem Wesen des Interpellationsrechts an sich, daß die Mehrheit die Besprechung einer Interpellation verhindern könne. Interpellationen seien vorzugsweise ein parlamentarisches Kampfmittel der Minderheiten zur Ausübung ihrer Funktion der Kritik an dem herrschenden System.

Gegen diese Auffassung wandten sich als Vertreter der drei konservativen Richtungen die Abgg. Kretz, v. Dirksen und Graf in wesentlicher Uebereinstimmung, weil es gefährlich sei, einer Minderheit das Recht zu geben, vielleicht

zu geeigneter Zeit die Erörterung etwa einer Frage der auswärtigen Politik erzwingen zu können. Aber auch Sind (nat.) und Gaußmann (Sp.) schlossen sich diesem Argument an. Gaußmann verwechselte wieder das Recht, Beschlüsse zu fassen, mit dem Recht, Besprechungen zu veranlassen. Vom Zentrum suchte Zehner eine vermittelnde Stellung einzunehmen, Kooren und Kirsch aber vertraten den sozialdemokratischen Antrag. Beide wünschten nur statt 30 Antragsteller 50 zur Erwirkung der Besprechung. Singer erklärte die Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie, auf diese Forderung einzugehen, und wies auf den Widerspruch hin, der darin liegt, daß man zwar 30 Mitgliedern das Recht zugestehen wolle, eine Besprechung zu erzwingen, wenn der Reichskanzler die Verantwortung ablehnt, aber einen Mehrheitsbeschluß zur Besprechung verlange, wenn er die Verantwortung auf unbestimmte Zeit zu vertagen sucht.

Die Fortsetzung der Debatte wurde auf Dienstag, den 2. März, anberaumt.

### Der Spitzelprozeß in Krakau.

Vor dem Krakauer Gericht fand dieser Tage bei ungeheuerem Andrang des Publikums ein Prozeß statt, der mit dem Fall Agew im Zusammenhang steht und viel Licht auf den Enthüller Agew, Michael Walai, wirft.

Angelagt war Genosse Emil Haeder, der Redakteur des Krakauer sozialdemokratischen Blattes „Naprzód“. Als Anklägerin trat die Studentin der Medizin Janina Worowska auf, welche sich in der von der „Noten Fahne“, dem Organ der Sozialdemokratie Russisch-Polen, getragenen Beamten der Warschauer Sicherheitspolizei, Walai, zusammengestellt worden war, erhielt das polnische Parteiorgan von dem Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, Janina Worowska eines der polnischen Sozialistischen Arbeiterpartei (P. P. S.) in Russisch-Polen Dienste, indem sie Parteiliteratur über die Grenze schmuggelte. Da sie sich in jenen perniciösen Verhältnissen befand, empfing sie auch durch Krakauer Parteigenossen materielle Unterstützung. Die Nachricht, daß sie im Dienste der Polizei stand, wirkte wie eine Bombe. Nachdem Haeder nähere Angaben erhielt, schrieb er einen Artikel über den Fall, obwohl ihm das nicht leicht fiel, weil er bis dahin freundschaftliche Beziehungen mit der Worowska unterhalten hatte.

Der erste Zeuge, der vernommen wird, ist Walai. Er ist jetzt erst 27 Jahre alt und zur Zeit Student der Philosophie in Paris. Mit 23 Jahren war er schon Gehilfe des Polizeichefs Peterson von der Geheimabteilung in Warschau. Sein Gehalt betrug 4000 Rubel. Eines Tages hat er im Bureau seines Chefs die Worowska gesehen, die gekommen war, sich zu Spitzeldiensten anzubieten. Sie ist dann wiederholt in Warschau gewesen und hat 100 Rubel monatliche Bezahlung erhalten.

Walai gibt an, den Dienst quittiert zu haben, weil die Untaten der Polizei ihn angewidert hätten. Als junger Mann habe er wohl verbotene Schriften gelesen, aber er sei nicht Revolutionär gewesen. Die Ungerechtigkeiten und Schenklässigkeiten hätten erst unter seinem zweiten Chef Schewialow eingesezt. Walai gibt dann eine Schilderung der Aera Schewialows. Er berichtet von den Verfolgungen und Torturen in Warschau und vor allem über die Tätigkeit der Geheimpolizei und der Spitzel. Viele Verbrechen der Polizei seien nicht einmal aus politischen Motiven, sondern aus Eigennutz und Habgier begangen worden, nur weil sie einem Wirt die Jech nicht bezahlt hatten. Ein Knabe jammerte: „Meine Mutter! Meine Mutter!“ Auch er wurde erschossen. Das geräucherte Verfahren war eine Komödie, oder aber das Gericht wurde überhaupt nicht in Anspruch genommen. Die Akten enthielten den Berner des Militärgouverneurs: Zu erschließen! oder: Nach Sibirien!

Der Vorsitzende fragt den Zeugen: Warum sind Sie in die Dohrana eingetreten? — Zeuge: Um zu verdienen. — Vorf.: Also das Wortes willen? — Zeuge: Ja, ich war ein junger Mensch. Es war, wie ich es jetzt verstehe, eine Lumperlei von mir.

Walai ist bald nach seinem Austritt verhaftet und nach Sibirien verbannt worden. Man wollte ihn, da er wohl nicht ganz sicher schien, unschädlich machen. Mit Hilfe Durzew's, dem er mittlerweile schon Mitteilungen gemacht hatte, konnte er entfliehen und ist nun derjenige, der am meisten mit zur Entlarvung des Agew beigetragen hat.

Nicht weniger interessant gestaltete sich die Vernehmung Durzew's. Dieser bestätigte bezüglich der Worowska die Angaben Walai's. Dann machte er auf Wunsch der Beschworenen Angaben über Agew. Schon als Walai ihn das erste Mal besuchte (er war damals noch bei der „Dohrana“ angestellt), habe dieser den „Propagandeur des Reiches“ als den gefährlichsten Feind der Revolution bezeichnet. Dieser habe damals den Namen Radkin geführt und sich später als Agew entpuppt. Walai habe ihm eine Liste von etwa 60 Spiegeln gegeben, die später in der „Noten Fahne“ veröffentlicht wurde. Durzew schilderte dann die unheimliche Rolle, die Agew in der revolutionären Bewegung gespielt habe, den Einfluß und das blinde Vertrauen, das er bei den Revolutionären besessen. Als er (Durzew) den ersten Verdacht äußerte, habe man ihn sogar mit dem Tode bedroht. Erst Walai habe einwandsfreie Dokumente über die Schuld Agew's beigebracht. Hätte man diesen früher geglaubt, so wäre Agew drei Jahre früher erklarrt worden und Tausende hätten vom Galgen gerettet werden können.

Die Klägerin und ihr Vertreter bemühten sich vor allem die Glaubwürdigkeit Walai's möglichst zu erschüttern. Durzew machte nähere Angaben über diesen. Nach seinem Austritt wurde er administrativ, das heißt ohne Gerichtsurteil verhaftet. Es war der Polizei sehr unangenehm, weil er zu viel Material besaß. Er bestätigt, daß der Polizeichef Peterson eine Ausnahme bildete und unter ihm keine Särendenherrschaft bestand. Jetzt lebe er bescheiden von schriftstellerischen Arbeiten.

Hochdramatisch gestaltete sich die Konfrontation Walai's mit der Worowska. Walai erkennt mit aller Bestimmtheit in der Klägerin diejenige wieder, die er bei der Warschauer Geheimpolizei zum ersten Male im Juni 1905, dann wiederholt gesehen hat. Diese behauptet, sie habe allerdings um jene Zeit und später häufig Reisen von Krakau nach Warschau unternommen, aber nur, um verbotene Schriften über die Grenze zu dringen. Sie habe sich in schlechter Lage befunden und deshalb das Angebot der Sozialrevolutionäre angenommen. Walai ist nun entlassen und fährt direkt nach Paris. Da Krakau von russischen Spiegeln wimmelt, hatten unsere Genossen einen Uebertwachungsdiens zum Schutze der Zeugen organisiert.

Der Junge Dr. Kulakowski, der 1904—1907 als Verteidiger in Warschau tätig war, stellt Walai das Zeugnis aus, daß er sich von den Gemeinheiten der Polizei ferngehalten. Er macht dann schauererregende Mitteilungen über die Anwendung der Tortur und die unheimliche Tätigkeit der Kriegsgerichte. Auch Abgeordneter Genosse Daszinski wird vernommen. Aus seinen Aussagen sind diejenigen von besonderem Interesse, die er über das

in Krakau bestehende russische Spigelwerbureau. Er nennt Krakau den „Markt für Seelenverkäufer“.

Walai's Aussagen zeichneten sich durch ihre erstaunliche Sicherheit aus. Er konnte über Einzelheiten berichten, welche Worowska, eine hysterisch veranlagte Frau, dem Chef der Warschauer Sicherheitspolizei vertraut hatte und die in Krakau nur zwei Personen bekannt waren. Den Eindruck, den Walai's Aussagen machten, sagte ein nationaldemokratischer Journalist treffend in die Worte zusammen, Walai mache den Eindruck eines Automaten, der nur wiedergebe, was in der Walze eingedrückt sei. Durzew sagte sein Urteil über Walai in den Worten zusammen: „Ich kann weder für Walai's Vergangenheit noch für seine Zukunft die Verantwortung übernehmen, aber ich bin überzeugt, daß seine Aussagen auf Wahrheit beruhen.“

Wer die Verhandlungen des Krakauer Gerichts ohne Vor-eingenommenheit verfolgt hat, muß sich diesem Urteil anschließen, natürlich, ohne für die Vergangenheit und die Zukunft Walai's die Verantwortung zu übernehmen und über die Reinheit der Motive seiner jetzigen Handlungsweise ein Urteil abzugeben. Diese Auffassung kann nicht abgeschwächt werden durch die Verurteilung des Genossen Haeder zu einem Monat Gefängnis, gegen das Haeder natürlich Berufung eingelegt hat. Dieses Urteil wird verständlich, wenn man den energischen Kampf des Krakauer Parteiblattes gegen die örtliche Korruption in Betracht zieht, der ihm in den bürgerlichen Kreisen den Ruf eines „Verleumderblattes“ eingebracht hat. Was Wunder, wenn die bürgerlichen Geschworenen sich darauf verzeigten, daß die Partei nicht ihre Fehler eingestehen wolle, damit ihre Autorität nicht darunter leide. Die Beweisaufnahme wurde als „un-genügend“ erkannt und dem Redakteur die erwähnte Strafe zudiktet.

Stolypin wird vermutlich versuchen, das Krakauer Urteil aufzuschlagen, um die Glaubwürdigkeit der Agew-Enttüllungen zu entkräften. Das wird ihm aber nur bei denen gelingen, die den Verlauf des Krakauer Prozesses nicht kennen und nur das Urteil gegen Haeder in Betracht ziehen. Denn die Zeugenaussagen, an deren Glaubwürdigkeit kein Zweifel bestehen kann, haben in völlig einwandfreier Weise das schandbare Spitzelsystem der russischen Geheimpolizei erwiesen und das Urteil bekräftigt, daß man sich über die Mittel, mit denen der Despotismus sich noch aufrecht zu erhalten versucht, überall gebildet hat.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Februar 1909.

#### Gemilberte oder ungemilberte Unterdrückung.

Aus dem Reichstage. (26. Februar.) Wer sich heute bei Beginn der Kolonialdebatte auf eine großartige Erörterung der Kolonialpolitik und auf eine eingehende Kritik der zahlreichen Mißstände gefaßt gemacht hatte, wurde arg enttäuscht. Es kamen außer dem Staatssekretär Dernburg nur Kolonialschwärmer verschiedener Färbungen zum Wort. Die Debatte drehte sich noch dazu meist um ostafrikanische Einzelfragen. Nur eine etwas geizige Auseinandersetzung zwischen Dernburg einerseits und dem Gouverneur v. Liebert und dem Dr. Arendt andererseits konnte Interesse erwecken. Es handelte sich dabei um die Methode der Regimentsbeutung. Liebert und Arendt traten ein für die ungemilberte Anwendung der Rißpferdreisenskultur, wie sie zu den schönsten Zeiten der Gouverneurenschaft Liebert's im Schwange gewesen war, während Dernburg und der jetzige Gouverneur v. Rechenberg wenigstens zu der Einsicht gekommen sind, daß die Brutalisierung der Neger das afrikanische Ausbeutergeschäft obendrein unrentabel macht. Dieser Zwist hatte schon im Vorjahre begonnen, als die nämlichen Kolonialpatronen sich zu Vorkämpfern der ausbeutungswilligen weißen Pflanzler gemacht hatten. Was damals nicht gelungen war, den Gouverneur v. Rechenberg zu stürzen, soll heute nachgeholt werden. Bezeichnend ist, daß Herr Arendt mit der Drohung operierte, wir ständen unmittelbar vor einem Aufstand in Ostafrika wegen zu milder Behandlung der Neger. Daß irgend ein Aufstand dort bevorsteht, ist ja sicher, aber durch scharfe Behandlung der Neger wären Aufstände wahrscheinlich viel früher und häufiger ausgebrochen. Dernburg konnte deshalb diesen Arendt'schen Ausfall mit dem Hinweis abwehren, daß zu Liebert's Zeiten nicht weniger als 25 Aufstände in Ostafrika ausgebrochen seien.

Morgen kommt Genosse Eichhorn zum Wort.

#### Neue Kompromißverhandlungen.

In der gestern im Leitartikel näher geschilderten ver-zwickten Lage, in der sich zurzeit der Reichskanzler befindet, hat er sich entschlossen, in höchstgelegener Person in die hinterden politischen Kulissen betriebenen Steuerkompromiß-verhandlungen zwischen dem Zentrum, den Konservativen und der Reichspartei einzugreifen. Noch gestern Abend hat er Rücksprache mit einigen konservativen Parteiführern genommen, in der er diesen erklärt haben soll, er könne sich, da die Regierung verschiedener Bundesstaaten gegen eine Erhöhung der Matrifularbeiträge auf 150 Millionen Mark protestierten, auf die vom Zentrum und von den Konservativen gemachten Vorschläge nicht einlassen; doch sei er bereit, die Nachschlagsteuer fallen zu lassen, wenn dafür die Reichserbschaftsteuer erweitert werde.

Seite vormittag haben denn auch bereits lange Konferenzen verschiedener Führer der Bloßparteien mit dem Fürsten Bülow stattgefunden, in denen dieser energisch in die Anwesenden drang, auf neue eine Verständigung zu versuchen, da anderenfalls an die Stelle des Bloß eine liberal-konservative Koalition treten werde.

Wie verlautet, soll Fürst Bülow als Ersatz für die Nachsch.- sowie die Gas- und Elektrizitätssteuer eine Erweiterung der Erbschaftssteuer, die Erhöhung des Kaffeegolts um 15 bis 20 Pfennig pro Kilogramm und die Einführung einiger kleiner Verbrauchsabgaben auf sogenannte Luxusartikel vorgeschlagen haben.

Zugleich fanden heute wieder längere Besprechungen des Reichskongress mit den in Berlin weilenden Finanzministern verschiedener Einzelstaaten statt.

Welche Stellung die Wiener und Bismarckmänner zu den Bülow'schen Vorschlägen einnehmen, ist noch nicht bekannt. Wenn sie sich nicht selbst als bloße Uhrzeure hinstellen wollen, die zwischen Morgen und Abend ihre Grundfälle wechseln, wie gewöhnliche Sterbliche ihre Senden, dann



kommen sie sich auf das Willowsche Kompromiß nicht einlassen; aber was erscheint nicht bei diesen Tagespolitikern alles möglich! Um den bloßen Schein einer Macht verschachern sie die Zukunft ihrer Parteien.

### Unternehmerdresigkeit.

Wie verhaßt den Unternehmern selbst der zwingende Arbeiterschutz ist, das tritt wieder einmal deutlich zutage in einer Eingabe des Vereins der deutschen Kalilinteressen, die sich gegen die Novelle zum preussischen Vergesetz richtet. Zwar bleibt diese Novelle weit hinter den berechtigten Forderungen der Arbeiter zurück, aber das hindert die Kalimagnaten nicht, geharnischten Protest dagegen einzulegen, daß die Vergesetzgebung sich gegenwärtig in einem Tempo vollzieht, das für die Entwicklung unserer Industrie nicht förderlich sein kann. Die Eingabe behauptet weiter, daß die Regierung die Vorlage nur eingebracht habe, um politische Unannehmlichkeiten aus der Welt zu schaffen und dem Drängen bestimmter Kreise nachzugeben, daß der Erfolg der Novelle letzten Endes nichts anderes darstelle als eine überflüssige soziale Belastung des Bergbaus, die nur den Zweck habe, der öffentlichen Meinung das Gefühl der Verunsicherung und Verdrüßigung zu verschaffen. Ganz besonders wenden sich die Herren gegen die geplante Grubenkontrolle, wenn anders man die Einführung des Sicherheitsgesetzes so nennen darf, sie halten diese Maßnahmen aus betriebstechnischen Gründen nicht für erforderlich und geben der Verfassung Ausdruck, daß durch die Gesetzgebung die politische Agitation in die Grube verpflanzt wird. Es sei zu befürchten, daß das gute Einvernehmen zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer im Laufe der Zeit sich mehr und mehr vertiefen werde. Auch für die Kalilinteressen könne die Abwanderung zur Sozialdemokratie und zu den Gewerkschaften schließlich nicht ausbleiben. Schon seien wiederholt „Eroberungszüge“ zu den Kalibergleuten unternommen worden. Wenn gleich nun nicht zu verkennen sei, daß die Einführung der Arbeiterkontrolle für die Kalilinteressen zunächst noch nicht jene einschneidenden Nachteile haben dürfte, welche im westfälischen Kohlenbezirke bei den dortigen sehr schwierigen Arbeiterverhältnissen mit vollem Recht erwartet werden, so liege es doch auf der Hand, daß bei einer erheblichen Stärkung der Sozialdemokratie und der nicht weniger schädlichen Gewerkschaften in Westfalen auch die Belegschaften der Kalibergwerke allmählich aber sicher diesen politischen Elementen zugezogen werden. Mit Hilfe der Grubenkontrolle würden die Agitatoren künftig ein viel leichteres Spiel haben, und das Gesetz diene ihnen die beste Gelegenheit, die Waffen zugunsten der feindlichen Agitation zu schärfen. Arbeiterauschüsse seien im preussischen Bergbau bereits fast allenthalben vorhanden, Arbeitsammern würden ihnen sicher beschließen werden und zu alledem solle noch das Institut der Grubenkontrolle geschaffen werden. Die Gegner würden es nicht unterlassen, alle diese Faktoren zugunsten ihrer politischen Ziele nach und nach immer mehr auszunutzen, und die Regierung, in der Absicht, den sozialen Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern, trage schließlich selber dazu bei, die Keime des Unfriedens zu mehren und sie in solche Betriebe zu pflanzen, bei denen, wie bei der Kalilindustrie, bislang der Gegensatz zwischen den Belegschaften und den Besitzern sich in störender Weise nicht bemerkbar gemacht habe.

Demagogischer kann man kaum zu Werke gehen. In Wirklichkeit fürchten die Unternehmer eine Schwächung ihres Einkommens, aber anstatt mit den wahren Gründen herauszutreten, verschänzen sie sich hinter dem Einwand einer Stärkung der Sozialdemokratie und der Handwerkervereine. Es ist die dreifache Interessenspolitik, die in dieser Eingabe zutage tritt. Kein Arbeiterschutz, sondern Arbeitertrug, das ist die Parole dieser Herren, die in ihrer blinden Gegnerschaft gegen alles, was auch nur entfernt nach Arbeiterschutz aussieht, gegen die preussische Regierung toben, der doch wirklich jeder Gedanke an einen durchgreifenden Arbeiterschutz völlig fern liegt.

### Agrarischer Unstand.

Die Schilderung von der skandalösen Behandlung, die auf dem 34. Kongreß der Steuer- und Wirtschaftsreformer dem vierundsechzigjährigen Professor Adolf Wagner zuteil geworden ist, weil dieser gefeierte konservative Gelehrte den agrarischen Sturmlauf gegen die Nachlasssteuer nicht mitmachen wollte, ist der Junkerpresse sehr unangenehm. So veröffentlicht die „Kreuz-Zeitung“ einen Brief des Vorsitzenden des agrarischen Kongresses, des Grafen v. Ritzsch-Sorquitten, an Adolf Wagner, indem er den Gelehrten ersucht, doch der Darstellung der radikalen Presse entgegenzutreten, wonach man ihn pöbelhaft behandelt habe. Er selbst, der Vorsitzende, habe nur ein oder zweimal Lachen aus der hintersten Ecke des Saales vernommen und gerügt. In derselben Nummer freilich veröffentlicht die „Kreuz-Zig.“ eine Zuschrift Wagners selbst an die Redaktion des Blattes, in der er sich gegen Unterstellungen des konservativen Hauptorgans verwahrt, die aber gleichzeitig die Stelle enthält:

„Aus den Kreisen der Versammlung wurde diesem meinem Standpunkt nicht der abweichende der „Politiker“ gegenüber gestellt, sondern man begegnete mir, der ich vor einigen Jahren ebenfalls von meinem wissenschaftlichen Standpunkte aus in derselben Versammlung unter deren großem Beifall für die Agrarrollen eingetreten war, in einer Art und in Formen, wie ich sie anderswo kaum je erlebt habe und allerdings als Freund der berechtigten Bestrebungen der Agrarier nicht erwartet hatte.“

Adolf Wagner bestätigt also selbst die agrarischen Anpöbelungen!

### Hessen und die Reichsfinanzreform.

Darmstadt, den 28. Februar. Die hessische Zweite Kammer begann heute vormittag die Beratung des Etats. Vor Beginn derselben erklärte Staatsminister Gwald: Die Beratungen in der Subkommission des Reichstages haben, wie bekannt seitwärts, eine Wendung genommen, die für die Bundesstaaten von außerordentlicher Bedeutung ist. Die Finanzminister der Bundesstaaten sind am Mittwoch in Berlin zusammengetreten, um zu den Beschlüssen der Subkommission Stellung zu nehmen. Sie konnten jedoch zu einer Einigung nicht kommen. Bei der schwerwiegenden Bedeutung dieser Beratungen ist die Anwesenheit des Finanzministers in Berlin notwendig. Er hat telegraphisch mitgeteilt, daß die Finanzminister beschloffen haben, in Berlin bis heute zusammen zu bleiben. Der Minister entschuldigte deshalb die Abwesenheit des Finanzministers. Hierauf wurde die Etatsberatung mit der Generaldebatte begonnen, in welcher von verschiedenen Rednern hauptsächlich die ungunstige finanzielle Lage des Großherzogtums beleuchtet und die Notwendigkeit einer größeren Sparsamkeit in der Verwaltung betont wurde.

### Die Weihnachtsgratifikationen im Auswärtigen Amt.

Die „Germania“ kommt noch einmal auf die Gratifikationen zurück, die etatswidrig zu Weihnachten an die Beamten im

Auswärtigen Amt bezahlt worden sind. Der Staatssekretär hatte angegeben, daß diese Gelder aus den beiden Unterstufungsfonds genommen worden sind. Diese Angabe ist unrichtig, weil beide Fonds nur mit 30 000 M. dotiert sind, während die Weihnachtsgeschenke einen erheblich höheren Betrag erreichen. Die Unterbeamten haben durchschnittlich nicht 100, sondern 300 M. bekommen; die mittleren Beamten 300—400 M. und die höheren Beamten, vortragende Räte usw. erhielten Gratifikationen, die bis in die Tausende gingen. Eingeweihte behaupten, daß für Gratifikationen 150 bis 200 000 M. aufgewendet werden sind. Die Mittel hierzu gewann das Auswärtige Amt dadurch, daß es etatsmäßige Stellen kommissarisch verwaltete und damit die entsprechenden Gehälter „ersparte“.

### Der Sieg des Pluralwahlrechtes in Oldenburg.

Der Oldenburger Landtag hat in zweiter Lesung des Wahlgesetzes den Antrag des agrarischen Abgeordneten Verdes mit 26 gegen 18 Stimmen angenommen, wonach alle diejenigen eine zweite Wahlstimme erhalten, die vierzig Jahre alt sind. Diefen Antrag hat auch die Regierung durch den Mund des Ministers Scheer zugestimmt, sodas das direkte Wahlrecht jetzt endgültig mit dem Prinzip des Pluralwahlrechtes verbunden ist. Dagegen lehnte der Landtag mit 23 gegen 21 Stimmen einen weiteren Pluralwahlrechtsantrag ab, wonach außerdem auch derjenige eine zweite Stimme erhalten sollte, der mindestens 30 Jahre alt ist, seit 8 Jahren im Großherzogtum Oldenburg wohnt und Besitzer eines Grundstückes mit darauf befindlichem Wohngebäude ist.

Eingeleitet wurde die Sitzung mit einem starken Vorstoß des Gen. Schulz gegen die reaktionären Pläne der Agrarier und Kleinrentner. Gen. Schulz versicherte den Herren nochmals, daß die Arbeiterklasse sich diese Volkentrechtung nicht werde stillschweigend gefallen lassen, und daß die Sozialdemokraten alles tun werden, um das Volk zum Sturm gegen diese Wahlrechtsverfälschung aufzurufen. Die Agrarier waren schonlos genug, zu behaupten, ihre Haltung sei nur durch „Gerechtigkeitsgründe“ bestimmt worden, „Sonnenbrüdern“ gehöre nicht dasselbe Recht wie „ordentlichen Leuten“.

Daß die Liberalen unzufrieden, ist selbstverständlich. Der Führer der Liberalen, der bekannte Abgeordnete Langen, erklärte, daß ihm die Reform des direkten Wahlrechts anstatt des indirekten soviel wert sei, daß er trotz des angenommenen Pluralwahlrechtsantrages für das Gesetz stimmen werde. Tatsächlich stimmten denn auch außer den vier sozialdemokratischen Abgeordneten Heilmann, Hug, Meyer, Schulz nur die liberalen Abgeordneten Dörr, Oberstein, Durschhoff, Oldenburg, Ahlhorn, Osterburg, Koch-Delmenhorst und Vogt-Eutin gegen das Gesetz, sodas es unter Mithilfe des größten Teiles der Liberalen schließlich mit 35 gegen 9 Stimmen angenommen wurde.

Der durch die Wahlrechtsänderung geschaffene Zustand ist folgender: die Wahl ist geheim und direkt (früher indirekt). Wahlberechtigt ist jeder 25 Jahre alte Reichsdeutsche, der seit drei Jahren ununterbrochen in Oldenburg wohnt (früher fiel die Parteizugehörigkeit weg, dagegen mußte der Betreffende Oldenburger sein).

Der Kreis der Wahlberechtigten ist auf diejenigen ausgedehnt, die bei anderen in Kost und Logis stehen, ohne einen eigenen Herd zu besitzen. Derjenige, der vierzig Jahre alt ist, hat zwei Wahlstimmen. Die Legislaturperiode ist fünfjährig (im alten Gesetz dreijährig).

### Eine Reichstagswahlwahl im Kreise Liebenwerda-Zorgau in Sicht?

Der Abgeordnete des Reichstagswahlkreises Zorgau-Liebenwerda, Herr Bürgermeister Wilde, schreibt uns:

„In Nr. 40 des „Vorwärts“ wird behauptet, ich hätte mich bei einer eiblichen Vernehmung in Zorgau in Widerspruch gesetzt mit meiner früheren eiblichen Aussage in Eifterwerda.“

Diese Behauptung ist unwaar. Ich habe in Zorgau, ebenso wie in Eifterwerda, der Wahrheit gemäß beschworen, daß ich mich mit dem Rentanten Hofmann in Gorden niemals begut habe. (Daraus kommt es hier lediglich an.) Ich habe in Zorgau nur hinzugefügt, S. sei vor ca. 25 Jahren als junger Mensch mal kurze Zeit als Schreiber in meinem Bureau beschäftigt gewesen, und sei möglich, daß ich ihn damals mit „Du“ angeredet habe; später sei dies niemals geschehen, und jedenfalls habe zwischen uns niemals ein gegenseitiger Dugverkehr bestanden.“

### Norddeutsche Allgemeine Niveau.

Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ muß natürlich zu den — geistvollen Wäitern gehören, die den blöden Schwindel von der Abkommandierung sozialdemokratischer Wähler aus Bremen in den Reichstagswahlkreis Verden-Hona glauben. Er ist ihr sogar so losbar, daß sie ihn vor unserer Feststellung in der Donnerstag-Nummer zu retten sucht. In Reichstagsverhandlungen sagt das Regierungsblatt: „Wenn alles nur „Wahlhagen“ sein sollen, die aus Unwissenheit gegen die unheilvolle Sozialdemokratie verbreitet würden, so muß man doch fragen, wie es denn kommt, daß gerade gegen die Sozialdemokratie und niemals gegen andere Parteien solche Vorwürfe erhoben werden.“

Woraus zu erwidern ist, daß dieser Umstand eine sehr natürliche Erklärung findet. Der Wahlkampf zwischen bürgerlichen Parteien wird niemals mit solcher Brut geführt wie der gegen die Sozialdemokratie, gegen die gewisse Leute — Reichsverbandsleuten gab es schon vor Bestehen des Reichsverbandes — alle Mittel für erlaubt halten. Zweitens aber wissen die bürgerlichen Parteien von sich und ihren bürgerlichen Konkurrenten nur zu gut, daß sie auf ihre Wähler nicht den genügenden Einfluß haben, um solche Massenwanderungen durch ein Kommando zu erzielen. Von der Sozialdemokratie aber haben die Bürgerlichen die abenteuerlichsten Vorstellungen und ihr trauen sie deshalb jede Teufelei zu.

### Eine Nachwahl zum württembergischen Landtag.

Durch den Tod des volksparteilichen Abgeordneten Mayer muß am 20. März er. im Landtagswahlkreise Ulm-Stadt eine Nachwahl stattfinden, in die die Sozialdemokratie mit guten Aussichten eintritt. Bei der Hauptwahl im Dezember 1900 entfielen auf die Sozialdemokratie 1458, auf die Volkspartei 1885, auf die Nationalliberalen 1201 und auf das Zentrum 933 Stimmen. Im zweiten Wahlgange zog die Sozialdemokratie auf Grund des getrockneten Wahlabkommens ihre Kandidatur zugunsten der Volkspartei zurück, während das Zentrum zugunsten der Nationalliberalen zurücktrat. Infolgedessen siegte der volksparteiliche Mayer mit 3357 Stimmen über die Nationalliberalen, die 2228 erhielten.

Jetzt wird nach neu aufgestellten Wählerlisten gewählt und es ist nicht ausgeschlossen, daß der sozialdemokratische Kandidat, Bürgerauschussmitglied Wöhring, bereits im ersten Wahlgange die größte Stimmenzahl erreicht.

### Die Balkankrise.

#### Entspannung.

Die Nachrichten über die Krise lauten heute günstiger. Das halbamtliche französische Telegraphenbureau meldet, daß alle Mächte, auch Rußland, im Prinzip einem freundschaftlichen Schritt bei der serbischen Regierung zugestimmt hätten, um Serbien zu bewegen, nicht auf territorialen Entschädigungen zu bestehen. Ueber das Wesen und die Form dieses Schrittes schwebten noch Verhandlungen. Meldungen aus Belgrad fügen dem

hinzü, daß der russische Gesandte bei der serbischen Regierung energische Vorstellungen gegen die geplante Abfindung des Memorandums unternommen habe; andererseits habe er Serbien, wenn es auf seine territorialen Forderungen verzichte, des russischen Beistandes in allen übrigen Fragen versichert. Es ist also dem Drude Frankreichs gelungen, die Fortsetzung des russischen Doppelspiels zunächst zu verhindern und Rußland zu zwingen, den Serben die Unmöglichkeit ihrer Forderungen klarzumachen. Freilich sucht auch jetzt noch die zarische Regierung die Lösung hinauszuziehen. Ihr Anschluß an die gemeinsame Aktion Deutschlands, Italiens, Frankreichs und Englands ist zunächst nur prinzipiell und sie macht noch allerlei Vorbehalte über die Art der Intervention, um zu verhüllen, daß ihre Rolle als Beschützerin aller Slawen den Schüligen am Ende doch nichts nützen kann. Immerhin ist durch den Anschluß Rußlands die bestehende Spannung erheblich verringert worden und die Gefahr eines gewaltsamen Konflikts abgeschwächt. Es wird jetzt an Oesterreich sein, endlich durch eine verständliche Haltung gegenüber Serbien durch Gewährung ausreichender wirtschaftlicher Konzessionen die Kriegsgefahr gänzlich zu bannen.

### Die bulgarische Entschädigung.

Konstantinopel, 28. Februar. Dem jungtürkischen „Tanin“ zufolge hat Minister Iswolski dem türkischen Votschaffter Tuzhan Pascha offiziell erklärt, daß er die Fraktionierung des russischen Entschädigungsvorschlages und des türkischen Gegenanschlages abgelehnt und ein diebzügliches Projekt vorbereitet.

### Ein angeblicher Attentatsversuch.

Belgrad, 28. Februar. Die Polizei verhaftete heute hier zwei Personen, welche eingestanden haben, einer Verschwörung in Sofia anzugehören, welche beabsichtigt hatte, den König Ferdinand bei seiner Rückkehr in Rußland mittels Bomben zu ermorden. Einer der Verhafteten ist ein Bulgarer namens Amastafow, der zweite ein Serbe namens Patkowi. Eine Frau, welche sich in Begleitung der beiden Verhafteten befand, ergriff die Flucht, als sie auch verhaftet werden sollte. Eine eingehende Untersuchung ist eingeleitet.

### Das österreichisch-türkische Uebereinkommen perfekt.

Konstantinopel, 28. Februar. Das österreichisch-ungarisch-türkische Ententeprotokoll ist unterzeichnet worden.

### Italien.

#### Die sozialistischen Kandidaturen.

Rom, den 28. Februar 1906.

Bis zur Stunde sind in 159 Wahlkreisen sozialistische Kandidaten proklamiert worden. Da uns aber noch fast zwei Wochen von dem Wahltag trennen, ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß sich diese Liste noch verlängert. In den meisten Wahlkreisen scheint doch ein Einvernehmen zwischen den drei Parteien der äußersten Linken zustande zu kommen. In Rom, Genua, Florenz und vielen anderen Städten ist es bereits eine vollendete Tatsache, dagegen wird in Mailand die Partei ohne Wahlbündnisse vorgehen, ebenso in Turin und den meisten Wahlkreisen des Piemonts. Alle sozialistischen Abgeordneten werden wieder in ihren Wahlkreisen kandidieren, mit alleiniger Ausnahme des Genossen Borciani, der in Montecadio (Emilia) aus Familienrücksichten auf seine Wiederwahl verzichtet hat. An seine Stelle tritt Genosse Gebordi, Chefredakteur der „Giustizia“, dessen Wahl für sicher gilt. Der unlangst eroberte Wahlkreis von Viandrate, in dem der Beamte Campanozzi zum Protest seiner Wahlregelung gewählt wurde, dürfte unserer Partei kaum erhalten bleiben. Trotzdem hat sie beschlossen, wieder auf dem Namen Campanozzi den Wahlkampf aufzunehmen. Doppeltkandidaturen scheint man diesmal nur in beschränkter Zahl aufzustellen. So kandidiert Genosse Dissolati gleichzeitig in seinem alten Wahlkreis Pesenolo und in Rom II. Rosfi gleichzeitig in Turin IV und in Siena, Pietro Chiesa in Genua I und in Sanpierrezena und Tascia di Cutò in Palermo und in seinem alten Wahlkreis Sciacca. Möglicherweise eine Doppelwahl nur für Dissolati und Rosfi.

### England.

#### Die Arbeiterfraktion und die Adressdebatte.

London, 28. Februar. (Eig. Ber.)

Der Unterschied zwischen der unselbständigen Haltung der früheren „Arbeiterabgeordneten“ und der selbständigen Politik der Arbeiterpartei zeigt sich in besonders deutlicher Weise in der Adressdebatte. Solange die Arbeitervertreter sich zur liberalen Partei zählten, überließen sie alle Initiative den liberalen Führern und Rednern. Bei allen großen Gelegenheiten: bei der Adress- und Staatsdebatte waren ihre Stimmen nicht hörbar. Diese Zeit ist unwiderrbringlich dahin. Wir haben bereits einiges aus der Debatte über den Zusatzantrag der Arbeiterfraktion betreffend Arbeitslosigkeit mitgeteilt. Dieser Zusatzantrag war ihr eigener, es sprachen deshalb mehrere Arbeiterabgeordnete. Aber sie ergriffen auch das Wort, um ihre Haltung zu anderen, in die Adressdebatte einschlagenden Gegenständen zu erklären. Letzten Donnerstag und Freitag diskutierte das Unterhaus den Zusatzantrag Chamberlains (des Sohnes von Joseph Chamberlain) über Tarifreform. Der Redner der Arbeiterfraktion war Snowden, der etwa folgendes sagte:

„Die Partei, die ich vertrete, interessiert sich besonders für die Behauptung der Tarifreformer, daß der Schutzoll die Arbeitslosigkeit vermehren werde. Ehe ich auf diese Frage eingehe, erkläre ich mit aller Offenheit, daß die Ursache der Arbeitslosigkeit nicht im Mangel an Arbeitsgelegenheit liegt, sondern in einer mangelhaften Verteilung der Arbeitsprodukte.“

Die Behauptung der Tarifreformer, daß Schutzoll einen umfangreicheren Außenhandel bedeute und ein umfangreicherer Außenhandel mehr Arbeitsgelegenheit zur Folge habe, läßt sich leicht widerlegen. Im Jahre 1898 belief sich der Wert des englischen Außenhandels auf 764 Millionen Pfd. Sterl.; im Jahre 1907 auf 1163 Millionen Pfd. Sterl., demnach war in letzterem Jahre die Zahl der Arbeitslosen um 20 Proz. höher.

Die Tarifreformer wünschen einen Zoll von 2 M. auf Kornfrüchte und einen Zoll von 10 Proz. auf Industriewaren. Eine Erhöhung der Arbeiterbudgets um 10 Proz. würde aber eine entsprechende Lohnerhöhung nach sich ziehen. Nach einer Statistik der Großhandels-Gesellschaften sind die meisten von Arbeitern gebrauchten Lebens- und Verbrauchartikel in den letzten Jahren um 10 Proz. gestiegen. Aber die Löhne der Arbeiter betragen — nach der Statistik des Handelsministeriums — zu Ende vorigen Jahres um 2 Millionen Pfund Sterling weniger als im Jahre 1900. Dann sehen wir Arbeitslosigkeit in allen schutzollamerikanischen Staaten, wie Amerika und Deutschland. Die Arbeitslosenzählungen in Amerika und Berlin beweisen die Haltlosigkeit der schutzollamerikanischen Behauptungen.

„Kein anderes industrielles Land der Welt muß so viele Mühsiggänger in Reichum und Ueberfluß erhalten, wie England. Die englischen Grundherren beziehen ein Jahreseinkommen von insgesamt 150 Millionen Pfund Sterling. Ebenso sind unsere Grundbesitzer ein Fluß für unsere Industrie. Es ist viel billiger, Waren aus Deutschland nach England



zu schiden, als englische Waren von einer englischen Stadt zu anderen. Ferner ist eine Reform der Bergwerksrechte absolut notwendig.

Alein man darf die Gefahr der Tarifreformagitation nicht unterschätzen. Die letzten konservativen Siege bei Nachwahlen waren dieser Agitation geschuldet. Ich glaube aber nicht, daß es Arbeiter waren, die den Konservativen zu ihren Siegen verholfen. Es waren vielmehr die Mittelklassen, die für die Konservativen stimmten und zwar nicht aus Liebe zum Schutzzoll, sondern um die Kosten der Sozialreform nicht durch Einkommensteuern bedeu zu müssen. Die organisierten Arbeiter sind und bleiben die Feinde des Schutzzolls.

Am 22. d. M. diskutierte das Unterhaus das Amendement des linksliberalen Abgeordneten Ponsonby, in dem eine Vorlage zur Regelung des Verhältnisses zwischen Oberhaus und Unterhaus verlangt wurde. Der Redner der Arbeiterfraktion war Macdonald, der im Namen der Partei erklärte, daß es unzeitgemäß wäre, sofort eine derartige Vorlage einzubringen und das Parlament aufzulösen. Denn die Arbeiterfraktion habe das Mandat erhalten, in diesem Parlament noch einige Vorlagen durchzuführen, die im Interesse der Arbeiter nötig seien. Dennoch werde die Fraktion als Protest gegen das Oberhaus für das Amendement Ponsonby stimmen, ebenso als Warnung gegen die Regierung, den Kampf gegen die Lords energisch zu führen. Ein solcher Kampf sei um so nötiger, als der ganze Charakter des Oberhauses sich ändert. An Stelle des alten Heils füllen die Plutokraten das Oberhaus. Man kenne die Bedingungen, unter denen die Geldleute ins Oberhaus gelangen: sie kaufen ihre Titel durch hohe Beiträge zu den Parteifonds. Die Arbeiterfraktion suche keinen Konflikt mit den Lords. Sie sei ins Parlament gekommen, um Sozialpolitik zu treiben und nicht um die legislative Maschinerie zu reparieren. Aber wenn die Maschinerie nicht richtig arbeite, so müsse sie zum alten Eisen geworfen werden. Für die Arbeiterfraktion habe die Sache indes keine Eile. Sie müsse vor allem die Arbeitslosenfrage, die Verbesserung des Alterspensionsgesetzes und die Durchsetzung anderer sozialpolitischer Forderungen erlangen. Nur in diesem Sinne werde die Arbeiterfraktion für das Amendement Ponsonby stimmen.

### Die Mordtaten in Indien.

London, 24. Februar. Im Unterhause erklärte Parlamentssekretär Buchanan, die Regierung habe erdrückende Beweise, daß in Indien eine Verschwörung zum Sturz der englischen Herrschaft organisiert worden sei, die sich allerdings nur auf Bengalen und einige andere Landesteile beschränkt habe. Die Verschwörer hätten nicht versucht, ihr Ziel durch einen bewaffneten Aufstand zu erreichen; das sei niemals zu beabsichtigen gewesen. Dagegen sei man in der Presse tätig gewesen, auch habe die Verschwörung eine Kadristenabteilung gehabt zur Beobachtung der Polizei und zur Beschaffung von Geldern durch Brandstiftung reicher und Einkäufer armer Leute. Der allgemeine Feldzugsplan sei dahin gegangen, durch Terrorismus die Exekutive sowie die Handhabung der Gesetze lahmzulegen. Zu diesem Zwecke seien zahlreiche wichtige Zeugen in Kriminalprozessen, Polizeibeamte, die bei der Entdeckung von Verbrechen tätig gewesen, und Regierungsbeamte, die für die Erhaltung der Gesetze und Bestrafung von Verbrechen energisch eingetreten waren, ermordet worden. Der Plan der Verschwörer sei jedoch nicht gelungen, und wenn dieser Stand der Dinge auch nur zeitweilig und auf einzelne Orte beschränkt gewesen sei, so sei dadurch die Regierung völlig berechtigt gewesen, Zwangsmahregeln zu ergreifen. Die Regierung werde sich aber dadurch nicht abhalten lassen, mit der Einführung von Reformen fortzufahren.

### Türkei.

#### Ein Schlag gegen die Versammlungsfreiheit.

Konstantinopel, 23. Februar. Das Amtsblatt veröffentlicht eine offizielle Mitteilung, die besagt, die Regierung habe auf Grund der Erfahrung gebracht, daß dieser Tage von einigen Personen inszenierte große Versammlungen auf öffentlichen Plätzen stattfinden sollen, deren Verhandlungen geeignet wären, die Eintracht, welche seit Wiedereinführung der Verfassung zwischen den verschiedenen Klassen der Untertanen hergestellt wurde, zu trüben. Ein Gesetz über das Versammlungsgesetz bestehe nicht. Die Regierung bereite einen Gesetzentwurf vor. Um jedoch eine Störung der öffentlichen Ordnung zu verhindern, wurde beschlossen, daß jede Versammlung 24 Stunden vorher der Polizei angemeldet werden müsse, widrigenfalls sie verhindert würde. Das Blatt „Sabah“ sagt, diese Maßregel werde als ein Schlag des Absolutismus gedeutet; dies sei jedoch nicht wahr. Im Gegenteil, sie diene zur Verteidigung der Verfassung.

### Persien.

#### Rekapitulation des Schahs?

Paris, 25. Februar. Der „Agence Havas“ geht aus Konstantinopel eine Meldung zu, nach der der Schah dem persischen Botschafter in Konstantinopel telegraphierte, er sei bereit, die Verfassung wieder herzustellen, falls man ihm sein Leben verbürge. Der Schah habe den Botschafter zugleich ermächtigt, sich mit dem revolutionären Komitee in Konstantinopel in Verbindung zu setzen, und der Botschafter sei bereits zu den Vertrauensleuten der persischen Revolutionäre in Konstantinopel in Beziehung getreten.

Das würde also bedeuten, daß die Revolution aus dem langen und andauernden Kampfe als Siegerin hervorgegangen, und dies ist umso wahrscheinlicher, als ein Telegramm aus Täbris meldet, daß der heftige Angriff, den die Anhänger des Schahs von Osten und Süden her gegen die Stadt unternahmen, allenthalben zurückgeschlagen wurde und die Angreifer sich mit Verlusten zurückziehen mußten.

### Amerika.

#### Gegen die Asiaten.

Sacramento, 26. Februar. Der Senat hat mit 28 gegen 7 Stimmen eine Resolution angenommen, die sich für den Ausschluß aller Asiaten aus den Vereinigten Staaten ausspricht.

## Gewerkschaftliches.

### Die Zuverlässigkeit gewerkschaftlicher Arbeitslosenzählungen.

Vor einigen Tagen veröffentlichte die „Konservative Korrespondenz“ eine Notiz, in der die Zuverlässigkeit der von der Berliner Arbeiterschaft vorgenommenen Arbeitslosenzählung angezweifelt und eine amtliche Nachprüfung gefordert wurde. Diese Notiz hatte offenbar den Zweck, den wahren Umfang der Arbeitslosigkeit zu verschleiern und die freiwilligen Zähler zu verächtlichen. Mit Vehagen ist denn auch diese Notiz von der Provinzpresse aufgenommen und weiter verbreitet worden. Wir sind in der Lage, ein amtliches Zeugnis für die Zu-

verlässigkeit der freiwilligen Zähler aus der Arbeiterschaft bei solchen Zählungen anzuführen, das den Beweis liefert, mit welcher Leichtfertigkeit, wenn nicht Böswilligkeit, solche Behauptungen, wie die der „Konservativen Korresp.“, in die Welt gesetzt werden. Am 13. Dezember 1908 wurde durch den Kieler Magistrat eine Arbeitslosenzählung in Kiel veranstaltet und zwar eine Zählung durch Zählarten von Haus zu Haus. Die Arbeit der Zählung hatten ausschließlich die Gewerkschaften übernommen und zwar hatten die freien Gewerkschaften 600, die Kirch- und Wanderschaft 51 freiwillige Zähler gestellt. In diesen Tagen ist nun vom statistischen Amt der Stadt Kiel das in allen Einzelheiten und in zahlreichen Tabellen verarbeitete Resultat in einem stattlichen Heft veröffentlicht worden. Zur Belehrung des Kieler Magistrats nügen aus der Einleitung des Schriftchens folgende Sätze über die beste Art der Zählung angeführt werden:

Sie (die Gewerkschaften) erklärten sich bereit, die erforderliche Anzahl von Zählern zu stellen, so daß es möglich wurde, die Zählung durch Nachfrage von Haus zu Haus durchzuführen. Hierbei durfte jedenfalls ein zuverlässigeres Resultat erwartet werden, als bei jeder anderen Zählung, wie z. B. durch eine Feststellung in bestimmten Lokalen, wo sich die Arbeitslosen zur Ausfüllung der Zählarten hätten einstellen müssen, oder etwa durch Meldung der Arbeitslosen mittels Postkarten.

Die Angaben auf den Zählarten haben dann eine Nachprüfung durch das Statistische Amt erfahren, und zwar erstreckten sich die Nachprüfungen auf Alter, Familienstand, Zugangszeit, Zahl der zu unterhaltenden Angehörigen, Gewerbe des letzten Arbeitgebers, Art der letzten Beschäftigung, Beginn der Arbeitslosigkeit und Ursache der Entlassung.

Die Nachprüfung hat dann ergeben, daß an den 2104 ausgefüllten Fragebogen 144 von der Bearbeitung ausgeschlossen werden mußten. Von diesen 144 als arbeitslos gezählten waren 22 selbstständig, 73 arbeitsunfähig, 2 arbeiteten mit verkürzter Arbeitszeit, 2 waren noch schulpflichtig, 15 Karten enthielten mangelhafte Angaben oder es waren Doppelzählungen. Der Bericht nennt dieses Resultat ein gutes Zeichen für die Arbeit der freiwilligen Zähler.

Jedenfalls war sie so gut, aber wenn man will so lächerlich, wie dies bei jeder größeren Zählung der Fall ist und sein kann, und namentlich bei einer Zählung, wo die Verhältnisse von Tag zu Tag, ja von Stunde zu Stunde, dem Wechsel unterworfen sind.

Legt man also den Maßstab des statistischen Amtes in Kiel an die Zählung der Berliner organisierten Arbeiterschaft und nimmt als ganz selbstverständlich an, daß die Berliner Zähler ebenso gewissenhaft gearbeitet haben wie die Kieler, dann wären von den 101 300 Arbeitslosen noch nicht 7000 in Abzug zu bringen. So sieht es also in Wahrheit mit der Behauptung der Blätter vom Schlage der „Konservativen Korresp.“ aus.

### Berlin und Umgegend.

#### Küstung, Metallarbeiter!

Bei der Firma Vosse, Wiener Straße 43, haben die Mechaniker, Schlosser, Schleifer, Dreher und Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Grund zu dieser Arbeitsniederlegung waren fortgesetzte Maßregelungen einer Anzahl von Arbeitern, ebenso Reduzierung der Löhnepreise. Da alle Versuche von Seiten der Arbeiterschaft, die Differenzen durch eine Einigung zu erledigen, an der unverständlichen Haltung der Firma scheiterten, waren die Kollegen gezwungen, in den Streik zu treten.

Der Inhaber der Firma Vosse hat alle die Arbeiter, welche mitgeholfen haben, daß dieser Betrieb aus kleinen Anfängen heraus sich zu einem nennenswerten Mittelbetriebe entwickelte, lieber die Arbeit niederlegen lassen, als dem berechtigten Verlangen derselben entgegenzukommen.

Auch die Arbeiterinnen haben sich aus denselben Ursachen veranlaßt gesehen, die Arbeit einzustellen und somit hat die Firma Vosse den Schaden, da nun der ganze Betrieb leer ist. Da diese Firma verfallen wird, durch Injuncta und andere Maßnahmen Ersatz für die Streikenden zu erhalten, so erwarten wir, daß die Kollegen und Kolleginnen jede Annahme von Arbeit bei dieser Firma verweigern.

Die Polizei greift natürlich auch hier wieder sofort in bekannter Weise ein. Gestern nachmittag wurden vor der Fabrik nicht weniger als 8-10 Verhaftungen von Streikposten vorgenommen. Den Verhafteten wurde auf der Wache erklärt, daß sie nicht wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung, sondern als „Verleumdungsdelinquenten“ verhaftet worden seien. Um das würdigen zu können, muß man wissen, daß dort der Bürgersteig 8-9 Meter (!) breit ist.

Die Firma Vosse in Berlin ist für Metallarbeiter und Arbeiterinnen gesperrt. Zugang ist ferngehalten.

#### Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

#### Der Streik der Gummiarbeiter bei Adolph Schwarz u. Co.

Mit Bezug auf unsere Mitteilung in Nr. 46 des „Vorwärts“ erhalten wir von dem Inhaber der genannten Firma, Herrn Eugen Czajka, eine Einwendung, welche er als Berichtigung bezeichnet. Den Anforderungen des Vorgesetzten, auf welches sich Herr Czajka bezieht, entspricht die angebotene Berichtigung nicht. Trotzdem geben wir alle sachlichen Einwendungen wieder, welche Herr Czajka unseren tatsächlichen Mitteilungen entgegensetzt. Herr Czajka schreibt:

Es sei unklar, daß von dem Leiter der Gummiabteilung und von dem Meister regelmäßig grobe Worte gebraucht werden. Wahr sei, daß die Arbeiter ganz besonders wohlwollend behandelt wurden. Es sei unklar, daß der Abteilungsleiter die dreigliedrige Kommission entließ. Es sei unklar, daß der Abteilungsleiter es zu verhindern suchte, daß die Kommission den Inhaber der Firma sprechen könne, vielmehr hätten die Arbeiter durch ihre vorläufige Arbeitsniederlegung selbst diese Unterredung verhindert. Wahr sei ferner, daß infolge einer Rüge durch den Meister zwei Arbeiter freiwillig die Arbeit niedergelegten. Am nächsten Tage sei eine Kommission bei dem Leiter der Gummiabteilung erschienen um die Wiedereinstellung der beiden Arbeiter zu fordern, welche nicht entlassen worden seien, sondern freiwillig die Arbeit niedergelegt hätten. Der Leiter der Gummiabteilung habe der Kommission eine Prüfung ihrer Wünsche zugesagt und auch erklärt, daß er nicht gegen die Wiedereinstellung der Arbeiter sei, falls der Meister damit einverstanden wäre und der Posten der Betroffenen bis zu ihrer Meldung nicht anderweitig besetzt sei. Mit diesem wohlwollenden Bescheide habe sich die Kommission anfangs zufrieden gegeben, am nächsten Tage sei sie jedoch wieder erschienen und habe verlangt, daß die Verhandlungen über diesen erledigten Punkt weiter geführt würden, unter der Drohung, sonst die Arbeit niederzulegen. Der Leiter der Gummiabteilung habe zugesagt, die Wünsche der Kommission dem Inhaber der Firma mitzuteilen, die Arbeiter hätten aber nicht so lange warten wollen, bis der Abteilungsleiter aus der Fabrik ins Kontor zurückkam, sondern noch vorher die Arbeit niedergelegt. Unklar sei, daß die Streikenden den Zugang von Arbeitswilligen ferngehalten hätten. Wahr sei vielmehr, daß sich genug Arbeitswillige gemeldet hätten und der Betrieb vollkommen im Gange sei.

So sagt Herr Czajka. Hören wir nun, was die beteiligten Arbeiter darauf zu antworten haben.

Wenn Herr Czajka bestreitet, daß der Leiter und der Meister regelmäßig grobe Worte gegen die Arbeiter gebraucht haben, so kann zugegeben werden, daß die beiden Herren selten regel-

mäßigen, aber doch einen öfteren Gebrauch von Grobheiten machten. Natürlich kann man verschiedener Meinung darüber sein, ob bestimmte Ausdrücke, auf Arbeiter angewandt, als Grobheiten zu bezeichnen sind. Doch darüber dürfte wohl keine Meinungsverschiedenheit bestehen, daß die Bezeichnung „grobe Worte“ ein sehr gelinder Ausdruck dafür ist, wenn der Abteilungsleiter Dr. Sasse, einen 23jährigen Arbeiter „rognäßiger Kummel“ nannte, zu einem anderen Arbeiter sagte: „Quatsch! Sie nicht so dämlich“, wenn der Meister einen Arbeiter „kender Mensch“ nennt, einem anderen bedeutet, daß er einen Vogel habe, und wenn derselbe Meister Arbeiterinnen als „Frauenzimmer“ bezeichnet. Dieser Ton soll übrigens nicht nur in der Gummiabteilung, sondern auch in der Treibriemenfabrik der Firma Adolph Schwarz u. Co. herrschen.

Zu den sonstigen Einwendungen, welche Herr Czajka gegen unsere Mitteilungen in Nr. 46 erhebt, geben die Arbeiter folgende Darstellung: Wegen eines geringen, leicht ausbessernden Fehlers an einer Arbeit machte der Meister zwei Arbeitern heftige Vorwürfe, die damit endeten, daß der Meister zu den beiden Arbeitern sagte: „Solche Leute können wir nicht gebrauchen. Machen Sie, daß Sie rauskommen“.

Diese Worte fehlten die beiden als ihre Entlassung auf und gingen. Das soll nach der Behauptung des Herrn Czajka eine freiwillige Arbeitsniederlegung sein. Sollen denn die Arbeiter, welche der Meister auffordert: „Machen Sie, daß Sie hinauskommen“, erst warten, bis man sie am Morgen nach, buchstäblich hinauswerft und vielleicht noch wegen Hausfriedensbruch angeklagt?

Am Tage nach dieser angeblich „freiwilligen Arbeitsniederlegung“ ersuchte eine Kommission den Abteilungsleiter Dr. Sasse, er möge ihr eine Unterredung mit Herrn Czajka vermitteln. Dr. Sasse fragte nach dem Gegenstand der nachgesuchten Unterredung. Ihm wurde geantwortet, die Arbeiter wünschten die Wiedereinstellung der beiden Entlassenen und im allgemeinen eine anständige Behandlung. Hinsichtlich der Wiedereinstellung gab Dr. Sasse die Erklärung ab, welche über diesen Punkt in der Berichtigung enthalten ist. Damit war aber der Grund einer Unterredung der Kommission mit Herrn Czajka noch nicht aufgehoben, denn den Arbeitern war es ja auch um eine bessere Behandlung zu tun. Sie wollten den Ton befeitigt wissen, von dem wir vorstehend einige Proben gegeben haben. Der Tag verging, aber zu einer Unterredung mit Herrn Czajka wurden die Vertreter der Arbeiter nicht aufgefordert. Am folgenden Tage erinnerte der Sprecher der Arbeiter Herrn Dr. Sasse wieder an das Verlangen einer Unterredung. Dr. Sasse sagte zu. Stunden vergingen. Die Unterredung wurde immer noch nicht veranfaßt. Dann ging der Sprecher der Arbeiter wieder zu Dr. Sasse und ersuchte ihn, nun endlich die Unterredung mit Herrn Czajka zu veranlassen und fügte hinzu, sonst müßten die Arbeiter die Konsequenzen ziehen. Hierauf sagte Dr. Sasse zu dem Sprecher der Arbeiter: „Sie können gleich gehen“. Nach den Umständen, unter denen diese Aufforderung an den Arbeiter gerichtet wurde, nahm dieser an, er sei, weil er das Wort im Auftrage seiner Kollegen führte, entlassen. Er teilte seinen Kollegen dies mit. Darauf legten sie alle die Arbeit nieder.

Der Umstand, daß Dr. Sasse die Arbeiter länger als einen Tag hingog, ohne die nachgesuchte Unterredung mit Herrn Czajka zu veranlassen, hat bei den Arbeitern die Ueberzeugung hervorgerufen, der Abteilungsleiter Dr. Sasse habe die Unterredung mit dem Chef verhindern wollen, weil sich ja die Beschwerden der Arbeiter auch gegen den Umgangston des Abteilungsleiters richtete. Ebenso sind die Arbeiter überzeugt, daß der Streik nicht entstanden wäre, wenn sie mit Herrn Czajka hätten reden können.

Daß der Betrieb mit Arbeitswilligen besetzt ist, wird zugegeben, jedoch sind die Streikenden überzeugt, daß mit diesen Arbeitswilligen, selbst wenn ihre Zahl auf das Doppelte vermehrt würde, die Arbeit nicht geleistet werden kann. Die qualifizierten Gummiarbeiter fehlen im Betriebe und die Bemühungen der Betriebsleitung, solche zu erhalten, konnten bis jetzt vereitelt werden.

### Deutsches Reich.

#### Gigarettenarbeiterinnen.

Ueber die Zigarettenfabrik Waldorf - Astoria - Kompagnie, G. m. b. H. in Königsberg, ist vom Tabakarbeiterverbände die Sperre verhängt worden. Die Fabrik tritt das Koalitionsrecht mit Freier, indem die Arbeiterinnen unterschreiben müssen, daß sie keinem Verbandsangehörigen wollen; sonst werden sie entlassen. Die Fabrik sucht nun Ersatz und annonciert in Zeitungen. Deshalb seien die Zigarettenarbeiterinnen gewarnt, zumal auch in Königsberg die Löhne sehr niedrig sind.

#### Das Zwickauer Gewerkschaftsstatut

kann auf eine 10jährige Tätigkeit zurückblicken. Während 1895 elf Organisationen mit 3600 Mitgliedern angeschlossen waren, sind es jetzt 43 Organisationen und 9181 Mitglieder. Selbst im Reichsjahre 1908 ist die Mitgliederzahl um 877 gestiegen. Die Gewerbegezielt, Schiedsgerichts- und Krankenkassenwahlen endeten bisher unbestritten mit dem Siege der Listen des Kartells. Sowohl durch die zum Teil mit Erfolg gekrönten Bestrebungen zur Hebung der sozialen Lage der Arbeiter, wie auch durch die Bemühungen durch Veranstaltung von Unterrichtskursen den Bildungsbedarf der Arbeiter gerecht zu werden, hat das Kartell eine segensreiche Tätigkeit im Interesse der Arbeiterschaft ausgeübt.

Der Metallarbeiterverband bei der Deutschen Kugellagerfabrik in Leipzig-Plagwitz ist nach zehnjähriger Dauer durch eine Einigung beendet worden. — Die Firma machte Zugeständnisse bei der Zuschlagzahlung der Ueberstunden und stellte sämtliche Entlassenen wieder ein.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Die Wahl in Bingen-Alsen.

Bingen, 26. Februar. (B. L. W.) Nach amtlicher Feststellung erhielt Hebel (Z.) 12 627 Stimmen, Korell (Fr.) 10 874 Stimmen. Der erstere ist somit gewählt.

#### Zur Vinderung der Not.

Mainz, 26. Februar. (B. L. W.) Die heutige Stadtverordnetenversammlung bewilligte versuchsweise 10 000 M. zur Unterstützung von Arbeitslosen unter bestimmten Bedingungen, denen zufolge diese Unterstützungen nicht als Armenunterstützungen gelten sollen.

#### Grubenunglück.

Beuthen (Oberschl.), 26. Februar. (B. L. W.) Auf der Ferdinandsgrube stürzten Kohlenmassen ein. Ein Häuer war sofort tot. Mehrere andere Bergleute wurden verletzt.

#### Ein Soldat als Erpresser.

Frankfurt a. M., 26. Februar. (B. L. W.) Der Besitzer eines Gasthofes in der Kaiserstraße erhielt einen anonymen Brief, in dem er unter Bedrohung mit Anzeige wegen Vergehens gegen § 175 des Strafgesetzbuchs aufgefordert wurde, einen Geldbetrag in einem postlagernden Briefe nach Hanau zu senden. Der Gasthofbesitzer zeigte die Sache an und der Hanauer Kriminalpolizei gelang es, wie die Wälder melden, einen aus Frankfurt a. M. gebürtigen Grenadier des 166. Infanterieregiments in dem Augenblicke zu verhaften, als er die Sendung am Posthalter abgeben wollte.

#### Die Kämpfe in Persien.

Täbris, 26. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Verluste während des gestrigen Schachmattbetagen auf beiden Seiten etwa 100 Mann. Heute wurde das Stadtviertel Ahaban von den Hauptkräften Ain ed Daulahs heftig beschossen.



Nicht Verkümmern, sondern Ausbau der Arbeiterversicherung.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ schreibt:

Das Reichsamt des Innern bereitet gegenwärtig eine Reform der Arbeiterversicherungsgeetze vor. Eine Reform, deren angeblicher Zweck in der Vereinfachung und Verebilligung der staatlichen Versicherung besteht...

Die Verdächtigungen der Ortskrankenkassen als „Institute, an denen sich die sozialdemokratischen Parteiführer nisten“, haben bei den in Frage kommenden Reichsbehörden ein williges Ohr gefunden. Freilich, diese beweislosen Verdächtigungen, mit denen insbesondere der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie wider das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen freiben ging, waren kein tatsächliches Material...

Das sehnlichst erwartete Material gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen blieb aus: die Unternehmer hatten keine. Ja, die Unternehmer stimmten in jener Konferenz sogar soweit mit den Arbeitern überein, daß sie den vom Reichsamt des Innern für die kommende Reform vorgeschlagenen „unparteiischen Vorstehenden der Ortskrankenkassen“ ablehnten. Dieser „unparteiische Vorstehende“ sollte geschaffen werden, wenn die Unternehmer nicht, wie bisher, ein Drittel, sondern die Hälfte der Kostenbeiträge übernehmen würden...

Notwendig ist ferner die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Arbeiter und Angestellten aller Kategorien. Zu beseitigen ist die Grenze der Versicherungspflicht bei 2000 M. Arbeitsverdienst. Zu erhöhen sind die Mindestleistungen, die heute keineswegs ausreichen, dem erkrankten Arbeiter und seiner Familie auch nur das Nötigste zu gewähren...

Die Unfallversicherung erstreckt sich auch nicht auf alle Arbeiterkategorien. Die Verwaltung liegt in den Händen der Berufsvereinigungen, in denen die Unternehmer allmächtig sind; kein Arbeiter hat hier etwas zu sagen. Die Ansprüche der Versicherten beruhen nicht auf gesetzlichen Beiträgen, sondern auf der Versicherungspflicht. Infolgedessen darf auch das Recht der Verwaltung nicht an die Beitragszahlung geknüpft, sondern muß den Versicherten überlassen werden...

Kleines Feuilleton.

Zetteldruck der Bibliotheken. Ein Fortschritt in der Vereinfachung über ihre Renewierungen ist bei der Berliner königlichen Bibliothek zu verzeichnen, die (da eine eigentliche Reichsbibliothek vorerst noch ein frommer Wunsch bleiben muß, solange für Kulturzwecke so wenig Geld vorhanden ist) als die Nationalbibliothek des Deutschen Reiches betrachtet werden darf. Ist sie doch die reichste Bibliothek in Deutschland und seit einigen Jahren in so enger Fühlung mit den preussischen Universitätsbibliotheken, daß man fast jagen kann, es handelt sich nur um eine einzige Bücheransammlung, deren Bestand aber nicht wie in der berühmten Nationalbibliothek in Paris in einem Gebäude, sondern eben im ganzen Lande verstreut aufbewahrt wird...

tragen, tatsächlich aber doch von den Erträgen der Arbeit jener gedeckt, die in den Betrieben beschäftigt sind. Daher gehört den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht, zum mindesten aber das paritätische Mitbestimmungsrecht. Davon wollen die Unternehmer jedoch nichts wissen. Sie glauben, wenn die Arbeiter, wie in den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, so auch in den Berufsvereinigungen ein Wortlein hineinreden, daß dann die Rentenkauferei nicht so weitergeht, und dann die Kosten der Unfallversicherung wachsen würden. Die Arbeiter werden aber unbedingt an ihrem Standpunkt festhalten und ebenso entschieden dafür eintreten, daß die Leistungen der Unfallversicherung erhöht werden.

In Vordergrund der Erörterungen hat in letzter Zeit aus mancherlei Gründen das Invalidenversicherungsgesetz gestanden. Bekannt ist, daß das Reichsamt des Innern mit einer großen Energie bestrebt ist, die Bewilligung der Invalidenrenten seitens der zuständigen Organe möglichst einzuschränken. Die Rentenbewilligungen waren von 174 508 im Jahre 1903 auf 134 057 im Jahre 1906 zurückgegangen! Da war follosal „gequetscht“ worden. Inzwischen sind nun die Bestimmungen der lauffähigen und technischen Angestellten auf eine angemessene Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung stärker hervorgetreten. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung, welche bisher den Privatangestellten nicht einmal die heutigen Versicherungsgeetze voll zugute kommen ließen, spielen nun mit dem Gedanken, für diese Angestellten eine besondere Pensionsversicherung zu schaffen. Ob etwas daraus wird, was die Angestellten auch befriedigt, ist zum mindesten sehr zweifelhaft, aber man will hier eine Zersplitterung, und zwar aus politischen und finanziellen Gründen. Einen durchgreifenden Ausbau der Invalidenversicherung möchten sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die Regierung aus „Sparmaßregeln“ umgehen. Aber man möchte auch die unzufriedenen Angestellten, denen man so gut wie jeden gesetzlichen Schutz vor grenzenloser Ausbeutung durch die Unternehmer verweigert, nicht direkt in das Lager der Sozialdemokratie jagen. Und so sucht man sie mit einer Sonderversicherung zu lockern, womit man eine Scheidewand zwischen Angestellten und Arbeitern aufrichten zu können glaubt. Von solchen unsozialen Beweggründen wird die deutsche Sozialpolitik beherrscht. Die Alters- und Invalidenrenten, die nach dem heutigen Invalidenversicherungsgesetz an die Rentenberechtigten bezahlt werden, betragen im Durchschnitt jährlich rund 158 M. Die Arbeiter müssen mit aller Kraft dafür agitieren, daß an Stelle dieser geringfügigen Altersrenten wesentlich höhere Versicherungsleistungen treten, — nicht nur für die Privatangestellten, sondern für die Arbeiter aller Kategorien.

Als im Jahre 1902 das deutsche Volk mit drückenden Vollerhöhungen belastet wurde, beschloß der Reichstag, daß ein Teil der höheren Hölle „zur Erleichterung der Durchführung einer Witwenversorgung zu verwenden“ sei. Die hohen Hölle sind in Kraft getreten, für die Witwen- und Waisenversorgung aber ist nicht soviel übrig geblieben, daß davon auch nur eine kümmerliche, geschweige denn eine angemessene Fürsorge durchgeführt werden könnte. Die Arbeiter aber wünschen eine Hinterbliebenenfürsorge mindestens in dem Maße, wie sie das Gewerbeunfallversicherungsgesetz genährt. An der Durchführbarkeit dieser Versicherung ist kein Zweifel; sie ist ohne Einführung irgendwelcher neuer Steuern schon dann möglich, wenn der unbilligen Verschwendung für militärische Zwecke Einhalt getan wird.

Die Arbeitslosenversicherung wollen wir nicht in dem Rahmen der heutigen Arbeiterversicherungsgeetze verwirklicht wissen. Für ihre Eigenart müssen in organisatorischer Beziehung andere Gesichtspunkte maßgebend sein; ihre Grundlage sollen die Gewerkschaften sein, an deren Mitglieder zur Arbeitslosenunterstützung staatliche Zuschüsse zu leisten sind. Sie soll aber hierbei miternähnt werden, um über die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft hinsichtlich der staatlichen Versicherung ein genaueres Bild zu geben. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß man in verschiedenen Nachbarstaaten mit der Arbeitslosenversicherung aus Staats- oder Gemeindegeldern viel weiter ist, als in Deutschland; wenn auch zugegeben werden muß, daß sie auch dort zu wünschen übrig läßt.

Wir haben vorstehend in großen Zügen ein Bild der Wünsche

entworfen, die die deutsche Arbeiterschaft an das staatliche Versicherungswesen zu stellen hat. Möge die Arbeiterschaft durch unausgesetzte Agitation ihren Forderungen kräftigsten Nachdruck verleihen. P. L.

Reichstag.

214. Sitzung: Freitag, den 26. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dernburg.

Zunächst wird über den gestern beratenen Antrag Brandys und Genossen (Köln) betr. die Freiheit des Grundeigentums erwerbs namentlich abgestimmt.

Der Antrag wird mit 189 gegen 132 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Verkündung des Resultates wird von den Polen mit lebhaften Bravo-Rufen begrüßt.

Es folgt die zweite Beratung des Etats für die Schutzgebiete (mit Ausnahme von Kiautschou), in Verbindung mit dem Titel 1 des Etats für das Reichskolonialamt, Gehalt des Staatssekretärs 44 000 M.

Hierzu beantragen die Abgeordneten Graf Hompesch u. Genossen (B.), den Reichskanzler um Anordnungen zu ersuchen, wonach alle auf Grund des § 15 des Schutzgebietgesetzes erlassenen Verordnungen der Kolonialverwaltung und der Gouverneure der einzelnen Schutzgebiete dem Reichstage zur Kenntnisnahme vorgelegt werden; ferner soll die Art der Veröffentlichung dieser Verordnungen zur Erlangung der Rechtsgültigkeit bestimmt werden.

Abg. v. Liebert (Rp.): Die Schutzgebiete haben sich außerordentlich entwickelt; ihr Handel ist glücklicher, die Sterblichkeit hat sich verringert, die Behandlung der Eingeborenen ist besser geworden, die Justizpflege ist geordneter, das Schulwesen ist gehoben, vor allem sind die Kolonialstandale beseitigt. Es zeigt sich ferner auf der ganzen Linie eine Verringerung des Reichszusatzes, so daß die Hoffnung näher gerückt ist, daß die Schutzgebiete sich selbst tragen werden. Alle bürgerlichen Parteien sind denn auch des Lobes voll für den Kolonialsekretär, dessen zuweilen gereizte Stimmung daher nicht recht verständlich ist. Die Prügelstrafe wird jetzt viel milder gehandhabt, sie ist von 50 auf 25 auf 10 Stöße zurückgegangen! Ganz beseitigen läßt sie sich nicht, denn es sind nur wenig über 2000 Weiße in dem Gebiet, gegenüber 8—10 Millionen Neger, und

das Prestige der Weißen

muß unbedingt aufrecht erhalten werden! Zu erwägen wäre, ob bei der Hüttensteuer statt der überall gleichen Summe nicht eine Einschätzung den besonderen Verhältnissen entsprechend vorgenommen werden soll. Ein wunder Punkt ist der Wegebau; es muß eine großzügige Wegebau- und Wohnbaupolitik plangreifen; dadurch würden wir weite Gebiete zu wirklich deutschen Gebieten machen können. (Bravo! recht.)

Kolonialsekretär Dernburg:

Zunächst danke ich für das freundliche Wohlwollen des Vorredners für die Kolonialverwaltung und für den Gouverneur von Ostafrika. Bezüglich der Eingeborenenfrage meinte Herr Liebert, die Bestrafungen seien milder geworden. Das ist nicht richtig; die Strafen haben nicht abgenommen, sondern um etwa 11 Proz. zugenommen. Freilich hat die Zahl der Prügelstrafen etwas abgenommen, aber die Zahl der Geldstrafen hat zugenommen; das beweist nicht, daß die Strafen milder geworden sind, sondern daß die pekuniäre Lage eine bessere geworden ist; denn wo wir können, strafen wir lieber mit Geld statt mit Prügel, schon um die Kosten der Justizpflege einzubringen. (Heiterkeit und sehr richtig!) Der Dernburgsche Prügelstrich — so genannt, weil nach ihm soviel wie möglich nicht geprügelt werden soll (Heiterkeit) — bestimmt, daß bei jeder Prügelstrafe über den Grund und die Ausföhrung derselben eine kurze Niederschrift angefertigt werden soll. Das hat sich nach der Meinung der meisten Beamten, die damit zu tun haben, gut bewährt. Wenn irgend ein Lump nach Ostafrika kommt und sich dort lumpig betragt, so kann das den Regen nicht entgehen; vor allem ist von den Weißen Selbstzucht zu verlangen. (Lebhafte Zustimmung.)

Sehr wichtig ist die Frage der Siedelungskommission Ostafrikas. Man soll niemand zureden und niemand abreden, hinauszugehen; jeder muß selbst beurteilen, ob er das nötige Geld und die nötigen Kenntnisse dazu hat. Wie es ihm drauhen gehen wird, kann ich natürlich nicht vorherzagen; eine deutsche Siedelungskolonie in den Tropen gibt es noch nicht. Wenn es nur

mühte jeweils der Verleger übernehmen, was technisch sicher sehr gut möglich wäre.

Durch die Verwirklichung dieses Vorschlags würde der Bibliothekar einer zeitraubenden Arbeit entbunden und könnte seiner Hauptaufgabe — die Benutzer der Bibliothek zu beraten — mehr als vorher obliegen.

Der Wärmeverlust der Erde durch die Zurückwerfung der Sonnenstrahlen an den vorhandenen Wasserflächen ist erheblich als man gemeinhin denken mag. Herr Wilhelm Schmidt veröffentlicht in den Sitzungsberichten der Wiener Akademie der Wissenschaften die Ergebnisse seiner Untersuchungen über die Zurückwerfung der Sonnenstrahlen an Wasserflächen. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Höhe des Sonnenstandes von großem Einfluß auf die Erwärmung und Verdunstung des Wassers und daher auch auf die Temperatur und Feuchtigkeit der untersten Luftschichten ist. Er hat auch den Wärmeverlust berechnet, der durch die glatte Wasseroberfläche entsteht, indem sie einen Teil des auffallenden Sonnenlichts und der Sonnenwärme zurückstrahlt. Man kennt ja die Wasserfläche der Erde sehr gut und kann daher den Betrag berechnen, der durch ihr Vorhandensein verloren geht. Der so festgestellte Verlust ergibt sich zu 21 1/2 Proz. der gesamten von der Sonne eingestrahelten Wärme. Dieser Betrag ist also so groß, daß er auf die klimatischen Verhältnisse von starkem Einfluß ist, namentlich, da er sich auf die verschiedenen Breiten verschieden verteilt. Während beispielsweise eine Wasserfläche unter 40 Grad Breite nur 6,8 Proz. der der zugeführten Wärme durch Zurückwerfung verliert, macht dieser Verlust bei 70 Grad Breite schon 23 Proz., am Pol volle 100 Proz. aus. Man erkennt, daß der Ausfall an Wärme für die Pole durch diese Erscheinung noch vergrößert wird. Natürlich ist die niedrige Temperatur an den Polen nicht allein durch die Zurückstrahlung der Wärme verursacht; sie macht aber sicher einen sehr erheblichen Teil aus, den man bisher seinem Ursprunge nach gar nicht beachtet hatte. Da die südliche Halbkugel mit viel mehr Wasser bedeckt ist als die nördliche, so treten durch diese Zurückwerfung schon erhebliche klimatische Unterschiede zwischen den beiden Erdhalbkugeln auf.

Wiesensachen. Man lese nachstehende Zahl: 77 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 und bekreuzt sich! Diese Zahl, die der menschliche Geist beinahe nicht mehr fassen kann, stellt die Zahl der Pflanzen dar, die auf Erden existieren würden, wenn alle Samen, die von einer einzigen Pflanze, der wilden Reife, in einer einzigen Jahreszeit hervorgebracht werden, aufblühen und sich ihrerseits während eines Zeitraumes von zehn Jahren vermehren. Die Zahl gibt uns einen kleinen Begriff von dem, was geschehen würde, wenn alles, was geboren wird, weiterleben würde. Wenn alles, was an irgend einem Tage geboren wird, leben bleiben und sich vermehren würde, würde das Leben schon in kurzer

Zeit, vielleicht schon in wenigen Stunden, unmöglich werden. Die ganze Luft würde von fliegenden Wesen bevölkert sein, und alles würde in Dunkelheit versinken. Das Leben auf der Erde würde aus Mangel an Luft und weil nicht genügend Nahrung vorhanden wäre, sofort aufhören. Alle Wasser auf der Erde würden angefüllt sein mit einer kompakten Masse lebender Wesen. Die Natur kann also das Gleichgewicht im Leben nur dadurch erhalten, daß sie zahllose Kreaturen sofort tötet. Es wären gerade die kleinsten Organismen, die die größten Gefahren brächten. Es gibt zum Beispiel kleine Pilze, die sich in wenigen Stunden millionenfach vermehren. Der Protococcus oder Wauhsnee (kleine einzellige Algen, die rote Farbstoffe enthalten) vermehrt sich so rasch, daß er in einer einzigen Nacht Hunderte von Morgen färbt. Etwas lästig würden auch die Fliegen werden. Die Stubenfliege kam in einer einzigen Jahreszeit 20 Millionen Junge in die Welt setzen. In der fünften „Saison“ mühte man die Zahl der Nachkommen dieser einen Fliege mit einer Drei und 30 Nullen schreiben! Wie die Fliegen haben auch die Spinnen eine ungeheuer große Nachkommenschaft, aber entsprechend viel Todesfälle. Die gemeine Spinne legt gewöhnlich 700 Eier auf einmal. Was die Vögel betrifft, so würde die Nachkommenschaft eines einzigen Vogelweibes recht bald die Erde bedecken und die Luft erfüllen. Und die Elefanten? Nach Darwin beträgt die Zahl der von einem einzigen Rädchen abstammenden Elefanten in fünf Jahrhunderten nicht weniger als 15 Millionen. Und wenn — so schreibt Pearson's Magazine, dem wir diese Angaben entnehmen — kein Menschenkind stirbe, würde die Menschheit sich in 25 Jahren verdoppeln, um nach wenigen Jahrhunderten ... Hungers zu sterben!

Notizen.

— Eine Porzellanausstellung soll zur Erinnerung an die Erfindung des Porzellans vor 200 Jahren im Juni 1910 unter Leitung des Direktors des Kunstgewerbemuseums Professor Falde in Berlin veranstaltet werden. Die Ausstellung wird mit der zweiten Ton-, Zement- und Kautschukaustellung in Dreptow verbunden sein.

— Das Aussterben der Gorillas und Schimpansen. Im Londoner Institut für Chirurgie gab Arthur Keith eine interessante Statistik über die Zahl der Schimpansen, die sich in den Wäldern am Kongo noch in Freiheit befinden. Er schätzt die Zahl der Schimpansen auf höchstens 100 000, die durch die streupflege Verfolgung in verhältnismäßig kurzer Zeit sehr dezimiert sein wird. Noch kleiner ist die Zahl der lebenden Gorillas; sie beträgt nur noch 10 000. Es ist vorzusehen, daß nach Ablauf eines Jahrhunderts die beiden interessanten Affenarten völlig ausgestorben sein werden.



tonst schätzbare Leute sind und sie das nötige Geld und die erforderlichen Kenntnisse haben, sollen sie hinausgehen und haben Gottes Segen mit auf ihren Wegen. (Große Heiterkeit.) Ein tüchtiger Mann kann sich doch auf den Herrn da oben verlassen, da ist doch nichts zu lachen. (Sehr richtig! recht und erneute Heiterkeit.)

Abg. Schwabe (Z.) bleibt auf der Tribüne im Zusammenhang unverständlich. Augenscheinlich verbreitet er sich über Missionswesen.

Staatssekretär Dernburg: Den Missionen beider Konfessionen wird mit gleichem Wohlwollen entgegengekommen. So weitgehende Vergünstigungen, wie Zollfreiheit für die zum Gebrauch der Missionare dienenden Gegenstände, kann man allerdings nicht bewilligen. Damit würde nur böses Blut bei den Beamten gemacht werden.

Abg. Lautmann (Wittich, Bg.) zollt Dernburg Anerkennung, freut sich über die fortschreitende Kolonialfreundschaft aller bürgerlichen Parteien und behauptet unter schallender Heiterkeit der Sozialdemokraten, daß die Sozialdemokratie sich der kolonialfeindlichen Haltung ihrer Führer schäme. Medner wünscht Dernburg ein langes Amtleben, hofft auf Besserung des kolonialen Rechnungswesens und gibt eine Uebersicht über die Finanzen des Kolonialrats, wobei er sich von Zeit zu Zeit verrechnet, jedoch, durch Ironie seiner Freunde unterläßt, alsbald seine Rechenfehler korrigiert. Weiter fällt Medner auf den Gouverneur von Ostafrika Rechenberg und auf die angebliche Bevorzugung der Araber in Ostafrika.

Abg. Dr. Goller (fr. Sp.): Wenn der große König wieder aufwachen würde, würde er wohl zu dem Kolonialsekretär sagen: „Mensch, hat er ein Glück! (Heiterkeit.) Das Glück zeigt sich nicht nur in der Auffindung von Diamanten, sondern in dem ganzen Aufblühen der Kolonien. Der Staatssekretär hat auch heute wieder gesunde Verwaltungsbegriffe vertreten, mit denen wir im ganzen zufrieden sein können. Es scheint mir, daß wir im Verhältnis zu der Zahl der Weihen immer noch zu viele Beamte brauchen haben. Der Postteil des Staatssekretärs für den Bau von Eisenbahnen können wir zustimmen, nachdem er sich zu unseren Grundrissen bekannt hat, daß eine gewisse Rentabilität vorher gesichert sein muß. Auch bei der Eingeborenenpolitik können wir im großen und ganzen den Grundrissen des Kolonialamtes zustimmen. Daß die früheren Anschauungen über die Faulheit der Neger falsch waren, ist jetzt wohl allgemein anerkannt; das beweist zum Beispiel der große Märschzug auf dem sterilen Boden von Togo. Darüber kommen wir nicht weg, daß der Neger eine niedrigere Rasse gegenüber dem Weissen ist, aber wir müssen das Menschennaterial der Kolonien — und das sind die Eingeborenen — haben, wenn wir die toten Bodenschätze in den Kolonien wirklich nutzbar machen wollen. Wir müssen ihnen deshalb gerecht Richter sein und sie in jeder Weise kulturreich heben, aber volle Gleichberechtigung können wir ihnen nicht einräumen. Es ist freilich, daß man jeden Beamten sofort entfernt, wenn er nicht vor dem Gouverneur stromm steht, die Hände an der Hofenmaut. (Zustimmung bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Dernburg: Der Vorredner hätte den Dr. Hochbach fragen können, warum er aus dem Kolonialdienst ausgeschieden ist. Es geschah auf seinem eigenen Wunsch, weil er nicht die Verwendung finden konnte, die er wünschte. Bezüglich des Gouverneurs von Ostafrika muß ich betonen, daß er schon deswegen im Unrecht ist, weil er von allen Seiten angegriffen wird, wie Herr Arendt in der Budgetkommission gesagt hat und wie es auch aus den Ausführungen des Dr. Goller hervorgeht. Aber es ist auch nicht richtig, daß von allen Seiten Klagen kommen; die Hamburger Kaufleute loben den Gouverneur sehr, ebenso wird er im Südsüden gelobt und am Simonsplatz. Klagen kommen nur aus Dar-es-Salaam und Zanger, wo außer den Beamten 180 resp. 140 erwachsene Weiber in Betracht kommen. Wir können nicht einen Gouverneur brauchen, der unredlichen Ansprüchen nicht entgegenzutreten versteht, eine Epizone als Küchgrat hat und sonst aus Schmalz und Butter gemacht ist. (Heiterkeit.) Die Ansprüche einiger tausend Kolonisten können wir nur soweit befriedigen, als sie nicht mit denen der 82 Millionen Deutschen in Konflikt kommen. So wenig wir einen Matrosen auf einem deutschen Walfischfänger oder einen Arbeiter, der in Westfalen 700 Meter tief Kohlen gräbt, von seinen Steuern befreien oder ihm gar Reichssubventionen geben können, so wenig können wir das bei den Deutschen tun, die nach Ostafrika gehen, und neun Zehntel aller Klagen über das Gouvernament beruhen auf solchen unredlichen Forderungen. (Zustimmung links und im Zentrum.) Für jede einzelne Klage bin ich bereit, den persönlichen Bescheid nachzuweisen; ich behalte mir das aber bis ans Ende vor, damit nichts vergessen wird. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Arendt (N.): Der Staatssekretär hat seine Stellung geändert, die er früher in diesen Fragen eingenommen hat und hat in die sachliche Debatte einen unbedingten Ton persönlicher Schärfe getragen. Um den Befehl des Zentrums beneide ich den Staatssekretär nicht. (Heiterkeit rechts.) Entgegen den Gepflogenheiten des Hauses, die er wahrheitsgemäß nicht kennt, hat der Staatssekretär Namen der Disfunktionsredner aus der Kommission genannt. Nicht einzelne Pflanzler, sondern die ganze weiße Bevölkerung nimmt gegen das verderbliche System Rechenberg Partei. (Hört! hört!) Wir protestieren dagegen, daß man uns nachsagt, wir vertreten die Pflanzlerinteressen. (Bravo! rechts.) Von vertrauensvoller Seite (links) und stürmische Heiterkeit) habe ich Nachrichten erhalten, wonach wir unmittelbar vor einem großen ostafrikanischen Aufstand stehen, (Lachen und Widerspruch im Zentrum.) Wenn der Aufstand ausbricht, Herr Erzberger, werde ich Sie dafür verantwortlich machen. (Schallendes Hohngelächter im Zentrum.) Es ist nicht dasselbe, wenn man Pflanzler oder wenn man Arbeiter steuerfrei läßt. Die Pflanzler sind die Träger deutscher Kultur!

Medner schimpft weiter auf den Gouverneur Rechenberg und wirft ihm Tadelnde von Sünden gegen die weiße Bevölkerung Ostafrikas vor. Die weiße Bevölkerung wird zurückgesetzt gegenüber der farbigen. (Lutes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Das darf doch nicht sein! (Zurufe: Po! len! Heiterkeit.) Wenn der Staatssekretär nicht so heftig wäre, würden die Debatten viel ruhiger verlaufen. — Wenn wir erst lange Rentabilitätsberechnungen anstellen wollten, würden wir in Afrika überhaupt keine Eisenbahnen haben. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich, einer der ältesten Ostafrikaner, (Gelächter.) habe das Recht, einen Gouverneurswechsel zu verlangen. So geht es nicht weiter! (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dernburg: Ich nehme davon An, daß der Abg. Arendt jede persönliche Spitze in seinen Ausführungen ablehnt, ich bin aber nicht in der Lage, ihm Ansichten auf die Erfüllung seines Wunsches nach Erhebung des Gouverneurs in Ostafrika zu machen. Auf Klagen von einer Seite nur oder auf Grund einer Stimmung werde ich Beamte nie maßregeln; darunter möchte die Integrität der Beamten leiden, deren festes Rückgrat ein kostbares Gut ist. — Bedrückend ist die Ernennung des Gouverneurs nicht Sache der Legislative, sondern des Kaisers. — Herr Arendt tadelt unsere Eingeborenenpolitik und macht uns vor einem Aufstand der Eingeborenen graulich. Seit zwei Jahren betreiben wir diese Politik und haben keinen Aufstand gehabt;

### unter dem Gouverneur v. Liebert hat es 25 Eingeborenen-Aufstände gegeben.

(Große Heiterkeit); ich mache dafür aber nicht die Eingeborenenpolitik des Herrn v. Liebert verantwortlich, so wenig wie unsere Politik schuld wäre, wenn jetzt etwa ein Aufstand irgendwo im Innern ausbräche. Das Kolonialamt wird gern bereit sein, alle Klagen gegen das Gouvernament zu prüfen und zwischen ihm und den Parteien zu vermitteln. Mögen alle Parteien dazu helfen; an mir soll es nicht fehlen.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Abg. Liebert (N.) persönlich: Ich weise die Ideenverbindung zwischen den 25 Aufständen und meiner Eingeborenenpolitik zurück. Ich war der letzte Militär-Gouverneur, der in das Land als in eine Widwid kam, und habe es meinem Nachfolger in tiefstem Frieden übergeben. Auch unter ihm hielt der Friede noch elf Jahre an, und der Aufstand brach dann aus bekannnten Ursachen aus. Mich trifft dafür keine Verantwortung.

Präsident Graf Stolberg schlägt vor, die nächste Sitzung Sonnabend um 2 Uhr abzuhalten. (Stärkste Rufe: Ja! Ja!) Ich mache den Vorschlag im Interesse der Budgetkommission und damit auch des Reichstags. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Nächste Sitzung: Sonnabend 2 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Etats für die Schutzgebiete und das Kolonialamt.) Schluß 7 Uhr.

## Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstags. 23. Sitzung vom 22. Februar.

Zur Beratung stand der Postetat. Wie jetzt üblich, hatte eine frühere Sitzung auch zum Postetat eine Subkommission eingesetzt, die eine Vorberatung vornahm und nun Bericht erstattete. Die weiter bei jedem Etat wiederkehrende Frage, ob die Zahl der Beamten im Verhältnis zu den zu erfüllenden Aufgaben nicht zu hoch ist, wurde bei Titel 3 „geheim expedierende Sekretäre“ erörtert. Abg. Erzberger beantragte, ein Dispositiv zu beschließen, wonach bei den für die Zentralverwaltung vorgesehenen 128 Sekretärstellen künftig 28 wegzufallen, das heißt, daß freiwerdende Stellen nicht wieder besetzt werden sollen.

Staatssekretär Krätze wendet sich gegen eine Verlängerung der Dienstzeit dieser Beamten; denn man müsse deren Leistungen anders beurteilen, weil es sich hier um geistige Arbeiter handle, die über ihre beruflichen Arbeiten auch sonst nachdächten und sich manchmal auch Arbeit mit nach Hause nahmen. Der Antrag Erzberger wurde, abgesehen — abgeändert — nur 8 Stellen als künftig wegzufallen bezeichnet wissen wollte, mit 9 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Unter „vermischte Ausgaben“ wurden einige Posten um insgesamt 40 000 M. niedriger eingestellt. Beim Kapitel Verwaltung werden 12 neue Stellen für Posträte, 8 für Oberpostinspektoren, 9 für Postbauinspektoren neu angefordert, was mit dem Auftraden anderer Beamten eine Mehrausgabe von 198 000 M. verursacht. Abg. Erzberger beantragt, von den Posträten 6, von den Oberpostinspektoren 4 sowie die zwei Stellen für Postbauinspektoren zu streichen. Er begründet seinen Antrag mit dem Hinweis, daß, wenn die neue Gehaltsordnung eingeführt sein würde, die Reichspost mit Defizit arbeiten würde, obgleich wir höhere Postsätze hätten als das Ausland. Das könne nur daran liegen, daß wir im Verhältnis zum Umfang des Betriebes zu viele Beamte hätten. Staatssekretär Krätze bestreitet die Richtigkeit der Erzbergerschen Angaben. Der Antrag Erzberger wird abgelehnt, jedoch werden die 4 neu geforderten Stellen für Oberpostinspektoren (mit knapper Mehrheit) gestrichen. Ferner wurde eine Resolution angenommen, die eine „tunliche Beschränkung des Zuganges zu den oberen und mittleren Beamtenstellen“ verlangt.

Zu weiteren Erörterungen führten die Forderungen von 15 neuen Stellen für Vorsteher an Postämtern erster Klasse und von 12 Stellen für Vizidirektoren. Das Resultat war, daß von den ersten Stellen 7 und die letzten sämtlich gestrichen wurden. Weiter wurde beschlossen, die für den Postetat eingesezte Subkommission nicht mehr tagen zu lassen, weil die dort gepflogenen Erörterungen in den Sitzungen der ordentlichen Kommission doch wiederholt werden müssen.

Nächste Sitzung Sonnabend: Fortsetzung der Beratung über den Postetat.

In der Arbeitskommission standen am Freitag die §§ 9 bis 11 zur Beratung. Der § 9 handelt von der Berufung des Vorsitzenden, der weder Arbeitgeber, noch Arbeitnehmer sein und von der Aufsichtsbehörde ernannt werden soll. Die Gesellschaft für soziale Reform hatte in einer Eingabe an die Kommission die Anregung gegeben, den Kammerern zur Ernennung des Vorsitzenden ein Vorschlagsrecht zu übertragen, und das Zentrum hatte, dieser Anregung entsprechend, zum § 9 einen Änderungsantrag eingebracht, der die Aufsichtsbehörde verpflichten wollte, den Vorsitzenden nach Maßgabe einer mindestens je drei Namen enthaltenden Vorschlagsliste zu ernennen. Nur in Fällen, in denen über die Liste die Redner anderer Parteien einverstanden erklärten, dessen Durchführung aber fernerlich ausführbar erschien. Der § 9 wurde sodann in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Der § 10 bestimmt, daß die Zahl der Mitglieder der Arbeitskommission von der Aufsichtsbehörde festgesetzt wird. Ein Änderungsantrag unserer Genossen wollte den Aufsichtsbehörden diese Befugnis zwar belassen, aber eine Mindestzahl von 20 Mitgliedern festgelegt wissen, damit die Behörden nicht zur Errichtung von Zwerggebilden kommen können, die eine entsprechende Wirksamkeit nicht aufkommen lassen. Gegen die Stimmen der Antragsteller und der Polen wurde auch dieser Antrag abgelehnt und der § 10 in der Fassung der Vorlage angenommen.

Lebhafter gestaltete sich die Debatte beim § 11 der Vorlage, der die Voraussetzungen der Wahlberechtigung bestimmt. Wahlberechtigt sollen sein Deutsche, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, im Bezirk der Arbeitskammer tätig sind und dem Gewerbebezuge angehören, für welchen die Kammer errichtet wird. Unsere Genossen beantragten, das Wort „Deutsche“ zu streichen und dafür zu sagen: „Personen“. Bei Annahme dieses Antrages würde es auch den in Deutschland beschäftigten fremdländischen Arbeitern möglich sein, sich an den Wahlen zur Kammer zu beteiligen. Ein weiterer Änderungsantrag unserer Genossen verlangte, die Altersgrenze auf 20 Jahre zu bemessen, um auch den jüngeren Arbeitern einen Einfluß auf die Zusammenfassung der Kammer zu sichern. Ein dritter Antrag endlich forderte in Anlehnung an den Wortlaut des Gewerbegesetzes, das Wahlrecht denjenigen Personen zu gewähren, die im Bezirk der Arbeitskammer tätig sind oder wohnen. In der Begründung wies Genosse Bömelburg darauf hin, daß in zahlreichen Industriebezirken des Reichs vorwiegend Ausländer beschäftigt sind, die man billigerweise nicht vom Wahlrecht ausschließen dürfe. Wollte man als Altersgrenze das 25. Lebensjahr bestehen lassen, dann könne sich in einzelnen Verufen, z. B. bei den Wärdern, ergeben, daß man überhaupt keine oder nur eine ganz winzige Zahl wahlberechtigter Arbeitnehmer finden würde. Dann sei es auch geboten, im Hinblick auf die Wandergewerbe, daß man Arbeitern das Wahlrecht gewähre, die im Bezirk der Kammer ihren Wohnsitz haben.

Die meisten der bürgerlichen Abgeordneten wandten sich gegen diese Darlegungen, besonders gegen die Herabsetzung der Altersgrenze. Auch die Regierungsvorrede beteiligten sich lebhaft an den Erörterungen, natürlich im Sinne derjenigen Redner, die von den Verbesserungen nichts wissen wollten; auch ihnen erschien die Herabsetzung der Altersgrenze bedenklich. Der Abg. Fleischer (Z.) bemerkte demgegenüber, daß das Wahlrecht der Frauen wohl nur auf dem Papier bleiben würde, wenn man sich nicht zur Herabsetzung der Altersgrenze entschließen könnte. Genosse Seberling machte darauf aufmerksam, daß vor einem Jahre die Regierung den volljährigen Arbeitern nicht nur das aktive, sondern auch das passive Wahlrecht einräumen wollte, daß sie im Vorentwurf die Arbeiterausführe als Wahlkörper bestimmte, die nach § 124h der Gewerbeordnung aus der Mitte der volljährigen Arbeiter gewählt werden können.

Der Antrag, die Altersgrenze auf 21 Jahre festzusetzen, wurde angenommen, alle anderen Änderungsanträge dagegen abgelehnt. Dieses Schicksal fand auch ein Antrag v. Westary (L.), nur denjenigen das Wahlrecht zu gewähren, die mindestens zwei Jahre dem Gewerbebezuge angehören, für welche die Kammer errichtet ist. —

## Aus der Partei.

Genosse Bollmar, über dessen Gesundheitszustand die bürgerliche Presse vor kurzer Zeit überaus ungünstige Nachrichten ver-

breitete, ist erfreulicherweise soweit wieder hergestellt, daß er im Laufe der nächsten Woche nach Berlin kommen und an den Verhandlungen des Reichstages wieder teilnehmen wird.

Unsere Taten. In Bahrenth starb eines der ältesten Parteimitglieder, der Geschäftsführer Genosse Hans Hoffmann. Er gehörte zu der kleinen Kerntruppe, die besonders unter dem Sozialistengesetz die Fahne der Partei hoch hielt, da es in den kleineren Städten noch mehr als in den großen Industriestädten eine riskante Sache war, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen. Auch für die Ausbreitung des genossenschaftlichen Gedankens unter der Arbeiterschaft hat er eifrig gewirkt.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Das Gefängnis ist kein Taubenschlag.“

Genosse Wardwald von der „Königsberger Volkszeitung“ verübt gegenwärtig in Allenstein die Gefängnisstrafe, die ihm wegen des bekannten Schandhändlersartikels von der Königsberger Strafkammer auferlegt worden ist. Dieser Tage wollte ihm nun ein Freund aus Königsberg einen Besuch abstatten. Er mußte das Gefängnis beim ersten Staatsanwalt persönlich anbringen und dieser sprach ihn aus, was er dem Genossen Wardwald zu sagen gedenke. Das Ergebnis des Examins war die Erklärung des Herrn Staatsanwalts, das Gefängnis sei kein Taubenschlag. Er verweigerte dem Freunde die Unterredung mit Wardwald.

So behandelt man sozialdemokratische Preßfunder!

Straffkonto der Presse. Wegen Beleidigung eines Polizeibeamten wurde Genosse Bierenkämper vom „Volksblatt für Bochum“ zu 10 M. Geldstrafe verurteilt.

Die reichsverbänderischen Malenkäger, die Oberhäupter der Ortsgruppe des Reichsverbandes in Strahburg i. E., Rechtsanwalt Schweigert und Bauinspektor Siegemann haben abermals einen „Triumph“ erfahren. Das Schöffengericht in Leipzig verurteilte Genossen Richard Bahrdt von der „Leipziger Volkszeitung“ zu 75 Mark Geldstrafe.

## Soziales.

Ist die Einreichung einer Klage ein Entlassungsgrund?

Es kommt beim Kaufmannsgericht gar nicht so selten vor, daß Chef und Angestellter als streitende Parteien erscheinen, ohne daß dadurch das Dienstverhältnis eine Unterbrechung erfahren hat. Die meisten Prinzipale sind freilich der Ansicht, daß, wenn erst ein Handlungsgeldsche zum Kauf läuft, jede Verbindung abgebrochen werden muß. Auch der Transportunternehmer Heinrich S., der von seinem Reisenden S. vor der zweiten Kammer des Kaufmannsgerichts Klage erhebt, verstoßt diese Auffassung. Wegen eines Speisenbetrages kam es zwischen beiden zu Differenzen. Als der Beklagte den Differenzbetrag nicht gutwillig zahlen wollte, strengte S. die Klage an. Die Antwort des Chefs auf die Klagezustellung war die sofortige Entlassung des Reisenden. Die belangte Firma führt aus, daß der Kläger kein Anrecht auf Speisen für die Zeit, in welcher er nicht auf der Tour war, hatte. Sie hielt sich zur sofortigen Entlassung für berechtigt, denn sie könne doch unmöglich zulassen, daß ein Angestellter, der sie verklagt, weiter beschäftigt werde, die Geschäftsdisciplin mühe notwendigerweise darunter leiden.

Das Kaufmannsgericht entschied, daß die Entlassung eines wichtigen Grundes ermangelt. Nachdem dem Kläger das Anrecht auf den Speisenüberschuß abgestritten worden war, blieb ihm nichts anderes übrig, als zu klagen. Daß dem von der Reize abgehaltnen Reisenden eine Entschädigung für entgangene Reisetage zuzufinden sei, feststehender Grund der Kaufmannsgerichte. Es sei auch nicht einzusehen, warum das Dienstverhältnis trotz des schwebenden Rechtsstreits nicht ruhig fortgeführt werden könne.

### Petition der Bureauangestellten.

Die Zivilprozessreform, die sich gegenwärtig in der Beratung der Reichstagskommission befindet, wird mit ihrer Einschränkung des Geschäftsbetriebes der Rechtsanwaltschaft und der vorgesehene Reduzierung der Schreibgebühren eine Verminderung des Personals der Anwaltskanzleien im Gefolge haben. Da heute schon der Zustrom zu dem Berufe der Anwaltsangehörigen ein sehr großer ist, so wird die Reform für die Angestellten sehr nachteilig sein. Es fordert deshalb der Verband der Bureauangestellten (Sitz Berlin) in einer an den Reichstag gerichteten Petition die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen der Angestellten, einmal, indem sie endlich den Handlungsgeldsche rechtlich gleichgestellt werden, zum anderen, indem die durch die Reform stellunglos werdenden Angestellten in die bei den Behörden neu zu schaffenden Stellen übernommen werden. Der Reichstag wird hoffentlich die Wünsche der Angestellten nicht unbeachtet lassen.

### Bühnenverein und Bühnengenossenschaft.

Die soziale Verhältnisselosigkeit des Direktorenvereins (Bühnenvereins) kennzeichnet sich in einem Schreiben von dem Präsidium des deutschen Bühnenvereins zur Versendung gelangten Schreiben, das den Abbruch der Beziehungen des Direktorenvereins mit dem Verband der Schauspieler (Bühnengenossenschaft) rechtfertigen soll. Dem Präsidium hat die Form, in der der Antioche der Schauspieler gegen die von seiner Vertretung gebilligten Vertragsstellen endlich zum Ausdruck kam, nicht gefallen — das ist des langen Schreibens kurzer Sinn. In demselben Schreiben wirft dies Präsidium der Delegiertenversammlung der Genossenschaft „Verständnislosigkeit“, „parlamentarische Unreife“, „Mangel an parlamentarischen Takt und Anstandsgefühl“ vor und erklärt sie für „weder unangangs- noch verhandlungsfähig“. Wenn es noch eines Beweises für den absolutistischen Herrenstandpunkt des Bühnenvereins bedurfte, so wird er durch das von ihm verfertete Schreiben geliefert. Das scheint das Präsidium auch zu fühlen. Denn in derselben Zuschrift erachtet es das Präsidium für notwendig hervorzuheben, wie „sozial“ die Herren handeln. Wie geben diesen Passus wörtlich wieder. Es heißt da: Es „ist in direkter Betätigung des sozialen Empfindens der Bühnenleiter beschlossen worden:

- a) Im Interesse der weiblichen Bühnenmitglieder die Lieferung der historischen Kostüme obligatorisch beizubehalten.
- b) innerhalb des Deutschen Bühnenvereins eine unter besonderer Verwaltung stehende Unterstufungsstelle zu schaffen, in die alle bisher an die Genossenschaft zu wahligen Zwecken abgeführten Beiträge fließen werden und deren Bestände namentlich zu den gleichen wohltätigen Zwecken direkt an die erwerbsfähigen und bedürftigen Bühnenangehörigen zur Verteilung gelangen sollen; diese Unterstufungen werden mitbin künftig dem gesamten deutschen Schauspielerstande zugute kommen.“

So, wenn eine „Betätigung des sozialen Empfindens der Bühnenleiter“ ist, die „historischen Kostüme“, also das Handwerkzeug zu liefern, statt den Schauspielerinnen die Lieferung aus ihre Kosten aufzugeben, so nimmt es wunder, daß nicht noch hervorzuheben ist: die Bühnenleiter fühlen sich sogar verpflichtet, das Honorar den Schauspieler zu zahlen, wenn nach Abzug der Straf-gelder noch ein Rest verbleiben sollte. Die Schauspieler dürfen nun endlich von ihrer Harmoniefeier kuriert sein. In einer Versammlung der Bühnengenossenschaft, die am Donnerstagsabend in dem Mozartsaal stattfand, sind verständigerweise vorbereitende Schritte zum gewerkschaftlichen Ausbau der deutschen Bühnenangehörigenorganisation unternommen und eine Resolution einstimmig angenommen worden, in der die Genossenschaft den Beschluß des Bühnenvereins auf das energischste zurückweist und in der ferner



Die Genossenschaft als die einzig berechtigte Vertretung der Wählerangehörigen bezeichnet wird.

Die gerechten Forderungen der Schauspieler werden um so eher zum Siege gelangen, je klarer allen Schauspielern die Einsicht in die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenhaltens durch Förderung der Bühnengenossenschaft wird.

Unhaltbare Statutenänderungen einer Krankenkasse.

Die Zugehörigkeit bestimmter Personenteile zur Ortskrankenkasse für Handwerker in Witten führte zu Differenzen mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse derselben Stadt. Die Folge davon war ein Eingreifen des Regierungspräsidenten zu Arnsberg. Die Ortskrankenkasse für Handwerker ist eine alte Krankenkasse, die schon vor dem Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 bestand und verschiedene Wandlungen durchgemacht hat. Das Statut wurde mehrere Male mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde geändert. Die dem § 2 des Statuts im Jahre 1904 gegebene letzte Fassung ging dahin, daß der Kasse angehören sollten alle innerhalb des Stadtbezirks Witten in Handwerksbetrieben gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen. Der Regierungspräsident erließ nun an die Ortskrankenkasse für Handwerker bezug auf ihren Vorstand eine Verfügung auf Grund des § 48a Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes, der bestimmt: „Ergibt sich, daß einem Kassensatz nach § 24 Abs. 1 die Genehmigung hätte verweigert werden müssen, so hat die höhere Verwaltungsbehörde die erforderliche Abänderung anzuordnen.“ Der Regierungspräsident ordnete an, daß die Kasse durch Beschlußfassung ihrer Generalversammlung ihren Mitgliederkreis beschränken solle auf „alle in Handwerksbetrieben im Bezirk der Stadt Witten beschäftigten Handwerksgehilfen und Gehilfen“. Der Mitgliederkreis der Kasse sei, so führte er aus, früher auf Handwerksgehilfen und „Gehilfen beschränkt gewesen und hätte nicht auf „alle in Handwerksbetrieben gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen“ ausgedehnt werden dürfen. Diese Ausdehnung sei unzulässig und zu Unrecht genehmigt worden. Insofern sich die Kasse seit dem Inkrafttreten des Gesetzes auf der anderen Seite Beschränkungen auferlegt habe, müsse es dabei bleiben. Die unzulässige Ausdehnung müsse aber rückgängig gemacht werden.

Die Ortskrankenkasse für Handwerker klagte gegen den Regierungspräsidenten im Verwaltungsstreitverfahren.

Der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts in Berlin gab am 18. dieses Monats der Klage statt und hob die Verfügung des Regierungspräsidenten auf. Zur Begründung wurde angeführt: Es handele sich hier um eine alte Krankenkasse, deren ursprüngliches Statut von 1881 bei Einführung des Krankenversicherungsgesetzes lautete, daß der Kasse zugehörten: „Alle im Stadtbezirk Witten beschäftigten Handwerksgehilfen und Gehilfen sowie solche Personen, welche bei einem Meister, Gefellen- oder Gehilfenarbeit verrichten, auch wenn sie nicht im Stadtbezirk wohnen.“ Die Kasse hätte die Bestimmung durch neue Bestimmungen nicht aufheben dürfen. Die Kasse sei nicht berechtigt gewesen, durch Statutenänderung diesen Personenkreis zu ändern, und zwar weder einschränkend, noch ausdehnend. Und wenn der Bezirksausschuß die späteren Abänderungen genehmigte, so sei dies rechtmäßig geschehen. Die Klage sei nicht als zu Recht bestehend anzuerkennen. Darum würde eine Verfügung des Regierungspräsidenten rechtswidrig gewesen sein, wenn sie die Wiederherstellung jener zitierten Fassung des Statuts von 1881 angeordnet haben würde. Indem sie den Mitgliederkreis auf „alle in Handwerksbetrieben im Bezirk der Stadt Witten beschäftigten Handwerksgehilfen und „Gehilfen“ beschränken wollte, habe sie das aber nicht getan. Deshalb müsse die Verfügung des Regierungspräsidenten aufgehoben werden. — Es sei nun keine Sache, ob er die Wiederherstellung jenes alten Wortlauts verfügen wolle. Tue er es, dann wäre gegen eine solche Verfügung nichts einzuwenden.

Das Oberverwaltungsgericht hat bei seiner Entscheidung die Gründe beodachtet, die es als zu Recht bestehend erachtet hat und die auch wir in dem bekannten Streit der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse wegen Ausschließens der A. G. und der vereinzelten Siemenswerke vertreten haben. Zurzeit schwelt ein Verwaltungsstreitverfahren der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse gegen den Magistrat, weil dieser entgegen dem Befehl auf Veranlassung des Oberpräsidenten angeordnet hat, den gesch. und statutenwidrig aus der Kasse ausgeschiedenen vereinzelten Siemenswerken 425 000 M. gewissermaßen als Prämie für Vertragbruch zu zahlen.

Aus Industrie und Handel.

Das Kapital im Versicherungsgewerbe.

Unter den kapitalistischen Unternehmungen die großartigsten sind die diversen Versicherungsunternehmen, über welche das Aufsichtsamt vor einiger Zeit eine zusammenfassende Darstellung für das Jahresfrist 1902—6 gegeben hat. Der Fortschritt in diesem Zeitraum, der mit der industriellen Hochkonjunktur zusammenfällt, dokumentiert sich vor allem in der Tatsache, daß Ende 1902 über 93,6 Milliarden und Ende 1906 über 112,6 Milliarden Versicherungen in Kraft waren, wovon rund ein Drittel rückversichert erschienen. Von den 288 Unternehmungen des Jahres 1906 bestanden 60 für Lebens-, 30 für Unfall-, 28 für Haftpflicht-, 15 für Hagel- und 50 für Feuerversicherung. Bei der sogenannten großen Lebensversicherung auf den Todesfall betrug das versicherte Kapital zu Ende 1906 8622 Millionen, bei der einfachen Versicherung auf den Lebensfall 889 Millionen Mark. Die Prämien und sonstigen Leistungen der Versicherten machten im Jahre 1906 die stattliche Summe von 729,158 887 M., die Schadenzahlungen 425,007 045 M., die Verwaltungskosten 152 Millionen Mark aus. Nicht weniger als 20 Proz. der von den Versicherten geleisteten Beiträge gingen also für Verwaltungszwecke drauf! Dieses ungünstige Verhältnis wirkt einen dunklen Schatten auf die von der liebevolleren Bourgeoisie so gepriesene Glanzseite des Versicherungswesens. Der förmliche Verwaltungsapparat und der Aktiengewinn verteuern das Versicherungswesen in enormer Weise, so daß es heute eines der ergiebigsten Ausbeutungsobjekte genannt werden kann.

Wohlfühl das Gebiet der privaten Assekuranz im laufenden Jahre durch die Tätigkeit von Staat und Ländern eingegrenzt worden; allein diese Tätigkeit beschränkte sich vorzugsweise auf die Versicherung gegen Feuergefahr. Bei den öffentlichen Feuerversicherungsanstalten waren Ende 1906 63 450 Millionen Mark Kapital versichert, 1907 60 449 Millionen Mark. Die Beiträge bei diesen öffentlichen Einrichtungen (31 sogenannte Sozialitäten und 22 andere meist staatliche Anstalten) beliefen sich im Jahre 1907 auf 81 890 967 M. oder 1,26 Promille, die bezahlten Schäden auf 58 043 210 M. oder 70,8 Proz. der Beiträge, die Verwaltungskosten auf 10 269 256 Mark = 12,5 Proz. der Prämien. Obzwar es sich da um keine einfachere Art der Versicherung handelt, ist die Verwaltung der öffentlichen Institute schon wesentlich billiger als die der privaten Unternehmungen. Bei diesen sind es die hohen Kosten der Akquisition, bei den ersteren die durch die Schwierigkeiten der Schadenfeststellung verursachten Kosten, welche besonders ins Gewicht fallen.

Neben den deutschen gibt es auch eine Anzahl ausländischer Unternehmungen, über deren Geschäftsergebnisse jedoch keine Angaben vorliegen. Das ist um so bedauerlicher, als auch die deutschen Unternehmungen vielfach im Auslande dem Geschäft nachgehen und die Internationalität des Assekuranzkapitals eine allgemein bekannte Erscheinung ist. Der Grund hierfür ist in den großen Gewinnen zu suchen, die das Assekuranzgeschäft abwirft. Nach einer Zusammenstellung vom Jahre 1905 setzten sich die Passiven der deutschen Versicherungsgesellschaften wie folgt zusammen:

Table with 2 columns: Category and Amount in Mark. Includes Gründungskapital, Eingezahltes Aktienkapital, Vermögensreserven, Gewinnverträge, etc.

Das sind die Angaben, wie sie die Versicherungsgesellschaften selbst liefern, deren Buchhaltung und Rechnungslegung nach eigenen Regeln erfolgt und deren Bilanzierungsklässe die Höhe der einzelnen Posten durch ihre Zeilung und Benennung zu verdecken die Tendenz haben. Immerhin vermitteln die Angaben mancherlei Einblicke. Wir ersehen daraus, daß die eingezahlten Aktien nicht einmal ein Viertel des Gründungskapitals ausmachen, und daß die Aktionäre allein an Ueberschüssen über 25 Millionen erhielten, indes die Versicherten nur 111 189 753 M. bekamen. Am ertragreichsten ist das Geschäft in der Feuer-, Lebens- und Transportversicherung. Der Gesamtbestand an regulären Kapitalversicherungen betrug zu Ende 1907 10 134,9 Millionen Mark gegen 9583,2 Millionen Mark im Jahre 1906. Die sogen. Volksversicherung wies am Jahresschluß 1907 einen Bestand von 1057,7 Millionen Mark auf — ein schlagender Beweis für die Unzulänglichkeit der Arbeiterversicherung, deren freiwillige Ergänzung sie bildet.

So groß die Fortschritte des privaten Versicherungswesens auch sind, gegenüber dem ungeheuren Werte der Güter, die noch unberücksichtigt bleiben, erscheinen sie keineswegs imponant. Daß hier der Staat dem Privatkapital den Vortritt läßt, bedeutet eine Verschiebung von Mitteln, die mit dem Zwecke der Versicherung in einem überaus starken Widerspruche steht.

Berliner Handelsgesellschaft. Der Abschluß ergibt einschließlich des aus dem Vorjahre übernommenen Sortrages von 677 758,20 M. einen Rohgewinn von 14 704 815,75 M. Der Verwaltungsrat hat die Dividende für das am 31. Dezember 1906 gewinnberechtigte Kommanditkapital von 100 000 000 M. auf 9 Proz. festgesetzt. Der nach Abzug der lagungs- und vertragmäßigen Lantimen verbleibende Reibetrag von 671 228,36 M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Son amerikanische Eisen- und Metallmarkt. Der „Ironmonger“ bezeichnet die Lage als völlig demoralisiert. Die Augenwerke unterliegen dem Trutz, und sichern sich durch Gewährung der Baifsekautel die an den Markt kommenden minimalen Anforderungen. Weiter wird aus New York berichtet: Ein Geschäft in Wall Street behauptet, der Trutz habe nunmehr heimlich auf vorhandene 5 Millionen Tonnen unaußgeführte Aufträge den Konsumenten 6 Dollar Rabatt gewährt. — Die amerikanischen Kupfervorräte werden auf 80 000 Tonnen angegeben, der Konsum auf 15 000 Tonnen. Andererseits wird behauptet, daß die Baifsekautel mit gefährlichen Preisnotizen arbeite.

Gerichts-Zeitung.

Eine Straßenbahn-Haftpflichtfrage bei eigenem Verschulden eines Schulladens durch Abbringen.

In der Rollenbaumhauffe zu Hamburg kam am 14. Juni 1907 der damals 12 Jahre alte S. zu Fall, als er aus einem noch in Fahrt befindlichen Wagen der Hamburger Straßenbahn ausstieg. Er wurde überfahren und derart verletzt, daß ihm ein Bein amputiert werden mußte. Verletzt durch seinen Vater erhob S. gegen die Straßenbahngesellschaft in Hamburg Ersatzansprüche auf Grund des Haftpflichtgesetzes mit der Behauptung, daß auch ein Verschulden der Bahnangehörten bei dem Unfälle mitzureden habe.

Das Landgericht Hamburg wies den Kläger ab. Auf die Berufung des Klägers erkannte das Oberlandesgericht zu Hamburg seine Schadenerschaftsprüche dem Grunde nach zur Hälfte als berechtigt an.

Im selben Sinne entschied auf die Revision der Beklagten Straßenbahngesellschaft in Hamburg der VI. Zivilsenat des Reichsgerichts, indem er in seinen Entscheidungsgründen etwa folgendes darlegte:

„Daß der Kläger „bei dem Betriebe der Eisenbahn“ körperlich verletzt worden ist, bedarf keiner weiteren Ausführung und ist auch von der Beklagten bisher nicht bestritten worden. Was aber die Anwendung des § 254 B. G. B. anbelangt, so ist es keinesfalls rechtmäßig, wenn das Berufungsgericht den Unfall nicht allein auf das eigene Verschulden des Verunglückten, sondern zum gleichen Anteil auch auf die Gefährlichkeit des Straßenbahnbetriebes als Ursache zurückführt. Die Fahrlässigkeit des Klägers, die in dem Abbringen von einem noch in Bewegung befindlichen Straßenbahnwagen allerdings zu finden ist, kann unter den obwaltenden Umständen nicht als besonders schwerwiegend beurteilt werden. Zunächst kommt das jugendliche Alter des Verunglückten in Betracht, und es ist wenigstens hinsichtlich des Grades seines Verschuldens dem Berufungsgerichte darin beizustimmen, daß man, was Voricht und Umkehr des Verhaltens angeht, an ein Kind auch vom Rechtsstandpunkte aus nicht die gleichen Anforderungen stellen dürfte, wie an einen Erwachsenen.“

Die Revision wendet ein, daß gegen einen derartigen Zeidstimm der jugendlichen Fahrgäste die Beklagte sich auf keine Weise schützen könne. Das würde jedoch, wenn es richtig ist, die Haftung der Straßenbahn für einen Unfall dieser Art nicht immer vollständig ausschließen. Es entspricht dem Grundsatz des § 254 B. G. B. und ist auch nicht unbillig, daß die Straßenbahn bei der von ihr — durch Abkommensverträge mit den Eltern — übernommenen Beförderung von Schullindern bis zu einem gewissen Maße die besonderen Gefahren mittrage, die aus dem Naturell, der Unerschöpflichkeit und Unbesonnenheit des Kindes sich ergeben. Freilich werden die Schaffner der Beklagten, die nach den Abkommensbedingungen angewiesen sind, für sichere Beförderung der Schullinder zu sorgen, nicht imstande sein, jedes Kind stets beim Ein- und Aussteigen im Auge zu behalten; und die Beklagte darf damit rechnen, daß den Kindern, wie in jenen Bedingungen verklamt ist, seitens der Eltern das Auf- und Absteigen während der Fahrt verboten wird. Aber eine sichere Gewähr gegen jene Gefahren ist damit nicht gegeben, und das ist zu einem Teile auf Rechnung der dem Straßenbahnverkehr eigenen Betriebsgefahr zu setzen. Im vorliegenden Falle ist nun weiterhin hauptsächlich der Umstand zuzunehmen des Verlebens zu berücksichtigen, daß er nicht etwa während der vollen Fahrt, sondern erst in dem Zeitpunkt abgeprungen ist, als bereits das Haltsignal gegeben war und das Dakten des Wagens unmittelbar bevorstand. In diesem letzten Moment der Gefahr und bevor der Wagen völlig stillhält, wird erfahrungsgemäß sehr häufig von den Fahrgästen der Abstieg ausgeführt, ohne daß von den Schaffnern hiergegen eingeschritten würde. Wenn zwar auch in diesem Falle eine Uebertretung des Verbots und je nach den Umständen eine größere oder geringere Unvorsichtigkeit seitens des Fahrgastes vorliegen mag, so ist es immerhin wohl erklärlich, daß ein Schulladner, der bei seinen täglichen Straßenbahnfahrten jenen Vorgang vielfach vor Augen hat, dem Beispiele der Erwachsenen folgt. Es wäre ihm nicht so schwer zu verwehren, wenn er glaubt, das Verbot nicht so wörtlich nehmen zu dürfen, daß er auch bei der Annäherung an der Haltestelle unbedingt den Stillstand des Wagens abzuwarten habe.“

Ein ungetreuer Pfarrer.

Der katholische Geistliche Nagel hatte sich dieser Tage vor dem Landgericht Weyrauch wegen Unterschlagung und Betrugs zu verantworten. Nagel, der jetzt als freireligiöser Pfarrer in Rängen

lebt, war seit 1900 in verschiedenen Orten des Königlich Preussischen Jura als Kaplan und Benefiziat tätig, bis er 1904 als Pfarrer nach Freienfels kam, wo er eine Reihe von Kirchen- und Stiftungslassien zu verwalten hatte. In dieser Eigenschaft ließ er sich allerlei Unterschlagungen und Betrugsereien zuschulden kommen, indem er die Beiträge für ausgeloste Pfandbriefe, zurückzahlte Hypotheken usw. für sich behielt. Außerdem pumpte er eine ganze Anzahl seiner Pfarrkinder unter schwindelhaften Versprechungen an. Auch Arbeitergroßden verschmähte er nicht; so hatte er gehört, daß ein Arbeiter sich 150 M. erspart und das Geld zu Hause liegen hatte. In Abwesenheit des Mannes begab sich der Pfarrer zu der Frau und ließ nicht eher locker, als bis sie ihm 100 M. geliehen hatte. Das Gericht erkannte auf drei Monate acht Tage Gefängnis.

Einen neuartigen Schwindeltrick.

Hatte der Handlungsgehilfe Adolf Runge in Anwendung gebracht, der sich wegen vollendeten Betruges in 21 Fällen und wegen versuchten Betruges in 28 Fällen vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten hatte.

Das Dienstmädchen K., welches bei einer Herrschaft am Aurfürstendamm in Stellung ist, hatte eines Sonntags ihre goldene Uhr mit Kette verloren. In der Hoffnung, daß es auch noch eheliche Finder gebe, erließ sie in einer hiesigen Zeitung eine Verlautbarung, in der sie dem Finder eine gute Belohnung zusicherte. Sie war auch höchst erfreut, als eines Tages der Angeklagte bei ihr erschien und ihr mitteilte, daß er zufällig erfahren habe, wer die verlorene Uhr gefunden habe. Er versprach, die Uhr sofort wiederzubeschaffen, wenn ihm das Fahrgeld ausgehändigt würde. Die K. handigte dem Angeklagten in ihrer Freude auch 1 M. aus, mit welcher jener, unter dem Versprechen, in einer Stunde wieder zurück zu sein, auf Zimmerwiederschen verschwand. Die nun doppelt Geschädigte kros den Schwindler bald darauf auf der Straße und ließ ihn durch einen Schuhmann festnehmen. Es ergab sich nunmehr, daß der Angeklagte schon seit längerer Zeit mit diesem Schwindeltrick arbeitete und sich damit ein ganz gutes Einkommen verschaffte. In den Geschädigten gehörte auch ein Rechtsanwalt L., der ebenfalls auf den Reim gegangen war und dem Schwindler 2 M. geopfert hatte. Auf die Bekanntmachung der Kriminalpolizei liefen die Anzeigen gegen Runge zu Tausenden ein. Der Gericht war der Angeklagte geständig. Der Staatsanwalt beantragte eine Haftstrafe von 1 1/2 Jahren, das Gericht billigte ihm aber mit Rücksicht auf sein Geständnis noch einmal mildernde Umstände zu und erkannte auf die auch recht hohe Strafe von 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust.

Verurteilung eines Holzindustriellen.

Der Sägewerksbesitzer Wiest in Rempten hat schon wiederholt Arbeiter mißhandelt, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt worden wäre. Nun hat der brutale Mensch einen Angehörigen der bescheidenden Klasse, einen Banddirektor, geohrfeigt. Da schritt die Justiz sofort ein. Das Schöffengericht erkannte auf 14 Tage Gefängnis. Die Berufungsinstanz ging noch höher und sprach drei Monate Gefängnis aus.

Verfammlungen.

Protest gegen die Plakatsteuer.

Eine sehr stark besuchte Versammlung von Lithographen, Steindruckern und anderen für die Plakate arbeitenden Gewerben wurde am Donnerstag im großen Saale des Grand Hotel Alexanderplatz abgehalten. Ihr Zweck war, Protest einzulegen gegen die von der Reichsregierung geplante Einführung einer Plakatsteuer.

Der erste Referent, Schriftsteller Hilarius, sprach über das moderne Künstlerplakat und seine Bedeutung für das öffentliche Leben. Er vertrat die Ansicht, in dem künstlerischen Plakat sei ein neuer Kunstzweig entstanden, eine Kunst für die Straße, eine Kunst zur Freude für viele, denen andere Kunstwerke nicht zugänglich seien. Die Plakatsteuer würde diesen Kunstzweig einschränken, die Kunst der Straße, die Kunst des Volkes würde dadurch stranguliert werden.

Der zweite Referent, Sillier, Vorstehender des Verbandes der Lithographen, Steindrucker usw., beleuchtete die Verhältnisse, welche die Plakatsteuer auf die mit der Herstellung von Plakaten beschäftigten Arbeitszweige haben würde. Er sagte unter anderem: Die Einführung der Plakatsteuer würde eine Verminderung der Herstellung von Plakaten, namentlich der durch Lithographie und Steindruck hergestellten, zur Folge haben. Eine ungeheure Vermehrung der Arbeitslosigkeit würde die weitere Folge sein. Diese Steuer würde den Ruin eines ganzen Gewerbes mit sich bringen. Nicht nur das Steindruck, sondern auch das Buchdruckgewerbe würde unter der Steuer zu leiden haben. Das Buchdruckgewerbe habe dieser Sache bis jetzt noch nicht die notwendige Beachtung geschenkt. Die Plakatsteuer würde mindestens 2000 Lithographen und Steindrucker, sowie wenigstens 10 000 Arbeiter aus dem Hilfspersonal arbeitslos machen. Jetzt, wo alle Berufe überfüllt sind, wo überall große Arbeitslosigkeit herrscht, würden die Arbeitslosen in keinem anderen Beruf Unterkunft finden. Uebrigens werde das Steindruckgewerbe nicht nur durch die Plakatsteuer, sondern auch durch die Tabaksteuer bedroht. Die Wirkung der geplanten Tabaksteuererhöhung mache sich für Steindrucker schon jetzt bemerkbar. Die Ausstattung der Verpackungen für Zigarren und Zigaretten würde erheblich einfacher hergestellt als bisher. Daraus folge Arbeitslosigkeit für viele Angehörige des Berufs. Schon jetzt leide der Beruf der Lithographen und Steindrucker so stark unter der Arbeitslosigkeit, daß der Verband allein im letzten Vierteljahr 70 000 M. Arbeitslosenunterstützung gezahlt habe. Die Verhältnisse würden sich noch viel ungünstiger gestalten, wenn die Plakatsteuer eingeführt würde. Der Redner zeigte eine Anzahl von Plakaten vor, für welche der Stückpreis und die auf das einzelne Plakat nach den Vorschriften der Regierung entfallende Steuer berechnet ist. Bei all diesen Beispielen beträgt die Steuer das Doppelte, ja in manchen Fällen das dreifache des Preises. Die durch Buchdruck hergestellten Plakate tragen sogar das zehnfache ihres Wertes an Steuer. Das kommt daher, daß die Herstellungskosten geringer sind als die der Steindruckplakate, die Steuer aber nach dem Flächeninhalt des Plakates bemessen wird. — Der Redner schloß mit der Aufforderung zum Protest gegen die Plakatsteuer.

In der Diskussion zeigte Harber, Vorstandsmann des Buchbinderverbandes, daß auch die Buchbinder an der Herstellung gewisser Plakatalarten beteiligt sind und deshalb auch dies Gewerbe durch die Steuer getroffen werde. 7000—8000 Buchbinder würden arbeitslos werden, wenn die Plakatsteuer eingeführt würde.

Die nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung, welche von Lithographen und Steindruckern, sowie von Interessenten des Plakatewesens zahlreich besucht ist, erhebt den schärfsten Protest gegen das von der Reichsregierung geplante Anzeigensteuergesetz, insbesondere gegen die Plakatsteuer. — Dieses Gesetz wird nach eingehender Prüfung zu einer ungeheuren Einschränkung der Plakate führen, und damit Unternehmer, Künstler und Arbeiterschaft gleich schwer treffen und in vielen Fällen den Ruin für die Beteiligten bedeuten.

Da nun aber die Arbeitslosigkeit in diesen Berufen selbst nach Ausweis der amtlichen Statistik sehr zurückgegangen und heute noch im Fallen begriffen ist, dürfte eine weitere Einschränkung durch diese Steuer für das lithographische Gewerbe verhängnisvoll werden. — Ferner würde auch damit der erhoffte Beitrag der Steuer niemals in die Reichskasse fließen, sondern durch die verloren gehende Gewerbe- und Einkommensteuer direkt nachteilig auf die Reichsfinanzen wirken.

Die Versammlung erwartet deshalb vom Reichstag die Ablehnung dieser das Gewerbe schwer schädigenden Steuererhöhung.



**Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Steffens u. Külle.**  
 Am Montag fand bei Felsch in Rixdorf eine zahlreich besuchte Betriebsversammlung der Arbeiter und Handwerker aller Branchen von der Eisenkonstruktionswerkstätte Steffens u. Külle statt, um die dort herrschenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu besprechen. Es war, wie der Referent Siering, Vorsitzender der Filiale des Schmiedeverbandes, ausführte, nicht das erste Mal, daß eine Versammlung sich mit den Zuständen bei jener Firma befähigte. Man war schon mehrere Male zu diesem Zweck zusammengekommen, aber alle Beschwerden und Wünsche waren bisher vergeblich gewesen. Einige der Arbeiter hatten nun gemeint, man solle den Firmeninhaber Kommerzienrat Steffens zur Versammlung einladen, weil er vielleicht gar nicht wisse, wie schlecht es in seinem Betriebe bestellt sei; die Einberufer hatten jedoch davon Abstand genommen, weil sie annahmen, daß er doch nicht erscheinen werde, dann aber auch in der Befürchtung, daß, wenn er wirklich anwesend wäre, dies vielleicht zur Entlassung solcher Arbeiter führen könnte, die in der Versammlung offen ihre Meinung sagten. Der Redner hatte ein sehr umfangreiches Material über die Zustände in dem Betriebe zur Verfügung. Es herrscht dort das Kolonnen-system. In den Kolonnenführern erblicken aber die Arbeiter nicht, wie es eigentlich sein sollte, Mitarbeiter. Mit wenigen Ausnahmen gelten sie ihnen vielmehr als Leute, die es als ihre einzige Pflicht ansehen, dafür zu sorgen, daß andere recht viel arbeiten. Man weiß, daß die Löhne in den Eisenkonstruktionswerkstätten im allgemeinen sehr niedrig sind, aber so schlecht wie bei Steffens u. Külle in Tempelhof sind sie bei anderen Firmen doch nicht. Allgemein gilt es als selbstverständlich, daß die Arbeiter einer Kolonne Einsicht in die Akkordzettel nehmen, damit sie von vorher herein wissen, was für die Arbeit bezahlt wird; bei jener Firma ist das nicht üblich. Gelernte Arbeiter werden mit 42, 40 Pf. und noch geringeren Stundenlöhnen eingestellt, wozu dann der Akkordüberschuß kommt, von dem man nicht weiß, wie er berechnet wird und welcher Akkordpreis eigentlich bei den einzelnen Stücken maßgebend ist. Ein Familienvater erhielt neulich als ganzen Akkordüberschuhanteil für 80 Stunden Arbeit 89 Pf., die letzte Woche sogar nur 82 Pf. Die Kolonnenführer erhalten 70 bis 80 Pf. Stundenlohn, wozu noch Akkordüberschüsse, man weiß nicht in welcher Höhe, kommen. Sie stehen sich jedenfalls nicht schlecht dabei. Was die Antreiberei anbetrifft, so sollen Günstlinge und Verwandte einzelner Kolonnenführer oder Meister davon verschont bleiben, so daß jene Leute, ohne viel zu arbeiten

ihre Geld verdienen, wenn ihre Kollegen sich übermäßig abplagen müssen. Auch will man beobachtet haben, daß Arbeiter, die dafür sorgen, daß einige Kolonnenführer nicht Durst leiden, bevorzugt werden. Außerdem wurden noch verschiedene andere schwere Missetaten geschildert. In der Schmiede ist außerordentlich viel Rauch, es fehlt an jeglicher zweckmäßigen Ventilations-einrichtung. Außerdem herrscht im Betriebe solche Unordnung, daß nicht einmal für die Freihaltung der Gänge gesorgt wird und man jederzeit über herumliegende Eisenteile stürzen kann. Die Arbeiter selbst haben bei der unaufrichtigen Antreiberei nicht Zeit, für die nötige Ordnung zu sorgen. Große Eisenbleche und Lamellen werden mit gewöhnlichen Haken angepackt, es fehlt an den besonderen Klammern, wie sie laut Vorschrift der Berufsgenossenschaft vorhanden sein sollten. Ferner wird berichtet, daß neulich einer der großen Krane revidiert wurde, daß der Monteur dabei aus dem Seil des Krans einige Drähte heransholte, das Seil also defekt war, daß aber gleichwohl nach wie vor mit dem Seil weitergearbeitet wird. Durch alle diese Dinge wird die Unfallgefahr, die ja so wie so in Eisenkonstruktionsbetrieben schon außerordentlich groß ist, noch erhöht. — Kranksein ist in jenem Betriebe eine besonders gefährliche Sache und führt in der Regel zur Entlassung. Es besteht dort nämlich eine Betriebskrankenkasse, und als sie eingerichtet wurde, soll der Kreiskrankensasseninspektor von Briß gesagt haben, es wäre wohl besser, wenn die Firma gleich auch ein eigenes Krankenhaus bauen würde, weil gar zu viele Erkrankungen in dem Betriebe vorkommen. Es wären auch in einem Vierteljahre nicht weniger als acht Todesfälle vorgekommen. Es scheint überhaupt in der Betriebskrankenkasse recht sonderbar zuzugehen. Von einem Arbeiter, der Ende November vorigen Jahres verunglückte, wird berichtet, wie er nach langem Krankenlager versuchsweise wieder arbeiten wollte, es aber unmöglich aushalten konnte, dann wieder zum Arzt gehen mußte. Der Mann, der durchaus noch nicht wieder arbeiten konnte, wurde wie üblich entlassen. — Der Redner hob natürlich mit aller Deutlichkeit hervor, daß gegenüber allen diesen trassen Missetänden das einzige Mittel zur Abhilfe fester Zusammenschluß in der freien Arbeiterorganisation ist, und dies wurde denn auch in der Diskussion wie von dem Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Fritz Karl, der die Versammlung leitete, besonders hervorgehoben.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 28. Februar, vormittags 9 Uhr, in der Halle Pappel-Allee 15—17; Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr in der Schule Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von

Herrn Adolf Stern-Karlstraße über: Der Kampf um einen neuen Lebensinhalt. Damen und Herren sind als Gäste sehr willkommen.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.** (V. d. W. Hamburg.) Filiale Berlin 6. Sonntag, 28. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Kramer, Hufschmiedstr. 40. — Filiale Berlin 7. Sonntag vormittags 10 Uhr bei Hoffmann, Geleswallter Str. 3. — Abteilung Rixdorf. Sonntag vormittags 10 Uhr bei Thiel, Bergstr. 151. — Filiale Baumhauensweg. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Köding, Baumhauensweg 67.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde hat den Eintrags Nr. 3, zweiter Teil, dritter Eingang, vier Treppen, 1. Fahrstuhl, wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr Sonnabends begann die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Belegzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erbeten. Die zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

S. 20. Bis zum vollendeten 27. Jahre ist in Ihrem Falle eine Einstellung möglich. Dieselbe wird aber nicht erfolgen, wenn die Unterstufung weiter erfolgt. Die polizeiliche Recherche hat den Zweck, festzustellen, ob dies der Fall ist. — W. M. 354. Verjährung liegt nicht vor. — S. 8. 9. Gegen die Veranlagung zur Kirchensteuer wäre es zweckmäßig, ausdrücklich zu reklamieren, falls nicht der Einschreibebrief eine Reklamation enthält. Weitere Schritte sind nicht erforderlich. — C. 8. Ein Schadenersatz-Prozess hätte leider wenig Aussicht auf Erfolg. — Richard 23. 50. Ja, sofern dadurch nicht erheblicher Schaden verübt oder gegen den event. Inhalt des Mietvertrages verstoßen wird. — Elsa 10. Da die von Ihnen behauptete Verleumdung schwer zu beweisen ist, ist es das Geratendste, die Klage zu unterlassen. — Münster. Bloch. Sie könnten mit Aussicht auf Erfolg auf Anhebung des Leihvertrages wegen Verletzung der dem Leihgeber obliegenden Pflichten klagen. — R. 2. 26. 1. Ja; die mit der Auswahl zu treffende Vereinbarung ist entscheidend. 2. Wenn Sie sich unter Angabe Ihres Berufes mit der Anfrage an Genossen Simonstr. 15. — S. 6. 46. Wenn Invalidität im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes vorliegt, könnte Ihre Mutter einen Anspruch auf Invalidenrente erheben. Für die Altersrente reichen die gezeigten Marken nicht aus. Wer in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1899 geboren ist, müßte mindestens 720, wer in derselben Zeit des Jahres 1840 geboren ist, mindestens 760 Marken aufweisen können, um Altersrente zu erlangen. — W. M. 1000. Nein. — W. 2. 100. Nein. — W. 5. 6. Wenn Sie zur Zeit des Kaufes volljährig waren, so sind Sie zur Zahlung verpflichtet. Für den Fall einer Beurteilung würde die Firma auch die Zwangsvollstreckung gegen Ihr Vermögen vornehmen können. Ihr Mann ist nicht verpflichtet, Ihre Schulden zu bezahlen, da er nicht unterschrieben hat. Er muß nur gestatten, daß die Zwangsvollstreckung gegen Ihr Vermögen vorgenommen wird.



# Sunlicht Seife

verbindet mit absoluter Unschädlichkeit und Schonung des Materials enorme Reinigungskraft. Die Dessins von Linoleum behalten die Frische der Farbe und die Oelanstriche bleiben wie neu. Daher verwende man auch für diese Zwecke nur Sunlicht Seife, welche in immer gleichbleibender Güte überall zu haben ist!



# Modewarenhaus Jacques Cohn (Kaufhaus Wedding)

Müllerstr. 182/183, Ecke Sellenstraße.

Das vorhandene Warenlager muß schnellstens verkauft werden, da nach erfolgter Renovierung der Lokalitäten die Neueröffnung eines modernen Modewarenhauses stattfindet.

Der Verkauf dauert nur kurze Zeit, daher die Kaufgelegenheit selten günstig.

|  |              |                              |                    |
|--|--------------|------------------------------|--------------------|
| Reste aus allen erdenklichen Baumwollstoffen       | jetzt 10 Pf. | Stickerei-Coupons 4,10 Meter | jetzt 25 Pf.       |
| Kleiderstoffreste dopp. breit in Wolle u. Barchend | jetzt 20 Pf. | Gürtel                       | jetzt 10 Pf.       |
| Seiden- und Sammet-Reste                           | jetzt 30 Pf. | Spitzenstoffe                | Meter jetzt 25 Pf. |
| Blusen aus Waschstoffen                            | jetzt 35 Pf. | Breite Spitzen               | Meter jetzt 8 Pf.  |
| Kinderkleider in 3 Größen                          | jetzt 25 Pf. | Damen-Hemden                 | jetzt 45 Pf.       |
| Kostümröcke  | jetzt 75 Pf. | Damen-Hosen                  | jetzt 45 Pf.       |
| Unterröcke   | jetzt 45 Pf. | Tändelschürzen               | jetzt 10 Pf.       |

USW. USW.

Alles halb umsonst.

Eröffnung: Sonnabend Nachmittag präzise 4 Uhr.



Wunderbare Rettung eines Kindes in Messina.

Rom, 22. Februar 1909. (Eig. Ver.)

Der Geschwulstmeister Giustiniani vom italienischen Panzerschiff „Regina Elena“ hat am 29. Dezember in Messina einen kleinen Knaben gerettet, der in einem Krankenhause in Livorno untergebracht worden ist, wo man ihn bis zum 20. dieses Monats nicht agnoszieren konnte, weil der kleine Kerl nichts anderes über sich angab, als seinen Rufnamen „Mimi“.

Während ich am Abend des 29. Dezember in Via Roma mit russischen Matrosen an der Ausgrabung eines alten Professors arbeitete, wurde ich von zwei Seelenten meines Schiffes gerufen, die in den Trümmern eines etwa 100 Meter entfernten Palastes ein kleines Kind gefangen hatten in einer Lage, daß sie es nicht wagten, das Rettungswerk zu beginnen.

Ich eilte hin, über die hohen Häuserzimmer hinweg, die die Via Garibaldi bedeckten. Der dreistöckige Palast war in sich zusammengesunken und bildete einen großen Kegel, auf dessen Höchste ein riesiges Stück noch mit Tapeten bedeckter Mauer lag, das wohl 20 und mehr Zentner wiegen mochte und nur an einer Seite von einem Balken gestützt war, der alt und wurmfressig schien.

Unter dieser großen Mauer sah man undeutlich ein halbes Kindergeköpfchen, ganz mit Raif bedäubt, von dem man sich nicht vorstellen konnte, durch welches Wunder es nicht zerquetscht worden war. Und die rechte Hand lag wie in einer Feilschlinge eingesperrt zwischen der Mauer und dem Balken.

Das Rettungswerk hat also alle nur denkbaren Gefahren für das kleine Opfer. Ich befehlte alles gründlich, lasse das Mauerwerk so gut wie möglich stützen, und nachdem ich mich gegen böse Ueberraschungen einigermassen gesichert habe, fange ich die Arbeit an. Den Schutt, den ich entfernte, ließ ich weit wegtragen und empfahl meinen Matrosen, auf die kleinste Bewegung des Bodens zu achten.

So gelang es mir, Hals und Nacken des Kindes freizulegen und auch das linke Aermchen, das zum Glück unverletzt war. Das Kind lag ganz wogerecht und hatte über der rechten Schläfe und auf der linken Seite des Hinterkopfes zwei große Riegel, die auf das Köpfchen drückten. Nun wollte ich sehen, ob der übrige Körper festgeklammert wäre, und so sah ich das Kind sanft an Nacken und Arm und zog ganz leise. Es bewegte sich, näherte sich mir einige Zentimeter, aber das Händchen sah fest zwischen Balken und Mauer.

Das war der schwerste Teil der Arbeit; man mußte die Mauer so weit bewegen, daß man das eingeklemmte Händchen herausziehen konnte. Ich hatte Umschau gehalten und merkte eines Eisenstückes, dem denen ich eine Stange nahm. Dann sagte ich meinen beiden Leuten, daß jetzt der entscheidende Augenblick gekommen, und während sie sich mit walyer Löwenkraft gegen die Mauer stemmten, damit sie nicht herabfielen, kroch ich unter die Mauer, steckte die Eisenstange zwischen Mauer und Balken, und indem ich mit der einen Hand die Stange als Hebel benutzte, zog ich mit der anderen das Aermchen heraus, so langsam und allmählich ich nur konnte.

Da war nun noch ein Chaos von Brettern, Holz, Mauersteinen, die das Befreien des Körperchens verhinderten, aber langsam konnten wir den ganzen Rumpf freilegen; so sah ich den kleinen unter den Achseln und zog ganz leise, bis ich den kleinen Körper stark und kalt, aber lebendig in meinen Armen hatte.

Der kleine tat einen leichten Seufzer, und wir drei sangen vor Freude an zu weinen; er trug eine gefärbte Jade, ein Hemdchen, auf dem der Name „Mimi“ eingestickt war, und ein rosa Bändchen um den Hals, mit einer Aluminiummedaille mit dem heiligen Herzen auf der einen und Leo X. auf der anderen Seite. Weiter kein Kennzeichen. Es regnete noch immer, und mein Regenmantel, den ich abgezogen hatte, war ganz nass geworden.

In einem geschützten Punkte entdeckte ich ein Leinentuch, mit C. G. gezeichnet, das ich aufhebe, weil es für die Nachforschungen nützlich sein kann. Es war zusammengefallen und auf der Innenseite noch etwas trocken. So wickelte ich das Kind hinein und drückte es fest an die Brust, um es durch meinen Körper etwas zu wärmen. Auf dem Wege zum Verbandplatz spürte der Kleine die Wärme schon, öffnete ein paar große schwarze Augen und verzog das Mündchen zu einem leichten Lächeln.

Ich glaube, daß man durch nichts mehr belohnt werden kann, als wir durch dieses Lächeln und diesen Blick. Ich gab den Kleinen einem Unteroffizier der „Elena“, der ihn an Bord unseres Schiffes brachte, und ging zurück, um die Rettungsarbeiten fortzusetzen. Dieser Brief, der in schlichter Form von so viel Mut und so viel Güte zeugt, hat nun auch zur Identifizierung des Kindes geführt. Der so wunderbar gerettete Kleine ist der Sohn eines Deckoffiziers des Personendampfers „Sardagna“ der „Navigazione Generale Italiana“, eines Herrn Laguna. Die Eltern hatten ihr Kind längst als tot beweint. In Livorno, wo sich alle für den Kleinen interessieren, hat man mit freudiger Rührung die Ermittlung der Eltern erfahren. Für die drei tapferen Seelente der „Regina Elena“, die ihr Leben im vollen Bewußtsein von der großen Gefahr in stundenlangender Arbeit aufs Spiel gesetzt haben, gibt es freilich keine Dankbezeugung, die in irgendeinem Verhältnis zu dem Geleisteten stünde.

Die Entwicklung der gewerblichen Löhne.

Unter diesem Titel ist im Verlage von Georg Reimer-Berlin ein Werk erschienen, dessen Verfasser Dr. A. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, ist. Die vorliegende Arbeit stellt ein Gutachten über die Entwicklung der gewerblichen Löhne in Deutschland seit der Begründung des Deutschen Reiches dar. Zur Erhaltung eines solchen Gutachtens hat das Reichsstatistikamt gelegentlich der Vorbereitung der Reichsfinanzreform Herrn Dr. Kuczynski aufgefordert, der sein Gutachten in Gestalt des vorliegenden Werkes der Öffentlichkeit übergeben hat.

Durch zahlreiche Tabellen wird demnachgezeigt, wie sich die Löhne entwickelt haben im Bergbau, im Bau-, Steinbearbeitungs- und Holzbearbeitungsgewerbe, in der Metallverarbeitung, im Buchgewerbe und im Verkehrsgewerbe. Da es eine amtliche Lohnstatistik im Deutschen Reich nicht gibt, so war der Verfasser des Gutachtens auf das in zahlreichen amtlichen und privaten Veröffentlichungen gestreute Material angewiesen. Neben den Angaben von Unternehmerorganisationen sind auch die statistischen Veröffentlichungen von Gewerkschaften benutzt.

Wohl an vollständigsten sind die Angaben über die Löhne im Bergbau. Sie stützen sich auf Angaben der vom preussischen Handelsministerium herausgegebenen Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in Preußen. — Der durchschnittliche Schichtlohn der eigentlichen Bergleute betrug in Ober-Schlesien 2,11 M. im Jahre 1886 2,03 M., im Jahre 1907 4 M., in Niederschlesien 2,11 M. beziehungsweise 3,57 M. Im Ruhrgebiet 1878 2,66 M., 1888 4,03 M., 1907 5,98 M. Im Saargebiet 1887 3,01 M., 1907 4,54 M. Im hessischen Erzbergbau 1880 3,05 M., 1907 5,28 M. Im Brandenburger Erzbergbau des Bezirks Halle 1884 2,55 M., 1907 4,10 M. Im Salzbergbau des Bezirks Halle 1884 3,19 M., 1907 4,35 M. Im Erzbergbau des Mansfelder Bezirks 1884 2,79 M., 1907 3,74 M. Im oberhessischen Erzbergbau 1884 2,77 M., 1907 3,10 M. Im Siegen-Rassauer Erzbergbau 1889 2,60 M., 1907 4,43 M. — Wesentlich niedriger sind in allen Bergbaubezirken die Löhne der über Tage beschäftigten Arbeiter. — Die in den Tabellen aufgeführten Jahresverdienste der Bergarbeiter geben kein richtiges Bild des wirklichen Einkommens, weil der durch Arbeitslosigkeit, Krankheit und sonstige Ursachen veranlaßte Ausfall nicht in Abzug gebracht ist.

Im Abchnitt „Baugewerbe“ werden die Löhne der Maurer, welche in mehreren Großstädten in den Jahren 1885 und 1905 gezahlt wurden, miteinander verglichen. Es ergibt sich bei diesem Vergleich eine Lohnsteigerung von 62 Proz. in Berlin, 50 Proz. in Hamburg, 63 Proz. in Altona, 67 Proz. in Wandsb., 65 Proz. in Dresden, 60 Proz. in Nürnberg, 68 Proz. in Eberfeld, 47 Proz. in Kofhof, 85 Proz. in Quedlinburg.

Für das Baugewerbe in Berlin werden folgende Angaben gemacht: Bei Begründung des Deutschen Reiches bestanden für die Berliner Maurer und Zimmerer die durch den großen Streik vom Jahre 1869 erzwungenen Arbeitsverhältnisse: 1 Taler Tagelohn bei 10stündiger Arbeitszeit. Noch im Jahre 1871 wurde für die Maurer die Arbeitszeit auf 10 Stunden unter Beibehaltung des Tagelohnes von 1 Taler verkürzt. Im Laufe des nächsten Jahres stieg der übliche Lohn infolge der durch die Gründung zahlreicher Unternehmungen bedingten starken Nachfrage nach Maurern bis auf 1 Taler 15 Silbergroschen (4,50 M.). Auf dieser Höhe etwa hielt er sich mehrere Jahre. Dann sank er unter dem Einfluß der ungünstigen Konjunktur bis auf 3 M. im Jahre 1882, erhob sich aber bald wieder und stieg schon im Laufe des Jahres 1884 wieder auf 4 M.

Der Tagelohn der Zimmerer wurde 1872 unter Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde auf 1 Taler 12 1/2 Silbergroschen (4,25 M.) erhöht. Im folgenden Jahre stieg er auf 4,50 M. und stand noch 1876 auf der gleichen Höhe. Dann sank er auf 3,60 M. im Jahre 1882. Er erhob sich aber wie der Lohn der Maurer schon im folgenden Jahre und stieg 1884 bei abermalig 10stündiger Arbeitszeit auf 3,70 M.

Der Lohn der Bucher war in der Gründerzeit außerordentlich hoch. In der Folgezeit sank er erheblich und war bis zur Lohnbewegung des Jahres 1885 erst wieder auf 5,50 M. gestiegen.

Im Frühjahr 1885 setzte im Baugewerbe eine lebhafte Lohnsteigerung ein. Der übliche Lohn der Maurer stieg auf 4,50 M., ein Jahr später auf 5 M. und 1890 auf 5,50 M. Auf dieser Höhe hielt er sich etwa ein Jahrzehnt, sank im Sommer 1894 auf 5,25 M., im Herbst auf 5 M. und veränderte sich zunächst auch nicht, nachdem im Jahre 1906 der Reinstufentag üblich geworden war. Erst 1908 stieg er wieder auf 5,40 M. und laut Tarifvertrag 1909 auf 5,62 M., weiter bis 1908 auf 6,75 M. Diese Lohnhöhe ist laut Tarifvertrag bis 31. März 1910 vorgehoben.

Der Tagelohn der Zimmerer wurde in der Bewegung vom Jahre 1885 auf 4,25 M. erhöht. Im nächsten Jahre stieg er vorübergehend auf 5 M., sank aber bald wieder. Im Jahre 1890 betrug er abermalig 5 M. und stieg 1891 auf 5,50 M. Auf dieser Höhe hielt er sich auch 1892. Dann sank er bis auf 5 M. im Jahre 1895, stieg im nächsten Jahre auf 5,50 M. und blieb auch nach Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde im Jahre 1897 annähernd der gleiche. In der Folgezeit entsprach er dem Lohn der Maurer.

Der Tagelohn der Bucher wurde 1885 auf 6 M. erhöht. Dann stieg er 1887 auf 7 M. und hielt sich auf dieser Höhe auch, nachdem die Arbeitszeit 1896 von 10 auf 9 Stunden herabgesetzt war. Im Laufe des Jahres 1899 stieg er dann unter weiterer Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde auf 8 M. Seitdem ist er im wesentlichen unverändert geblieben, während die Arbeitszeit im Frühjahr 1904 auf 8 Stunden herabging.

Der mittlere Lohn der Bauhilfsarbeiter war unter dem Einfluß der ungünstigen Konjunktur in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bei 10stündiger Arbeitszeit bis auf 2,10 M. im Jahre 1870 gefallen. Dann stieg er allmählich auf 2,50 M. im Jahre 1882, 2,70 M. im Jahre 1885 und weiter bis auf 3,50 M. in den Jahren 1890—1893. In der Folgezeit sank er wieder vorübergehend, betrug 1898/99 abermalig 3,50 M., dann 1900—1902 4 M., hielt sich 1903/04 unter Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde etwa auf der gleichen Höhe, stieg 1905 auf 4,32 M., 1906 auf 4,50 M. und ist seitdem der gleiche geblieben.

Der mittlere Tagelohn der Berliner Maler belief sich im Jahre 1878 bei neunstündiger Arbeitszeit auf 4,50 M. Mit Ablauf der günstigen Konjunktur begann er zu sinken und betrug im Jahre 1882 nur 3,25 M. In der Folgezeit stieg er langsam und belief sich 1886 bis 1888 auf 3,50 M. Im nächsten Jahre stieg er auf 4 M. und hielt sich etwa ein Jahrzehnt auf ungefähr der gleichen Höhe. Im Jahre 1902 stieg er dann auf 4,50 M. und laut Tarifvertrag im Herbst 1902 auf 4,77 M., im Frühjahr 1903 auf 4,95 M., im Frühjahr 1906 auf 5,55 M. Seitdem ist er der gleiche geblieben.

Der mittlere Tagelohn der Berliner Kohleleger bewegte sich in den Jahren 1880/1883 zwischen 3,50 M. und 3,70 M. Dann stieg er nach einer ungewissen Schwankung auf 4,05 M. im Jahre 1905. Durch Tarifvertrag war der Lohn bis zum Jahre 1908 auf 5,55 M. festgesetzt.

Der übliche Tagelohn der Steinmehnen in Berlin betrug im Jahre 1886 bei neunstündiger Arbeitszeit 4,50 M. Er stieg bis zum Jahre 1907 auf 6,80 M. bei achtstündiger Arbeitszeit und ist seitdem der gleiche geblieben.

Die Berliner Bauhilfsarbeiter hatten im Jahre 1870 einen mittleren Tagelohn von 3 M., bis zum Jahre 1905 war er auf 6 M. gestiegen. — Der Lohn der Müllkutschler stand 1879 auf 2,50 M., im Jahre 1908 auf 6,28 M.

Die Löhne der Buchdrucker sind nach den Mindestsätzen des Tarifs angegeben. Sie betragen für Berlin im Jahre 1886 wöchentlich 24,60 M. und stiegen seit 1907 auf 31,25 M.

Für das Verkehrsgewerbe in Berlin liegen folgende Angaben vor: Der übliche Lohn der Postkutschler belief sich im Jahre 1871 auf 16,50 M. In den Jahren 1881/1890 betrug er 17,25 M., dann stieg er allmählich bis auf 24 M. im Jahre 1904. Seit dem Herbst 1905 beträgt er laut Tarifvertrag 28 M.

Die niedrigsten Löhne erhalten die Arbeiter und Bediensteten im Betriebe der preussischen Staatsbahn. Durchschnittlich für alle Bediensteten gerechnet betrug der Tagelohn im Jahre 1895 2,39 M. und im Jahre 1907 3,18 M. — Im einzelnen stellt sich der Tagelohn in den beiden Jahren 1895 und 1907 so: Technische Bureauhilfen usw. 5,34 M. bzw. 6,90 M., Hilfskräfte im inneren Dienst 2,80 M., 3,40 M., Hilfskräfte im unteren Bahndienst 2,33 M., 3,03 M., Hilfskräfte im unteren Bahnbewachungs- und Bahnunterhaltungsdienst 1,64 M., 2,50 M., Hilfskräfte im Lokomotivdienst usw. 2,52 M., 2,94 M., Hilfskräfte im Zugdienst 1,92 M., 2,69 M., Arbeiter im inneren Dienst 2,53 M., 3,21 M., Betriebsarbeiter 2,92 M., 3,15 M., Bahnunterhaltungsarbeiter 1,99 M., 2,68 M., Hilfskräfte im Werkstättendienst 2,71 M., 3,33 M., Hilfsverfäher 4,06 M., 4,56 M., Werkstättenhandwerker 2,99 M., 4,12 M., Handwerksmäßig ausgebildete Werkstättenhandwerker 2,44 M., 3,63 M., sonstige Werkstättenhandwerker 2,33 M., 3,17 M.

Wie aus den vorstehenden Angaben zu sehen ist, hat sich die Höhe der Löhne seit den sechziger und achtziger Jahren gehoben, in manchen Fällen sogar recht beträchtlich. Falls wäre es aber, wenn man daraus den Schluß ziehen wollte, daß sich auch die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben hat. Das will auch Dr. Kuczynski durch seine Arbeit keineswegs beweisen. Aber es ist zu befürchten, daß das von ihm gebotene Zahlenmaterial von anderer Seite in diesem Sinne ausgefälscht werden wird. Diese Befürchtung ist schon dadurch begründet, daß das Reichsstatistikamt aus Anlaß der sogenannten Finanzreform das Gutachten Dr. Kuczynskis eingefordert hat. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn jene Leute, welche sich mit Hand und Fuß dagegen sträuben, daß die Reichsten zu einer recht bescheidenen Nachlassener herangezogen werden, eine weitere Steuerbelastung der Arbeiter mit der Steigerung der Löhne zu begründen suchen. Es ist deshalb nötig, darauf zu betonen, daß aus der Lohnhöhe nur dann ein Schluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter gezogen werden kann, wenn man die Kosten des notwendigen Lebensunterhaltes mit der Lohnhöhe vergleicht. In dieser Hinsicht hat Dr. Rehn, ein Beamter der preussischen Gewerbeinspektion, interessante Feststellungen gemacht, die wir in Nr. 23 des „Vorwärts“ besprochen haben. Nach Dr. Rehns Feststellungen sind die notwendigen Ausgaben für Wohnung und Nahrung vom Jahre 1850 bis 1890 in viel höherem Maße gestiegen und erst von 1890 bis 1907 hat sich das Verhältnis wieder zugunsten des Geldlohnes verschoben, doch nur soweit, daß die Arbeiter von dem Lohne, den sie im Jahre 1907 erhielten, nicht wesentlich mehr kaufen konnten als im Jahre 1850 für den damaligen Lohn, der ungefähr ein Drittel des im Jahre 1907 gezahlten Lohnes betrug. Also trotz der erheblichen Lohnsteigerung ist die Lebenshaltung der Arbeiter von 1850 bis 1890 stark zurückgegangen und erst in allerneuester Zeit wieder bis auf den Stand gekommen, den sie schon 1850 eingenommen hat. Das darf bei der Verwendung des von Dr. Kuczynski gebotenen Materials nicht vergessen werden.

Aus der Frauenbewegung.

Die Löhne der häuslichen Dienstmädchen nach einer Schöneberger Statistik.

Eine die Jahre 1904—1907 umfassende Uebersicht über den Rückgang in der Haltung von Dienstmädchen hat das statistische Amt der Stadt Schöneberg zusammengestellt. Während die Zunahme der Haushaltungen 25 Proz. betrug, hat sich die Zahl der Dienstmädchen nur um 18 Proz. vermehrt. Als Grund für diese Erscheinung werden angeführt: die zunehmende Verbreitung des modernen Wohnungsformates, der die häuslichen Dienstmädchen entbehrlischer macht, das Zurückbleiben des Angebots hinter dem Bedarf und das Steigen der Kosten der Dienstmädchenhaltung. Um die letzteren festzustellen, hat man Jahreshälften verwendet, deren Bearbeitung im statistischen Amt erfolgte. Eine solche Zusammenstellung ist bisher in Deutschland noch nirgends gemacht worden.

Die Eingehaltung erfolgte nach dem Alter und nach dem Jahreslohn bei der Einstellung. Die Lohngrenzen bewegten sich in den Grenzen von 60 bis 900 M. Mehr als 90% aller Dienstmädchen erhielten einen Jahreslohn von 120—360 M. Die unteren Lohnstufen nahmen von Jahr zu Jahr ab, die oberen wechselten ständig. Der Durchschnittslohn war 1907 um 11,6 Prozent höher als im Jahre 1904. Von erheblichem Einfluß auf die Lohngestaltung ist das Alter der Dienstmädchen. Für 14jährige Mädchen betrug der häufigste Lohn 120 M., für die 14—16jährigen 150 M., für die 16—18jährigen 180 M., für die 18—20jährigen 1904/05 180 M., 1906/07 210 M., für die 20—25jährigen 1904 180 M., 1905/06 210 M., 1907 240 M., für die über 25jährigen durchweg 240 M. Die Lohnsteigerung ist für die ganz jungen und für die älteren Mädchen schwächer als für die mittleren Altersklassen. Im allgemeinen darf man annehmen, daß sich von 1904 bis 1907 die Lohnsteigerung auf etwa 2 M. monatlich beläuft, eine Tatsache, die ihre Ergänzung dadurch erfährt, daß die Haltung der Dienstmädchen einen prozentualisch sicher weit erheblicheren Mehraufwand für Lebensmittel erfordert. Aus dieser Aufstellung ist zu folgern, daß die mittleren Haushaltungen die Zahl ihrer Dienstmädchen einschränken und sich eine Verringerung der wirtschaftlichen Lage der häuslichen Bediensteten ergibt.

„Schutzmitglieder“. In Waldsassen wurde dieser Tage der erste heimische Dienstmädchenverein gegründet, der aus 24 Dienstmädchen und 13 Dienstherrn als „Schutzmitglieder“ besteht!

Vom Kampf um das Frauenstimmrecht in England.

Der Vorstand der allgemeinen Stimmrechts-Vereinigung (Adult Suffrage Society) sandte anfangs Februar ein Schreiben an den Premierminister mit der Anfrage, ob er eine Deputation empfangen würde, die in der Sache der von ihm in der letzten Session angekündigten Wahlreform Näheres zu erfahren wünsche. Am 6. Februar schon erhielt der Vorstand Antwort, in der der Minister bedauerte, daß seine öffentlichen Verpflichtungen ihm nicht gestatteten, die Deputation zu empfangen.

Die Vereinigung beabsichtigt nun, einen Abgeordneten zu gewinnen, der noch in dieser Session einen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Parlament einbringt.

Am Tage der Parlamentsöffnung gingen Mitglieder der Adult Suffrage Society in dem Demonstrationzuge der Frauen der Arbeitslosen mit sogenannten Sandwichplakaten, auf denen das Wahlrecht gefordert wurde. Diese Frauen — schreibt „The Woman Worker“ — die so bitter unter dem Mangel an Arbeit leiden, der den Mangel an täglichem Brot und so vielem anderen in seinem Erfolge hat, verstehen vollkommen, daß die Gesetze von der herrschenden Klasse gemacht sind, die das bestehende Wahlrecht auf der Basis des Vermögens so eingerichtet hat, daß die Masse der Arbeiter von jeder Beteiligung an der Regierung des Landes ausgeschlossen ist. Die Forderung der Demokratisierung des Wahlrechts zeugt von dem Verständnis der Arbeiter und Arbeiterinnen, denn sie trifft die Privilegien und Eigentumsrechte an ihrer Wurzel.

Antiker Marktbericht der hiesigen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft schlepplend, Preise unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft rege, Preise gut. Gelläge: Zufuhr knapp, Geschäft still, Preise gut. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich rege, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft andauernd still, Preise fast unverändert.

Witterungsbericht vom 26. Februar 1909, morgens 8 Uhr.

Table with 8 columns: Stationen, Barometer (hohes/min), Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. (Tag-/Nacht), Stations, Barometer (hohes/min), Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. (Tag-/Nacht). Rows include: Emsmünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Wien.

Wetterprognose für Sonnabend, den 27. Februar 1909. Gemäßigtes trübliches mit leichten Schneefällen, gelbem Frost und mäßigen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.



**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert  
elegante fertige Herren-Moden  
Massanfertigung, feinstes Verarbeiten,  
Grosses Stofflager,  
Erstklassige Schneider-Werkstatt  
im Hause.  
Spezial-Geschäft für  
**Herren - Bekleidung**  
Kein Waren-Kredithaus  
**J. Kurzberg**  
An der Jannowitzbrücke 1, 1  
direkt am Bahnhof.

**Nathan Wand**  
129 Stalher Str. 129.  
Die schönsten 402  
**Herren - Sommer - Paletots  
und Anzüge** in neu  
sowie speziell  
**Monats-Garderobe**  
von Kapazitäten getragene Sachen,  
sagt neu, für jede Figur passend,  
besitzt Dauchanzüge sind in  
großer Auswahl stets zu staunend  
billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Stalher Str. 129.  
Schubstation Kottbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Montag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr,  
in Kellers Festsaal, Koppenstraße 29:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Diskussion über die Kommissionsberichte.  
2. Anträge zur Verbandsgeneralversammlung und Wahl der Delegierten.  
3. Ausschlußanträge und Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Vorstand.

**Neu-Eröffnung**  
Heute Sonnabend, den 27. Februar  
141 Große Frankfurter Straße 141  
Ecke Frachtstraße  
einer Filiale meines bekannten  
**Schuhwarenhauses**  
Brunnenstr. 179 **A. Klein** Brunnenstr. 179  
(Artisten-Keller) (Artisten-Keller)  
KLEIN's Stiefel  
bewundert wegen der Eleganz!  
Bevorzugt von Damen und Herren  
wegen ihrer Preiswürdigkeit!

Gesundheit lässt sich nicht kaufen, wohl aber  
Gummischuhe zur Erhaltung der Gesundheit.

**CALMON HANSA-**  
**Gummischuhe**  
Marke Salamander

sind leicht und schmiegsam aus  
feinstem Gummi hergestellt und besitzen  
die grösste Widerstandsfähigkeit.  
Wir haften für die Güte jedes Paares.  
— Fordern Sie neues Musterbuch V —

**Salamander**  
Schuhges. m. b. H., Berlin

Einheitspreis für Herren M. 4.50  
für Damen M. 3.50

Centrale W. 8, Friedrichstr. 182  
C., Königstr. 47  
SW., Friedrichstr. 221  
C., Rosenthalerstr. 1  
W., Potsdamerstr. 5  
NW., Turmstr. 9  
W., Tavenzienstr. 15

**EIN NEUER DREIBUND**

**AUFKLÄRUNG MORGEN!**

Zur  
**Einsegnung!**

**Anzüge** aus fein geripptem  
schwarzen Kammgarn  
sowie aus haltbaren  
Cheviotstoffen, 12.50  
sauberste Aus-  
führung von M.

**Anzüge** aus prima tiefschwarz.  
Kammgarn- und Tuch-  
Kammgarnstoffen mit  
besten Zutaten  
eleganter Sitz, 17.50  
von . . . M.

**Anzüge** nach Maß  
Garantie für  
gut. Passen von 24.00  
an

**M. Schulmeister**  
Schneidermeister  
Dresdener Str. 4 am Kottbuser  
am Kottbuser Tor

**Ohne jede Anzahlung**

verkaufe ich **Pianos** ein erstklassiges Fabrikat (9x prämiert  
Staatsmed.), in allen Holz- u. Sülart, von  
wunderb. Tonfälle (Flügelton), geg. kleine  
monatl. Teilzahlung, ohne jed. Preisaufschl.  
Für jedes Instrument gewähre ich 20 Jahr. schriftliche Garantie.  
**Conrad Krause Nchfg., Ansbacher Str. 1**  
Eck. Kurfürstenst. Tel. Ch. 10410  
Auch Sonntags geöffnet.

**MANOLI**  
Cigarettes  
Abbas 3 Pfg Chic 4 Pfg Gibson Girl 5 Pfg

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
**Johannisthal.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 25. Februar verstarb nach  
langem aber schwerem Leiden  
unser Parteigenosse und zweiter  
Vorsteher, der Führer  
**Gustav Paschke.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen  
Sonntag, den 28. Februar, nach-  
mittags 2 Uhr, vom Trauerhause  
Friedrichstraße 61 aus statt.  
Um rege Beteiligung der Genossen  
und Freunde des Dahingegangenen  
erhielt  
Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Ober-Schönowide.  
Am 25. Februar starb unser  
Kollege, der Führer  
**Gustav Paschke.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 28. Februar, nach-  
mittags 2 Uhr, in Johannisthal,  
von Trautmann, Friedrichstr. 61,  
aus statt.  
Rege Beteiligung der Kollegen  
erwartet  
11870 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Schneider**  
**und Schneiderinnen.**  
Den Mitgliedern geben wir  
hiermit bekannt, daß der Kollege  
**Karl Mattukat**  
am 23. Februar gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonnabend, den 27. Februar,  
nachmittags 3 Uhr, auf dem An-  
denkmal - Kirchhof in Wil-  
helmsberg statt.  
Den Mitgliedern geben wir  
hiermit bekannt, daß der Kollege  
**Hugo Bölke**  
am 25. Februar gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonnabend, den 27. Februar,  
nachmittags 4 Uhr, vom Kranken-  
hause Bankow, Wendelsdorfstraße,  
aus nach dem Vorländer Kirchhof  
bei Schloß Schönholz statt.  
162/4 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher**  
**Transportarbeiter - Verband.**  
Ortsverwaltung Berlin 2.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Lager-  
arbeiter  
**Karl Witte**  
am 25. d. M. im Alter von  
47 Jahren an Nierenentzündung  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
tag, den 28. d. M., nachmittags  
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Ulrich-Kirchhofes, Ringenallee,  
aus statt.  
65/19 Die Verwaltung 2.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Arbeiter  
**Gustav Rönneberg**  
am 23. Februar gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
tag, den 28. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Prieger Kirchhofes in  
Orly, Chausseestraße, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
112/5 Die Ortsverwaltung.

**Dauhfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die zahlreichen  
Kranzsendungen bei der Beerdigung  
meines lieben Mannes  
**Reinhold Nadeborn**  
sage ich hiermit den Genossen des  
4. Wahlkreises, insbesondere dem Ge-  
nossen Walder Kanalle (sowie dem  
Metallarbeiterverband, dem Chef und  
den Kollegen der Firma Weber u. Co.  
meinen herzlichsten Dank.  
Witwe Nadeborn nebst Kindern.

**Dr. Simmel, Prinsenstr. 41.**  
Spezialarzt für  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

**Dr. Schünemann**  
Spezial-Arzt für 56232  
**Haut- und Harnleiden,**  
**Frauenkrankheiten.**  
Friedrichstr. 203, Ecke Schlegelstr.  
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr

**Planino,** erster Hoflieferant-  
firma, weit unter Wert  
sehr verlässl. Französischer 15, 1 r.  
Sparrstr. 18. Schöne 2 Zimmer-  
Wohn., Kam., Balk. sof. od. sp. billig.

Die besten Glückwünsche  
unserem langjährigen Genossen  
**Karl Krüger und Frau**  
zur 25jährigen Wiederkehr  
ihres Hochzeitstages 1.  
2. Bezirk, Wahl. Rixdorf.

Am 24. Februar, nachts 12 1/2 Uhr,  
verstarb nach langem Leiden mei-  
ner lieber Mann und guter Vater,  
Schwager und Onkel, der Drechsler  
**Oskar Zeise**  
im 56. Lebensjahre.  
Dies zeigt tiefbetruert an  
**Elisabeth Zeise, Emma Zeise.**  
Die Beerdigung findet morgen  
Sonntag, den 28. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichenhalle  
des Gemeinde-Friedhofes in  
Weihensee, Kältestraße, aus statt.

Hiermit zur Nachricht, daß am  
24. Februar unser Kollege  
**Oskar Zeise**  
verstorben ist.  
Die Beerdigung in ihm einen  
braven Kollegen und Genossen  
und werden ihm sein Andenken  
in Ehren halten.  
Die Kollegen der Firma C. Müller  
A.-G. Weihensee.  
Die Beerdigung findet morgen  
Sonntag, den 28. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, vom Gemeinde-  
Friedhof in Weihensee, Kältestraße,  
aus statt.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Dreher  
**Oskar Zeise**  
am 24. d. M. an Gehirnverwundung  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 28. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes in  
Weihensee, Kältestraße, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
112/9 Die Ortsverwaltung.

**Allgem. Kranken- u. Sterbekasse**  
**d. deutsch. Drechsler u. Berufsg.**  
(V. D. 96.)  
Verwaltungsstelle Berlin D.  
Am 24. d. M. verstarb unser  
Mitglied  
**Oskar Zeise.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Sonntag,  
den 28. Februar, nachm. 3 Uhr,  
von der Leichenhalle des Weihen-  
seer Kirchhofes, Kältestr., aus statt.  
281/20 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrikarbeiter**  
**Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Groß-Berlin  
**Todes-Anzeige.**  
Am 25. Februar verstarb unser  
Mitglied  
**Otto Pinnau.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen  
Sonntag, den 28. Februar, nach-  
mittags 2 Uhr, vom Trauerhause  
Charlottenburg, Sophie-Char-  
lotten-Strasse 29, nach dem Luisen-  
Kirchhof, Neuer Fürstendamm  
aus statt.  
63/5 Die Ortsverwaltung.

**Theaterverein „Mehr Licht“**  
**Charlottenburg.**  
Mitglied des Bundes der Arbeiter-  
Theatervereine Deutschlands.  
**Todes-Anzeige.**  
Allen unseren Mitgliedern,  
Freunden und Bundeskollegen  
zur Nachricht, daß unser lang-  
jähriges Vereinsmitglied  
**Otto Pinnau**  
am Donnerstag, den 25. Februar,  
im Alter von 27 Jahren ver-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
tag, den 28. Februar, nachmittags  
2 Uhr, vom Trauerhause, Sophie-  
Charlotten-Strasse 29, nach dem  
Luisen-Kirchhof, Fürstendamm-  
weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung erhielt  
282/2 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
**für Tegel und Umgegend.**  
Am Dienstag, den 23. Februar,  
starb unser Genosse  
**Heinrich Jakob**  
freiwillig aus dem Leben.  
Die Beerdigung findet heute  
Sonnabend, vormittags 10 Uhr,  
auf dem Gemeinde-Friedhofe in  
Friedrichsfelde statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
238/4 Der Vorstand.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, 27. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Elektra. (Anfang 8 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Die Rabensteiner.

Deutsches. Revolution in Strassburg.

Kammerspiele. Der Graf von Gleichen. (Anf. 8 Uhr.)

Neues Schauspielhaus. Geschlossen.

Anfang 8 Uhr.

Veßing. Der König.

Verliner. Einer von unsers Leut'. (Anfang 8 Uhr.)

Neues. Die fremde Frau.

Hebbel. Revolutionshochzeit.

Volkstheater. Im Klubstübchen.

Waldhalla. Schiller. (Anf. 8 Uhr.)

Das Erbe.

Schiller-Theater. Das Erbe.

Charlottenburg. Rechts herum.

Trieb. Der König.

Neues Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Verderb. Das Mädchen auf Irrewegen.

Königsplatz. Das Mädchen auf Irrewegen.

Neues Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Verderb. Das Mädchen auf Irrewegen.

Königsplatz. Das Mädchen auf Irrewegen.

Neues Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Verderb. Das Mädchen auf Irrewegen.

Königsplatz. Das Mädchen auf Irrewegen.

Neues Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Verderb. Das Mädchen auf Irrewegen.

Königsplatz. Das Mädchen auf Irrewegen.

Neues Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Verderb. Das Mädchen auf Irrewegen.

Königsplatz. Das Mädchen auf Irrewegen.

Neues Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Verderb. Das Mädchen auf Irrewegen.

Königsplatz. Das Mädchen auf Irrewegen.

Neues Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Verderb. Das Mädchen auf Irrewegen.

Königsplatz. Das Mädchen auf Irrewegen.

Neues Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Verderb. Das Mädchen auf Irrewegen.

Königsplatz. Das Mädchen auf Irrewegen.

Neues Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Verderb. Das Mädchen auf Irrewegen.

Königsplatz. Das Mädchen auf Irrewegen.

Neues Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Verderb. Das Mädchen auf Irrewegen.

Königsplatz. Das Mädchen auf Irrewegen.

Neues Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Verderb. Das Mädchen auf Irrewegen.

Königsplatz. Das Mädchen auf Irrewegen.

Neues Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Verderb. Das Mädchen auf Irrewegen.

Königsplatz. Das Mädchen auf Irrewegen.

Neues Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

### Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49.

Nachm. 4 Uhr: Sialien.

Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfa.

Hörssaal 8 Uhr: Prof. Dr. Donath: Elektrische Resonanz.

Residenz-Theater. - Direktion: Richard Alexander. - Abends 8 Uhr: „Kümmere Dich um Amelie.“

Schwanz in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.

Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

Donnerstag, 28. d. Mo., nachm. 3 Uhr: Der Floh im Ohr.

Gastspiel-Theater. Köpenicker Straße 68. 8 1/2 Uhr: Gastspiel Hedwig Lange

Der Hüttenbesitzer.

Gastspiel-Theater. 8. Köpenickerstr. 68. 8. Ab Montag, 1. März, täglich 8 Uhr:

Gastspiel Berliner Schauspiel-Ensemble

Sherlock Holmes

Luisen-Theater. Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung.

Max und Moritz.

Abends 8 Uhr: Das Mädchen auf Irrewegen.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen auf Irrewegen.

8 Uhr: Die goldene Lebenslüge.

Montag: Der Störenfried und: Die Dienstboten.

Rixdorfer Theater. Bergstraße 147.

Sonntag, den 28. Februar 1909: 2. Gastspiel des Berl. Operetten-Enf.:

Der Zigeunerbaron.

Operette in 3 Akten v. Joh. Strauß. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo Theater. 8 1/2 Uhr: Hedi Herdina

Gobert Belling

Maria Vincent

Lloyd

10 1/2 Uhr: Hofamontag in Köln 1909

Passage-Theater. Letzte Woche!

Hanako

Mit ihrem Ensemble.

Robert Koppe!

und das glänzende

Februars-Variété-Programm!

Passage-Panoptikum. Neu! Neu!

Singhalesen-

Gaukler-Truppe

in ihr wilden Heimatstrolchen

Salome,

das blaue Weib.

U. Opfer unheimlicher Tötungen.

Alles ohne Extra-Entree.

Eintr. 50 Pf., Kind. Soldat. 25 Pf.

Stadt-Theater Moabit. Größtes und vornehmstes Theater-

saal Moabits.

Alt-Moabit 48. (Tel. II 2192.)

Sonntag, den 28. Februar:

Die Gaubenerche.

Schausp. in 4 Akten v. G. v. Wildenbruch.

Anf. d. Vorf. 7. Kassensitzung 6 Uhr.

Kassensitzung 6 1/2 Uhr.

Nach der Vorstellung: Tanz.

Vorverkauf von 10-1 Uhr mittags

im Theater-Restaurant.

Montag, den 1. März: Soiree der

hiesigen Sängers.

Waldhalla. Variété-Theater.

Welsbergsweg 19-20, Rosentor. Tor.

Heute: „Eine finst. Nacht“

auf dem Weinbergsweg.

Anf. 8 1/2 Uhr. d. Vorf. d. Vorf. d. Vorf.

### Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)

Sonnabend, abends 8 Uhr: Das Erbe.

Schauspiel in 4 Akten von Felix Philipp.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Ein Volksfeind.

Sonntag, abends 8 Uhr: Das Erbe.

Montag, abends 8 Uhr: Das Erbe.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Rechts herum.

Schauspiel in 3 Akten v. Hans Gaud.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Julius Caesar.

Sonntag, abends 8 Uhr: Rechts herum.

Montag, abends 8 Uhr: Ein Volksfeind.

### Volkslieder-Abend

Sonntag, den 7. März 1909, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Herr Robert Kothe (Lieder zur Laute) - Margarete Walkotte (Rezitationen aus des Knaben Wunderhorn). Entree 50 Pf. (1185 Pf.)

Vorverkauf bei Herrn Horsch, Zigarrenhandlung, Engel-Ufer 15.

### Zipkus Schumann

Heute Sonnabend, ab. 7 1/2 Uhr: Sport-Abend.

Nur noch einige Tage: Tiberio

der Münzenbrecher.

Heben eines Elefanten.

Peat, der Schimpanse als

Kabarettkünstler.

Um 9 1/2 Uhr: Die prachtvolle Kostümmantime

Golo, der Seeräuber.

Sonntag: In beiden Vorstellungen ungel. Arzt Golo, Paet, Tiberio.

Nachm. auf allen Stühlen ein Kind unter 10 Jahren frei.

### WINTERGARTEN

Vorletzter Tag.

Saharet

Gertrude Barrison

Simon u. Gardner

in ihrer amerikanisch. Burleske:

Der neue Kutscher

sowie das Faschings-Programm!

Morgen Sonntag: Nachmittags-Vorstellung.

Anfang 3 1/2 Uhr. Kleine Preise.

W. Noacks Theater

Direktion: Ad. H. Grunemann. 10.

Große Extra-Vorstellung.

Spreathener.

Berliner Volkstheater mit Anfang.

Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Nach der Vorstellung: Tanz.

Sonntag u. folgende Tage: Spreathener.

Gebrüder Herrnsfeld-

Theater. Vorverk. 8 Uhr. 11-2 Uhr.

57 Kommandantenstr. 57.

Jubiläums-Fest-Vorstellung.

Zum 150. Male: Die beiden

Bindelbands.

Hierzu die „Original-Klabrad-Partie.“

Herrn Fedruar-Spezialitäten.

Infolge der enormen Vorbestellungen auf Billets bleiben „Die beiden Bindelbands“ und „Die Original-Klabrad-Partie“ auch für die nächsten Tage auf dem Spielplan.

Ständige Eisbahn. Bis nachts 12 Uhr geöffnet.

Konzert und Kunstlaufen. Von 6 1/2 bis 8 Uhr geschlossen.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sängers.

Zum Schluß: Der Kompagnieball.

Altäreder Humoreske von Meysel.

Anfang, montags 8 Uhr, Sonntag 7 1/2.

### XIV. Saison! Zirkus Busch.

Heute Sonnabend, ab. 7 1/2 Uhr: Große Galavorstellung.

Jan. 50. Male: Auswanderer!

Um 9 Uhr der weltber. Original

Konsul Peter!

Herrn: Die Vieilles! Mm. Olympia Desvall!

! Tackas! Frau Martha Mohrle, Schilkelesin, Herr Ernst Schumann, Neudresdener - und das große

Galv-Programm. Sonntag: Zwei Vorstellungen.

Bürgerliches Schauspielhaus

Kaistraße-Allee 7-9. Heute geschlossen.

Morgen Sonntag: Sonntag nachm. 3 Uhr: Hamlet.

Abends 8 Uhr: Der Zenturioner.

Montag: Hamlet. Dienstag: Urial Acosta. Mittwoch: Der Zenturioner.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Ecke.

Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Das vom Publikum u. d. gesamten Presse anerkannt vorzügliche

Februars-Programm. Sensationell! Sensationell!

Georg Galler

der phänomenale Balancokönig.

Wiederanstreben von Frau Felicit Sturz aus der 6. Etage.

Der arme Kajimir.

Schauspiel in 1 Akt v. Schmidt-Dankows. Familienleben nachmittags halbe Preise überall gratis zu haben.

Casino-Theater

Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.

Sensationell! Rußland.

Aktuell! Rußland.

Sonntag 4 Uhr: Mutter Geibert.

Parodie-Theater.

Dresdener Straße 97. Anf. 8 1/2 Uhr.

Siegel siegelt alles!

oder: Der Vach's in Witten. Nach der Vorstellung: Tanz.

Die Folgen eines Rendezvous. Preise d. Stühle: 30, 40, 75 Pf., 1 R.

Königstadt-Kasino.

Golmarstr. 72. Tägl.: Spezialitäten-Vorstellung

mit Franz Sobanski

Wella Lorma, Gelsch. Goldader, The Gauthmitts, Elt u. Max Bach, Max Silber, Max Hre.

Der Talmi-Graß.

Soiree in 1 Akt von F. Sobanski.

Folies Caprice

Zum 79. Male: Ein lediger Ehemann.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Ausnahme-Angebot!

Folgende Bücher geben wir zu

bedeutend herabgesetztem Preise

an unsere Leser ab:

Anatolische Ausflüge.

Lärliche Reisebilder von G. Feiler von der Golt.

21. 37. Bildern u. 18. Karten.

Statt 5 R. nur 50 Pf.

Rauschende Palmen.

Warte Erzählungen und

Novellen aus der Südsee.

Von Richard Deben. -

Illustriert.

Statt 3 R. nur 50 Pf.

Ceylon.

Von Emil Schmid.

Mit 39 Bildern u. 1 Karte.

Statt 5 R. nur 50 Pf.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW.

Lindenstr. 69. Laden.

### CASTAN'S PANOPTIKUM

Friedrichstr. 105 (Pechorngalast).

Ohne Extra-Entree! Neu! Lebend!

Der Mann mit den 3 Beinen!

Humoristische Künstler-Abende.

Beginn: Wochentags 7 Uhr abends.

Sonntags 1 Uhr nachmittags und 7 Uhr abends.

Café Alsen

Schles. Brücke.

Die Berlin-Weiterdörfer Dampfboot-Gesellschaft empfiehlt den geehrten Verehrern, Jacheten, Gewerkschaften usw. ihre Passagierdampfer zu Dampferausflügen zu den schönsten Seebädern.

Fr. Saewert, 30. 10, Köpenicker Straße 20a. Fernspr.: Amt IV 13740.

Gustav Behrens-Theater, Goltzstr. 9.

Gastspiel des Mr. Latouré mit seinem weltberühmten Zwergtheater: und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Glycium Landsberger Allee 40-41.

Jeden Sonntag: Großer Ball.

Anfang 4 1/2 Uhr. Entree frei.

Abis! Siehe den geehrten Verehrern meinen 1000 Verlonen fassenden Parkettball mit Bühne, sowie den 2000 Pers. fassenden Naturgarten mit Säulengalerie, gratis zur Verfügung.

Amt 7, 2017. Karl Eisermann.

Preiswürdig!

Spezial-Geschäft für feine Herren-Bekleidung

Rosenthalersstr. 40 vorn I.

nach Mass

38 u. 48 Mk.

Steinarbeiter!

Bis zur Stunde ohne Nachricht über die Absichten der Unternehmer, empfehlen wir den Kollegen, den bis zum 1. März gültigen Tarif solange als feststehend zu betrachten, bis andere Vereinbarungen zwischen den beiden Körperschaften, Innung und Unternehmerverband eintritt, Gesellschaftlich und Steinarbeiterverband andererseits, getroffen sind.

Sonderabmachungen einzelner Unternehmer und Kollegen sind unzulässig.

Einmalige Tarifverträge, Lohnveränderungen und andere Differenzen sind dem Unterzeichneten sofort mit





# H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 1/2 Reklame- Veteranenstr. 1/2

## Woche

Wir bringen in dieser Reklame-Woche aussergewöhnliche Gelegenheitsposten, die wir sehr billig erstanden haben und zu Reklamepreisen verkaufen. Die Reklame-Gelegenheitsposten umfassen alle Abteilungen unseres Hauses, so dass es für jedermann lohnend ist, uns zu besuchen. — Kein Kaufzwang. — Ausstellung der Gelegenheitsposten in unseren 15 Schaufenstern und 20 Schaukästen.

### Grosse Posten Damen - Wäsche

- Priesenhemden ..... 95 Pf.
- Achselschluss-Hemden .. 1.35
- Reformhemden m. Bandgarnitur 1.85
- Reformhemden mit gesticktem Einsatz ..... 2.45
- Kniebeinkleider ..... 1.65
- Untertaillen mit Stickerei und Spitzen ..... 85 Pf.
- Korsetts halbhoch ..... 1.10 1.85
- Korsetts Frack ..... 1.25 2.25

### Grosse Posten Trikotagen

- Normal-Herrenhosen Wert 2.25 1.45
- Normal-Herrenhemden mit farbigem Einsatz .. Wert 2.25 1.45 (als Oberhemd zu tragen)
- Reform - Damen - Hosen Wert 3.50 1.95
- Trikot-Damen-Röcke .... 1.95
- Normal-Damen-Hosen ... 2.25
- Normal-Kinder-Trikots alle Grössen, z. Aussuchen Paar 95 Pf.
- Untertaillen mit angerauhtem Futter, ohne Aermel ..... 95 Pf.
- dito, mit Aermel ..... 1.15
- Normal-Untertaillen .... 95 Pf.
- Weisse Trikot-Untertaill. 65 Pf.

### Regen-Schirme

- hervorragend haltbare, erprobte Qualitäten
- Damen und Herren prima Gloria mit Futteral u. modern. Griffen zum Aussuchen .. Wert 5.50 3.85
  - Damen mit farbiger Bordüre prima Halbseide ..... 4.35

- Tüllspitzen 15 cm breit Mtr. 25, 45 Pf.
- Tüll-Einsätze mit Seide gestickt, auch farbig ..... Mtr. 65, 85 Pf.
- Spachtel-Einsätze 6 cm br. Mtr. 30 Pf.
- Tüll-Stoffe ... Mtr. 58, 75 Pf. 1.25
- Spachtel-Stoffe ..... Mtr. 1.75
- Kinder-Garnituren aus Rips-Piqué mit Spitze ..... 1.65
- Kinder-Kragen ecru Leinen mit Spitze ..... 95 Pf.
- Batist - Jabots m. Spitze 85, 95 Pf.
- Gibson-Kragen ..... 45 Pf.
- Batist-Stickereien Coupons à 4 1/2 Meter ..... 78, 95 Pf.

### Velour-Tailentücher

- |                 |                 |                 |
|-----------------|-----------------|-----------------|
| Serie I         | Serie II        | Serie III       |
| 1 <sup>65</sup> | 2 <sup>85</sup> | 3 <sup>85</sup> |
- Weisse Sportmützen ... 95 Pf.
  - Weisse Autoschals ..... 95 Pf.

### Circa 12000 Paar

## Handschuhe u. Strümpfe

bedeutend unter Preis

- Weisselange Damenhandschuhe gestrickt, Wert 60 Pf., Paar 38 Pf.
- Weissereinw. Damenhandschuhe lang, gestr., W. 75 Pf., Paar 48 Pf.
- Weisselange Damenhandschuhe r. Wolle, gestr., W. 1.10, Paar 75 Pf.
- Lange Damenhandschuhe marine u. braun, Wert 75 Pf., Paar 48 Pf.
- Kurze Damenhandschuhe weiss, reine Wolle, Wert 75 Pf., Paar 48 Pf.
- Lange Trikot-Damenhandschuhe farb., Innen geraucht, Paar 75 Pf.
- Kurze Körper-Damenhandschuhe schw., farb., weiss, W. 50 Pf. 35 Pf.
- Lange Halb-Handschuhe weiss ..... Wert 40 Pf., Paar 25 Pf.

### Letzte Neuheit!

- #### Hellgelbe Damen-Handschuhe
- Trikot mit zwei Druckknöpfen, Wert 75 Pf. .... 48 Pf.

- Durchbrochene Damenstrümpfe schwarz u. lederfarbig ..... Paar 48 Pf.

- #### Ringel-Damenstrümpfe
- |                    |                    |
|--------------------|--------------------|
| SERIE I            | SERIE II           |
| Wert 60 Pf. 48 Pf. | Wert 85 Pf. 65 Pf. |
- zum Aussuchen

- Schweisssocken ..... Paar 38 Pf.
- Schwarze Damenstrümpfe deutsch., starke Qual., ohne Naht Paar 65 Pf.

### Gross. Posten Gürtel

- Gummigürtel mit Bildschloss . 48 Pf.
- Seid. Gummigürtel alle Farben 75 Pf.
- Gerippte Gummigürtel .. 95 Pf.
- Goldgummi-Gürtel. .... 85 Pf.
- Gestickte Bandgürtel ... 38 Pf.

### Schürzen

- Organdy-Tändelschürzen 95 Pf.
- Hausschürzen m. Volant u. Tasch. 95 Pf.
- Kinderschürzen verschiedene Grössen, z. Aussuchen, Wert bis 2.25 1.35
- Damen-Miederschürzen .. 1.85
- Mieder-Blusenschürzen .. 2.65

### Dam.-Spangenschuhe 2.65

### Grosse Posten Seidenstoffe

- Reinseidener Taffet 50 cm breit, gr. Farbensort., Wert 2.75, Mtr. 95 Pf.
- Eleg. Reinseid. Neuheiten für Blusen, Wert bis 3.50, Meter 1.45
- Reinseid. schwer. Foulard für Kleider, Wert 4.85 . jetzt Mtr. 1.85

### Schwarze und farbige Kleiderstoffe

- Reinwollene Satin-Tuche 110 cm breit ..... jetzt Meter 85 Pf.
- Reinwollene Diagonale schwarz und farbig ... jetzt Meter 95 Pf.
- Reinwollener Chevron vollgriffige Qualität ..... jetzt Meter 95 Pf.
- Reinwollene Atlastuche 110 cm breit ..... jetzt Meter 1.25
- Schott. karierte Zephyre vorzügl. Qualität, Wert 95 Pf. jetzt 38 Pf.
- Doppeltbreit. Blusenstoffe mit Glanzeffekten, Wert 1.25, jetzt Mtr. 48 Pf.
- Moderne Blusenflanelle neue Streifen, aparte Farben .. jetzt 85 Pf.

### 2 Waggon Steingut

### und Porzellan

- Porzellan-Kaffeeservice 5 teilig ..... 98 Pf.
- Porzellan-Kaffeeservice für 6 Personen, 8 teilig ..... 1.30
- Porzellan-Kaffeeservice 9 teilig ..... 2.85
- 6 Stück Porzellan-Speiseteller weiss, tief oder flach ... 70 Pf.
- 6 Stück Porzell.-Dessertteller dekoriert ..... 80 Pf.
- 6 Stück Porzellan - Teetassen m. Untertasse „Kleedekor.“ 80 Pf.
- 6 Stück Porzellan-Kaffeetöpfe dekoriert ..... 80 Pf.
- 6 Stück Porzellan-Kaffeeteller dekoriert ..... 80 Pf.
- 6 Stück Porzellan - Ober-tassen grosse Form ..... 48 Pf.
- Porzellan, Kaffeekannen, weiss ..... 22, 38 Pf.
- Waschgarnituren . 3 teilig 1.20
- Waschgarnituren .. 4 teilig 1.65
- 12 Speiseteller tief oder flach .. 85 Pf.
- Schüsseln 1 Satz = 4 Stück kleine, blaue ..... 25 Pf.
- Weisse Schüsseln 1 Satz = 7 Stück ..... 98 Pf.
- Schüsseln Zwiebelmuster, 1 Satz = 6 Stück ..... 98 Pf.
- Milchtöpfe ..... Stück 3, 12 Pf.
- Vorratsstößen rund u. schlig 20, 30 Pf.
- Essig- u. Oelflaschen 18, 24 Pf.
- Salz- u. Mehlresten mit und ohne Holzrückwand 48, 68 Pf.
- Waschbecken extragross 98 Pf. 1.25
- Wasserkannen ..... 58, 88 Pf.

### Enorm billig.

- Damen-Paletots aus vorzüglichen Stoffen, garantiert gutem Sitz und bester Verarbeitung statt 18-20 M. .... jetzt 4.75 3.95
- Reinseid. Blusen Samtblusen und Blusenhemden, allerbestes Fabrikat. Wert bis M. 35 — in 3 Serien ..... 8.75 7.50 6.75
- Reinw. Muss.- u. Alpaca-Blusen reich garniert ganz gefüttert ..... jetzt 2.95
- Musseline-Blusen m. Spitzenins. u. Bordüregarn. jetzt 1.25
- Kostümröcke reine Wolle, Wert bis 25 M. .... jetzt 6.75
- Ein Kind.-Kleidch. reinwollene Cheviots sowie in den schönsten Schotten, ganz gefüttert, bis für das Alter von 15 Jahren, zum Aussuchen .... 6.75 5.75 4.75

### Extra-Preise f. Futterstoffe

- | Faille       | Jaconet                     | Reversible                 |
|--------------|-----------------------------|----------------------------|
| 100 cm breit | weiss, schwarz, grau, Meter | zweiseitiges Taillenlutter |
| 45 Pf.       | 20 Pf.                      | Mtr. 38 Pf.                |

### Wäschestoffe

- Bettdamast ganze Breite ... Meter 1.35
- Bettdamast Kissenbreite . Meter 95 Pf.
- Louisianatuch ganze Brt. 68, 90 Pf.
- Louisianatuch Kissenbrt. 40, 55 Pf.
- Bettdimiti ganze Breite .. 78, 95 Pf.
- Bettdimiti Kissenbreite .. 48, 65 Pf.
- Pa. Renforcé Coupon à 10 Meter 4.95
- Prima Louisiana Coupon à 10 Meter ..... 4.75
- Prima Macotuch imitiert, Coupon à 10 Meter .... 3.95
- Elsasser Hemdentuch Coupon à 10 Meter ..... 4.75
- Piqué-Barchent . Mtr. 48, 75 Pf.
- Croisé-Barchent . Mtr. 38, 48 Pf.
- Hemdentuch Meter 18, 28, 38 Pf.
- Bettzücken ..... Meter 35, 45 Pf.
- Lakenkreas .... Meter 68, 95 Pf.

### Grosse Posten

### Gardinen und Decken

- Abgepasste Fenster.. Serie I 3.85 extra gute Qualität ..... Serie II. 4.85
- Erbstül-Band-Stores .... 3.85
- do. do. mit Volant . 4.75
- Plüschgarnituren 2 Shawia und 1 Querbehang ... 6.75
- Chaiselongue-Decken doppel-seitig, gute Qualität ..... 7.50
- Filztuch-Tischdecken reich bestickt ..... 1.65
- Filztuch - Tischdecken mit Applikation .. ..... 2.25
- Plüsch-Tischdecken 4.75
- do. mit Applikation ..... 8.50
- Axminster Bettvorleger ... 1.95
- Bettvorleger Perser Imitat. 85 Pf.



Partei-Angelegenheiten.

Die Generalversammlung des Kreis-Wahlvereins Nieder-Barnim

findet am Sonntag, den 28. Februar, vormittags 12 Uhr, in Lichtenberg, Lokal von Gürsch, Kronprinzengarten, Frankfurter Chaussee 123, statt.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre.
2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre.
3. Statutenberatung.
4. Antrag Dramenburg betr. Anstellung eines besoldeten Beamten.
5. Kreisangelegenheiten.

Der Vorstand. J. A.: B. Denker.

Nieder-Barnim.

Parteigenossen! Der Kreisvorstand hat in der Nummer des „Vorwärts“ vom 19. Februar mitgeteilt, daß er sich genötigt sah, den Bezirksverein Pankow aufzulösen. In der Nummer vom 20. Februar gab er, wie angekündigt, die Gründe für seine Maßnahmen bekannt. Ergänzend sei hier noch eine unwahre Behauptung, die den Kreisvorstand ins Unrecht setzt, zurückgewiesen. Es wird erklärt, die Versammlung in Pankow sei ordnungsmäßig von Köber und nicht vom Kreisvorstande einberufen. Solche Behauptungen sind bewahrt unwahr! Der Kreisvorstand hat in seiner Sitzung vom 11. Februar beschlossen, für Donnerstag, den 18. Februar, in Pankow eine Bezirksversammlung abzuhalten, in der die Genossen über die Gründe der Amtsenthebung des Bezirksvorstandes Aufklärung erhalten sollten. Am Sonntag, den 14. Februar, war die Bekanntmachung bereits im „Vorwärts“ veröffentlicht. Am Montag, den 15. und Dienstag, den 16. Februar, sind in Pankow Flugblätter mit der Versammlungsanzeige vom Kreisvorstand verbreitet worden. Auch hat sich der Kreisvorstand von dem Wirt Bogzki schriftlich befähigen lassen, daß er sein Lokal dem Genossen Jacobien, als Vertreter des Kreisvorstandes, für Donnerstag, den 18. Februar, vermietet habe. Trotzdem trat der Bezirksvorstand am Dienstag, den 16. Februar, abends zu einer Sitzung zusammen und beschloß, um die Maßnahmen des Kreises zu durchkreuzen, auch noch schnell für Donnerstag, den 18. Februar — im Lokal des Herrn Bogzki — eine Versammlung einzuberufen. Diese wurde eine halbe Stunde früher angesetzt, als die vom Kreisvorstand angemeldete. Unter der Hand erhielten eine Anzahl Genossen die Aufforderung noch viel zeitiger sich einzustellen. Das ist auch geschehen. Der Lokaleigentümer wurde bejagt, dem Kreisvorstand der Eintritt verweigert. Andere Genossen, die nicht in Pankow wohnen und nicht zum Kreisvorstand gehören, aber sicher auf Seiten Köbers standen, hatten Zutritt und traten sogar als Redner auf. Die Erklärung des Wirtes, daß der Kreisvorstand das Lokal gemietet habe, fand keine Beachtung. Es kam demnach gar nicht daran gezwungen werden, daß der Bezirksvorstand planmäßig vorgegangen ist, um eine Maßnahme des Kreisvorstandes zu durchkreuzen.

Um nun in Pankow wieder zu geordneten Parteiverhältnissen zu kommen, erbittet der Kreisvorstand die Mitwirkung aller Genossen, soweit sie dazu in der Lage sind. Zu beachten ist, daß als ordnungsmäßig organisiert nur derjenige Genosse gilt, dessen Buch den Parteistempel des Kreisvorsitzenden Otto Seikel trägt. Die Anmeldekarte wird in den nächsten Tagen beginnen und wird ausgefüllt von den Genossen:

- Gätig, Gdöschstraße 14.
Fengler, Florastraße 88.
Blant, Kreuzstraße 17.

Auch können die Bücher zur Umschreibung in der Parteispedition, Mühlensstr. 67, sowie an die Genossen Fleischer, Wehmstr. 17, und Bahlsdorf, Hartwigstr. 139, abgegeben werden.

Wir ersuchen die Genossen, sich an diese Adressen zu wenden. Hier, wie auch in der Spedition des „Vorwärts“, Pankow, Mühlensstraße 67, werden auch Neuanmeldungen für den Wahlverein entgegengenommen.

Im Auftrage des Kreisvorstandes: B. Denker.

Zur Lokalfrage. In Köpenick steht das Lokal „Katzkeller“ der Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung; wir ersuchen daher, daselbe streng zu meiden.

Der Verein „Charlottenburger Rutscher“ feiert am 27. März er. im Lokale von Rad, Kaiser-Friedrich-Platz, Berliner Straße 88, seinen Mostenball. Der Verein ist lebhaft bemüht, einen möglichst großen Willkommensfest zu erzielen und hat auch zu diesem Zweck in allen Kolonnen, wo Arbeiter verkehren, Plakate ausgehängt. Demgegenüber machen wir besonders darauf aufmerksam, daß obiges Lokal der Arbeiterschaft seit Jahren beharrlich verweigert wird und ersuchen daher, alle dortigen Veranstaltungen zu meiden.

Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß der Ausschuss der „Deutschen Brauerei“ Eigentum der „Deutschen Brauerei A.G.“ ist. Seitens einzelner Angestellten der „Deutschen Brauerei“ wird seit einiger Zeit eine lebhaft propagandistische Dampferpartei nach dem „Wigelsdorfer Brauerei-Ausschuss“ betrieben, man hat sogar den Betrieb, die ihre Bierlieferung von der „Deutschen Brauerei“ beziehen, das Anerkennen gemächt, die Dampfer gratis zur Verfügung zu stellen. Wir ersuchen, alle derartigen Angebote entschieden zurückzuweisen, da der Ausschuss der „Brauerei Wigelsdorf“ (Eigentum der Deutschen Brauerei) für die Arbeiterschaft gesperrt ist.

Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Morgen Sonntag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale der Armeehallen, Kommandantenstraße 58/59, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Volkserziehung und Sozialdemokratie. Referent: Reichstags-Abg. Genosse Eichhorn. Nach der Versammlung: Gesellschaftliches Beisammensein. Eintritt inkl. Garderobe 20 Pf. Lang frei.

Vierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 28. Februar, findet von den bekannten Bezirkslokale aus eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Nicht jedes Genossen ist es zu erscheinen.

Barnim. Die ordentliche Mitgliederversammlung findet heute abend 8 1/2 Uhr im großen Saal des Hotels „Zum schwarzen Adler“, Berliner Straße, statt. Es stehen wichtige Parteiangelegenheiten zur Beratung.

Berliner Nachrichten.

Die Eingemeindungsfrage auf dem Provinziallandtag.

Die von Berlin angestrebte Eingemeindung des Tempelhofer Feldes beschäftigte den Brandenburgischen Provinziallandtag in seiner gestrigen Sitzung. Der Provinzialausschuss hat gegen diese Eingemeindung Einspruch erhoben und beantragt, daß sich der Provinziallandtag diesem Vorgehen anschließe.

Der Verichteratter Landrat v. Dypen (Fleckenwalde a. D.) erinnerte daran, daß bei der Städteordnungsfeier von maßgebender Stelle der Stadt Berlin der Wunsch geäußert oder erneuert worden sei, das Tempelhofer Feld, das als Truppenübungsplatz eingeweiht sei, in den Bezirk der Stadt Berlin eingemeinden. Das Feld gehöre jetzt zur Landgemeinde Tempelhof, zum Kreise Teltow und zur Provinz Brandenburg. Die Erneuerung des Eingemeindungswunsches bei jener Feier habe eine große Beunruhigung in die Kreise der Interessenten getragen. Es schien, zumal da sich auch die Presse, besonders die hauptstädtische, der Sache annahm, als sollte die Eingemeindung der Vororte überhaupt wieder in Angriff genommen werden. Der Provinzialausschuss erhebt deshalb in einer Eingabe an den Minister des Innern Einspruch gegen jede Beeinträchtigung des Gebietes der Provinz und beantragt jetzt, der Provinziallandtag wolle gegen eine etwaige Eingemeindung dieses und anderer Teile der Provinz im voraus Einspruch erheben. Bisher sei nicht bekannt, ob die königliche Staatsregierung ihren ablehnenden Standpunkt geändert habe. Trotzdem habe aber die Anregung des Bürgermeisters Meide Beunruhigung hervorgerufen, und der Provinzialausschuss wünsche, daß sich der Landtag seiner Auffassung anschließe, um über eine klare Stellungnahme keinen Zweifel zu lassen.

Nach dem Verichteratter ergriff gleich der Staatskommissar Oberpräsident v. Trott zu Solz das Wort. Er führte aus: Gegenüber den Befürwortern, die der Antrag des Provinzialausschusses enthalte, sei es wohl von Wert, den Standpunkt der königlichen Staatsregierung zu der Frage der Eingemeindung der Vororte kennen zu lernen. Die Staatsregierung habe zu Beginn der neunziger Jahre Eingemeindungen in größerem Umfange geplant. Jahrelange Verhandlungen scheiterten namentlich auch an dem Widerspruch der Stadt Berlin. Inzwischen haben sich die Vororte in wirtschaftlicher und auch in kommunaler Beziehung lebhaft entwickelt. Die Vororte erfüllten ihre Aufgaben, an manchen Stellen wird geradezu Musterleistung geleistet. Einige Vororte sind Städte geworden. Mit der Zeit wird Berlin von einem Kranz leistungsfähiger Städte umgeben sein. Gegenüber diesen Entwicklungen hat die Staatsregierung an ihrem früheren Plane nicht mehr festgehalten. Der Weg der Eingemeindung ist für sie nicht mehr gangbar. Diesem Standpunkt ist wiederholt Ausdruck gegeben worden, auch von dem früheren Oberpräsidenten, als er Minister des Innern war. Auch der jetzige Minister des Innern teilt diesen Standpunkt. Ich bin ausdrücklich ermächtigt worden, das hier aus Anlaß des Antrags zum Ausdruck zu bringen. Wenn jetzt über Eingemeindungen verhandelt wird, wobei die Rede ist, so geschieht es ohne Beteiligung der Staatsregierung.

Landesdirektor Freiherr v. Mantuffel sprach nicht als Mitglied des Provinzialausschusses, sondern als erster Beamter der Provinz. Nach den trostreichen Worten des Oberpräsidenten sei seiner Ueberzeugung nach eine große Diskussion nicht mehr nötig. Er habe es für seine Pflicht gehalten, einen Einspruch nicht nur gegen die Eingemeindung des Tempelhofer Feldes, sondern auch anderer Gebiete der Provinz zu erheben. Er lege keinen Wert mehr darauf, daß über diese Angelegenheit hier verhandelt werde. — Der Vorsitzende des Provinzialausschusses Kammerherr Landrat a. D. Dr. v. Salbern (Kleinmante) bemerkte, die Erklärung des Oberpräsidenten sei mit Freuden zu begrüßen. Er ziehe die Vorlage zurück und der Gegenstand sei damit erledigt, eine Diskussion könne nicht mehr stattfinden.

Gegen die Verteuerung des Telefons.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben die Stadtverordneten Vamborg und Jacobi folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, schleunigst dem Reichstage das Ersuchen zu unterbreiten, dem ihm von der Reichsregierung vorgelegten, die Berliner Bevölkerung auf das schwerste schädigenden Entwurf über die Erhöhung der Fernspreckgebühren die Zustimmung zu versagen.“

Die „Wahrheit“ knickt. Nicht groß genug konnte das Sensationsblättchen des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bruhn den Mund aufreißen, als einige Berliner Tageszeitungen sich erlaubten, im Anschluß an die Expresskorrektur Dabbel auf das widerliche Geschäftsgebahren dieser Sorte Sensationspresse hinzuweisen. Herr Bruhn lächelte sich getroffen, daß man ihn mit dem noch immer in Untersuchungshaft sitzenden Dabbel in intime Verbindung brachte. Er ging also zum Richter und erzielte eine einseitige gerichtliche Verfügung, wonach jenen sich mit seinem Treiben etwas näher beschäftigenden Tageszeitungen bei Androhung einer Geldstrafe von tausend Mark für den Einzelfall aufgegeben wurde, in allen ferneren Artikeln Herrn Bruhn und Herrn Dabbel mit zweierlei Maß zu messen. Inzwischen ist, wie wir schon berichtet haben, die einseitige gerichtliche Verfügung nach mündlicher Verhandlung als unrichtig aufgehoben worden. Man sollte nun erwarten, daß Herr Bruhn, entsprechend dem hochtönenden Namen seines Organs, der Wahrheit die Ehre gibt und seinem Leserkreis von der veränderten Sachlage ebenso Mitteilung macht, wie er seinerzeit in spaltenlangen Freudenartikeln sich rühmte, daß er der jüdischen und sozialdemokratischen Presse den Mund gestopft habe. Fällt ihm aber gar nicht ein! Herr Wilhelm Bruhn wählt der antisemitischen Lasterzeitung besseren Teil und — schwelgt. Die neueste Nummer der „Wahrheit“ sowohl wie die vorhergehende enthalten über die Angelegenheit, die eine für die Verantworte so blamable Wendung genommen hat, auch nicht ein einziges Wort.

Wahrsage-Schwindel und Polizei. Nach Meldungen bürgerlicher Blätter will die Berliner Polizei endlich gegen den Wahrsage-Schwindel energischer einschreiten. Dieser Unfug hat in den letzten Jahren allerdings so überhandgenommen, daß man nicht mehr sagen darf: „Denjenigen, welche nicht alle werden, schadet es nicht, wenn sie geruht werden!“ Denn wie die trübe Erfahrung in zahlreichen Spezialfällen gelehrt hat, stehen hier nicht immer bloß Geldinteressen, sondern auch Lebensinteressen auf dem Spiel. Hat doch schon manch angekränkeltes Frauengemüt, welches an die Wunderkraft der Karten oder des Rafferjages glaubte, diese geistige Beschränktheit mit dem Leben bezahlt. Es sollen nun die Wohnungen der Wahrsagekünstler beobachtet und die Kunden derselben namentlich festgesetzt werden, um sie als Zeugen vor das Gericht zu zitieren. Wir fürchten, daß die Polizei damit herzlich wenig erreichen wird. Die weitaus meisten dieser Damen werden einfach ausweichen, daß sie an die besonderen Fähigkeiten der Wahrsagerinnen selbst nicht glauben, und die Wahrsagerinnen selbst beteuern natürlich ebenfalls, daß sie von ihrer „Begabung“, in die Zukunft zu blicken, überzeugt sind. Damit entfällt aber in der Regel das Kriterium der strafbaren Handlung. Uebrigens sind die besten Kunden der Wahrsagekünstler nicht etwa Dienstmädchen und ähnliche leichtgläubige Personen, sondern gerade die Angehörigen jener Kreise, welche nach ihrer Meinung auf sehr hoher geistiger Stufe stehen, aber mit dem Glauben an solche Handlung eine starke Portion Verachtung verraten. Im vornehmen Westen und in anderen sogenannten besseren Gegenden gibt es moderne Ebyllen, die ganze luxuriös eingerichtete Etagen bewohnen und an der vornehmen Dämlichkeit ein glänzendes Geschäft machen. Es

solte uns wundern, wenn die Polizei auch diese vornehmen Beschäftigten aus Berlin WW. als Zeugen vor die Gerichte forderte, damit sie dort ihre Dummheit behördlich abgestempelt bekommen.

Wiel wirksamer könnte der Schwindel belämpft werden, wenn vor allen Dingen die Beklame unterbunden würde. Dazu gehört das Verbot, durch Beklamezettel, die auf der Straße, besonders vor der Sparkasse am Mühlendamm verteilt werden, Dumme einzufangen, und ferner die energische Einwirkung auf jene gewissenlosen Blätter, welche Schwindelannoncen von Wahrsagerinnen aufnehmen.

Die erste schnelle Post nach Amerika im März geht von Deutschland am 2. und 8. ab. Briefe, mit dem Weltporto versehen, werden sämtlich mit dem Dampfer „Oceanic“ der White Star-Linie befördert, der am 3. März von Southampton in See geht und in Cherbourg und Queenstown anlegt. Könn verlassene Briefe für diesen Dampfer am 2. März abends 6.01 nach Southampton, 7.17 nach Cherbourg und am 8. März 4.27 früh nach Queenstown. Der Dampfer ist am 10. März in New York fällig. Die nächste billige Post über Bremerhaven trifft erst am 18. März in New York ein. Für 10 Pf. Mehrporto kommen also die Briefe sechs Tage früher nach New York. In allen Fällen muß aber wieder die Mahnung wiederholt werden, die Briefe möglichst frühzeitig zur Post zu geben.

In einer Badeanstalt erschossen hat sich am Donnerstagnachmittag um 5 Uhr das 26 Jahre alte Fräulein Marie Fischer, eine Tochter des Rittergutsbesitzers H. aus der Niederlausitz. Seit zwei Monaten hatte sie bei einer befreundeten Familie in Schönberg in der Wielandstraße 39 Aufenthalt genommen. Vorgestern nachmittag verließ sie ihre Wohnung mit einer Wafelmappe, um Kosen einzukaufen. Sie beabsichtigte aber eine Badeanstalt des Westens und stürzte sich in der Halle durch einen Schuß in die rechte Schläfe. Die Wärterin fand sie tot auf. Den Grund zur Tat sollen Zwistigkeiten in der Familie bilden.

Aus der dritten Etage gestürzt hat sich gestern früh die 20 Jahre alte Selma B. aus Neumarkt in Westpreußen, die sich seit mehreren Wochen bei Verwandten in Berlin, Dramenburger Straße 87/89, zu Besuch aufhielt. Das junge Mädchen, das in den nächsten Tagen nach Hause zurückkehren sollte, nahm gestern früh in aller Ruhe das Frühstück ein und begab sich auf ihr Zimmer. Dort öffnete es das Fenster und stürzte sich auf den Hof hinab, wo es tot liegen blieb. Das Motiv des Selbstmordes ist bis jetzt nicht aufgeklärt.

Das Gerücht von einem neuen Messerattentat war gestern mittag in Berlin verbreitet. Amtlich wird darüber berichtet, daß gestern vormittag ein Mann an der Friedrich- und Ziegelstraßenecke ein Stillschleppattentat auf eine Dame versuchte und darauf festgenommen wurde. Nach der Personalbeschreibung kommt der Verhaftete als der Messerstecher vermutlich nicht in Betracht.

Unter dem Verdacht, an den Messerstechereien beteiligt zu sein, wurde der in der Schützenstr. 88 in Steglitz wohnhafte 23 Jahre alte Versicherungsagent Friedrich Schröder verhaftet. Der Verdächtige wurde nach Lichtenberg transportiert, um dort den Opfern gegenübergestellt zu werden.

Ein Unglücksfall bei der Arbeit ereignete sich gestern nachmittag in der Uebcker Straße unweit der Perleberger Straße. Dort waren Arbeiter der staubfreien Müllabfuhr damit beschäftigt, einen vollen Müllkasten zu entleeren. Als der Kasten bereits ein Stück hochgehoben war, verlagte die Mechanik. Beim Anheben des Kastens geriet ein Arbeiter mit dem Kopf zwischen Wagen und Kasten und zog sich erhebliche Quetschungen zu. Der Verunglückte mußte mittels Wagen nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Lebensmüde Frauen. Die Leichen zweier Selbstmörderinnen wurden vorgestern an der unteren Schlesse aus dem Landwehrkanal gefischt. Die Toten sind die 23jährige Köchlerin Ida B., Grenadierstraße 35, und die 52 Jahre alte Hermine W., Danziger Straße 69. Schon seit mehreren Wochen wurden die beiden Frauen vernüht. Die W. hat sich wegen unglücklicher Liebe das Leben genommen. Frau B. ist durch schwere Schicksalschläge, von denen sie in den letzten Monaten heimgeführt wurde, in den Tod getrieben worden.

Für die Personenfähre über den großen Müggelsee, zwischen Friedrichshagen, Kösterstraße bezw. dem Restaurant Wilhelmshafen und dem Etablissement Prinzengarten, tritt, wie der Chef der Märkischen Wasserstraßen bekannt gibt, mit dem 1. April d. J. ein neuer Tarif in Kraft. Danach haben für das Ueberfahren zu entrichten: Erwachsene 15 Pf. (für Hin- und Rückfahrt 25 Pf.), Kinder von 6 bis 14 Jahren 10 Pf. (für Hin- und Rückfahrt 15 Pf.), Kinder unter 6 Jahren sind frei zu befördern.

Ein Maskenfest auf dem Eise. Heute Sonnabend ist der Eispalast von 6 1/2 bis 8 Uhr wegen der Vorbereitungen für das große Karnevalsfest geschlossen. Um 9 Uhr werden die Kassen geöffnet. Der Beginn des Festes ist um 9 Uhr. Der Eintrittspreis (im Vorverkauf 2 und 3 M., an der Abendkasse 3 und 4 M.) gestattet nur „besseren“ Leuten, das Treiben der Großen Rheinischen Karnevals-Gesellschaft zu beobachten.

Im Hofaal der Trepow-Sternwarte (Restaurant Anape, vorm. Jenner, Trepow Chaussee 21/22) spricht Herr Direktor Dr. F. S. Archenhold am Sonntag, den 28. Febr., nachmittags um 6 Uhr über: „Das Geheimnis des Weltbaues“, abends um 7 Uhr über: „Vulkanismus auf dem Monde“. Das Thema für den Vortrag am Montag, abends 9 Uhr lautet: „Unsere Erde und ihre Atmosphäre“. Die Vorträge sind gemeinverständlich und mit vielen Lichtbildern ausgestattet. Mit dem großen Fernrohr wird am Tage die Sonne und abends der Mond beobachtet. Mit kleineren Fernrohren werden Doppelsterne Saturn und Jupiter gezeigt.

Feuerwehrbericht. Ein gefährliches Feuer, das große Beunruhigung unter den Hausbewohnern verursachte, kam in der Breslauer Straße 26 durch Fahrlässigkeit zum Ausbruch. Als die Feuerwehr erschien, brannten im Erdgeschoß bereits Ballen von Holzwole, Risten, Betten, Kleider, Lären, Schalbeden u. a. in einer Küche. Dem schnellen Eingreifen der Feuerwehr ist es zu verdanken, daß der Brand keine weitere Ausdehnung erlangte und durch kräftiges Wassergeben auf das Erdgeschoß beschränkt blieb. Auch in der Becken-Allee 82 brannte Holzwole, Papier u. a. und Roßhansstr. 38 Holz auf einem Trocknen. Der 4. Zug wurde nach der Landsberger Allee 45 gerufen, wo auf einem Korridor Feuer ausgebrochen war. Betten und Möbel wurden in der Reindendörfer Str. 107 ein Raub der Flammen. Am Luisen-Platz 47 wurde ein Sauerstoffapparat von der Feuerwehr mit Erfolg benutzt, um Gase zu leiten. Weitere Feuermeldungen liefen aus der Chausseestraße u. a. Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Nummelsburg.

Aus der Gemeindevertretung. Auf Ersuchen des Berliner Magistrats ist die Gemeindevertretung damit einverstanden, daß die Gemeinde alle aus der Hilfeleistung der Berliner Feuerwehr bei Bränden im hiesigen Gemeindebezirk entstehenden Kosten einschließlich derjenigen, die aus der Beschädigung des Personals erwachsen, übernimmt. Die Kosten werden aber nur dann getragen, wenn die Berliner Feuerwehr durch den Gemeindevorstand oder Oberführer der hiesigen freiwilligen Feuerwehr herbeigerufen worden ist. Um eine wirksamere Bekämpfung der Tuberkulose durchzuführen, wird einstimmig beschlossen, daß bei Todesfällen an Tuberkulose wie auch bei einem Wohnungswechsel von Personen, welche an



Zungen- und Kehlkopfentzündungen, die Wundungen, sofern von den Beteiligten ein diesbezüglicher Antrag gestellt wird, auf Gemeindefosten desuzifizieren zu lassen.

Genehmigt wird die Pachtung und Bepflanzung der westlich des Schulhauses in der Marktstraße am Hohen Parallelwege befindlichen eisenbahnstöckigen Wegeböschung.

Als Schiedsmann für den Ortsteil Vohagen westlich der Orphiusstraße wird der Lehrer Max Wischer auf eine weitere Amts-dauer von drei Jahren wiedergewählt. Die aus der letzten Sitzung verlagte neue Luftfahrtssteuerordnung, welche eine besondere Bestimmung aller Veranstaltungen auf sogenannten Sammelflächen bezweckt, wurde von der bürgerlichen Mehrheit mit dem Zusatz angenommen:

Von der Steuer befreit sind

a) öffentliche Lustbarkeiten, welche in den zu den stehenden Schankwirtschaften gehörigen Gärten veranlagt werden, soweit in diesen Gärten der Schankbetrieb gemäß § 33 der Reichsgewerbeordnung ausübt werden darf;

b) die sogenannten Erntefeste, welche auf Laubengeländen jährlich einmal in hergebrachter Weise gefeiert werden.

Die Gemeindevertretung erteilt dem Gemeindevorstande die Ermächtigung, allen von der Gemeinde gegen Entgelt beschäftigten Personen in außerordentlichen Notfällen besondere Unterstützungen zu gewähren, die Mittel hierfür sollen den Dispositionsfonds des Gemeindevorstandes entnommen werden. Für die höhere Mädchenschule wird die Gründung einer Oberlehrerstelle zum 1. Oktober 1909, sowie die Gründung einer wissenschaftlichen und einer technischen Lehrerinnele zum 1. April 1909 beschlossen. Nachdem noch einige Nachbewilligungen im Gesamtbetrag von etwa 1000 M. bewilligt worden waren und der Übernahme der Privatstraße „Bogenrechtschloß“ in die Unterhaltungspflicht der Gemeinde gegen eine einmalige Entschädigung von 3000 M. zugestimmt worden war, interpellierten unsere Vertreter den Gemeindevorstand betreffs der Ausführung der bereits Mitte Dezember 1908 beschlossenen Notstandsarbeiten wie auch betreffs der Speisung bedürftiger Schulkinder. Leider muß nach den Ausführungen des Bürgermeisters Dr. Hahn konstatiert werden, daß im Gemeindevorstand kein ernstlicher Wille vorhanden sein kann, die nun bereits vor zehn Wochen in dieser Sache einmütig gefassten Beschlüsse auch in die Tat umzusetzen.

Die Notstandsarbeiten konnten nach den Mitteilungen des Bürgermeisters wegen der bisherigen kalten Witterung noch nicht in Angriff genommen werden. Auch konnte die Schulheizung noch nicht vor sich gehen, da die notwendige Feststellung über die Zahl der hierfür in Betracht kommenden Kinder erst heute (also nach zehn Wochen) erledigt worden ist. Weiter teilte der Bürgermeister mit, daß er sich an mehrere Privatgesellschaften in Berlin betreffs Errichtung einer Kollonade in Mummelsburg gewandt habe, von welcher aus dann gleichzeitig die Kinderheizung erfolgen soll. Die Einrichtung einer eigenen Küche für die Schulheizung hält der Gemeindevorstand für zu kostspielig.

Unsere Vertreter legen in der Nichtausführung der beschlossenen Notstandsarbeiten wie insbesondere in der unverantwortlichen Verzögerung der Speisung bedürftiger Schulkinder eine Mißachtung einmütig gefasster Gemeindevertreterbeschlüsse, — sie erklärten dem Gemeindevorstand, daß nach dem bisherigen Gang der Sache daran gewweifelt werden müßte, daß bei dem Gemeindevorstand überhaupt die Absicht besteht, die gefassten Beschlüsse auch zur Ausführung zu bringen. Nach dem Stillschweigen der bürgerlichen Vertreter zu urteilen, scheinen dieselben es leider auch lieber zu sehen, daß die für die Speisung bedürftiger Schulkinder bewilligten 9000 M. im Gemeindefonds bleiben, als daß hungrige Kinder gestättigt werden. Der Bürgermeister verspricht auf Anregung, bei einer Berliner Kinder-Volkstümchen-Gesellschaft anzufragen, ob selbige die vorläufige Speisung hiesiger Schulkinder bis zur Errichtung einer eigenen Küche übernehmen würde. Die Zahl der in Betracht kommenden Kinder soll 83 betragen.

Unter Verschiedenem wird die Frage der Zuteilung der Gemeinde in die Serviceklasse B. von mehreren bürgerlichen Vertretern kritisiert. Der Gemeindevorstand erklärt hierzu, daß er bereits an zuständiger Stelle hiergegen vorstellig geworden sei, er gebe aber andererseits zu bedenken, daß mit der Verletzung unserer Gemeinde in die Klasse A. auch gleichzeitig große finanzielle Nachteile eintreten, so würden z. B. von der Gemeinde allein an die Lehrerschaft jährlich 21000 M. mehr an Wohnungsgeldzuschuß zu zahlen sein. Der Bürgermeister teilt hierauf mit, daß die in einer früheren Gemeindevertreterversammlung beschlossenen Zusatzänderungen zu dem Statut des Kanalisationszweckverbandes Vahnenberg-Mummelsburg vor den Augen des Magistrats der Stadt Vahnenberg keine Gnade gefunden haben, der Vahnenberger Magistrat habe es vielmehr nicht einmal für notwendig befunden, der Stadtvorordnetenversammlung eine diesbezügliche Vorlage zu unterbreiten. Ferner gibt der Bürgermeister bekannt, daß die acht Gemeindevorbezirke der 3. Klasse eine Neueinteilung erfahren haben; nach dieser Neueinteilung sind nunmehr fast gleichmäßige Bezirke geschaffen worden, die Zahl der Stimmberechtigten in den einzelnen Bezirken schwankt zwischen 1040 und 987 Wählern.

In der nun folgenden nichtöffentlichen Sitzung macht der Gemeindevorstand einige Ausführungen betreffs der Eingemeindung Vohagen-Mummelsburg nach Berlin. Aus den Mitteilungen ist zu entnehmen, daß der Mummelsburger Eingemeindungsantrag bei der Stadt Berlin volles Einverständnis und wohlwollendes Entgegenkommen gefunden hat, es seien sonach von der Stadt Berlin keine besonderen Schwierigkeiten zu erwarten, leider scheint aber die bei der Beschlußfassung des Eingemeindungsantrages gehegte Erwartung, daß auch seitens der Regierung der frühere eingemeindungsfreudliche Standpunkt einem eingemeindungsfreundlichen gewichen sei, nicht den Tatsachen zu entsprechen. Nach den mitgeteilten Äußerungen aus Landrats-, Oberpräsidenten- und Ministermunde zu schließen, ist von der Regierung auf Zustimmung zur Eingemeindung Vohagen-Mummelsburg nach Berlin nicht zu rechnen.

### Stegly.

6000 Mark verbrannt. Das bei dem Kommerzienrat R. in der Kaiser-Wilhelm-Straße beschäftigte Dienstmädchen verbrannte dieser Tage mit dem Inhalt des Papierkorbes auch eine mit 6000 M. gefüllte Brieftasche, die unbemerkt in den Korb gefallen war. Als man die Tasche vermisste, war der diesmal so wertvolle Inhalt des Papierkorbes von den Flammen bereits verzehrt. Das Mädchen hatte die Tasche ohne Prüfung für wertlos gehalten.

Der Scherenheld verhaftet. Schon seit langer Zeit wurden wiederholt in den Sägen der Wanneseebahn Damen dadurch geschädigt, daß ihnen mittels einer Sähere Stäbe aus den Kleidern, sogar aus Unterwäsche geschnitten wurden. Als infolge zahlreicher Anzeigen die Kriminalpolizei die Strecke Berlin-Friedenau auf der regelmäßig die Attentate ausgeführt wurden, scharf überwachen ließ, verlegte der Uebelthäter seine Tätigkeit in die Wagen der Linie Stegely-Zoologischer Garten. Dort wurde gestern endlich der offenbar pervers veranlagte Mensch auf frischer Tat festgenommen. Es ist der 24 Jahre alte, erst kurze Zeit verheiratete Kaufmann Wilhelm Krug aus der Holzsteinischen Straße 28 in Stegely. Der Verhaftete, in dessen Koffizbuch mehrere der herausgeschnittenen Kleiderstücke gefunden wurden, hat eingestanden, daß er infolge eines unumwiderrlichen Zwanges seit etwa zwei Jahren Damen mit einer kleinen Schere Stäbe aus der Garderobe geschnitten habe.

### Johannisthal.

Ein braver Genosse ist der hiesigen Sozialdemokratie plötzlich durch den Tod entzogen worden. Gustav Pasche, der zweite Vorsitzende des Wahlvereins, ist im Alter von noch nicht 37 Jahren am Donnerstag im Brüder Krankenhaus den Folgen eines Magenleidens erlegen. Der Tote, der allezeit bereit war, seine Kraft in den Dienst der Partei zu stellen, hat sich bei seinen Parteifreunden ein bleibendes Andenken gesichert. Pasche hinterläßt eine Witwe mit vier Knaben im Alter von 7—15 Jahren. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom

Trauerhause, Friedrichstr. 61, aus statt. Um rege Beteiligung wird ersucht.

### Straßen.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Bericht aus der Gemeindevertreterkonferenz entgegen. Von einer Diskussion wurde abgesehen. Der neue Entwurf zum Kreisstatut fand nach eingehender Beratung Annahme. Die Anstellung eines Beamten im Kreise rief eine rege Diskussion hervor. Sämtliche Redner sprachen sich gegen die Anstellung aus. Hervorgehoben wurde, daß die eigentliche Agitationsarbeit nach wie vor in den einzelnen Orten von den örtlichen Wahlvereinen geleistet werden müsse, der jetzige Mitgliederstand lasse ebenfalls die Notwendigkeit der Anstellung eines Beamten nicht erkennen. Die Mittel des Kreises würden dadurch zum großen Teil wieder im Kreise verbleiben, während dieselben im Lande viel notwendiger gebraucht würden. Die Abstimmung ergab die einstimmige Ablehnung des Antrages. Zum Revisor an Stelle des verstorbenen Genossen Kohn wurde Ferd. Schindorf gewählt. Nach Erörterung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

### Pankow.

Auf dem Bahnhof vom Tod überrascht wurde der Rechnungsrat Leopold Ademann aus der Florstraße. Herr A. war von Berlin nach Pankow gefahren und kam heute in den Zug verfallen, so brach er leblos zusammen. Ein hinzugerufener Arzt vermochte nur noch den Tod festzustellen. Ein Herzschlag hatte den im 64. Lebensjahre stehenden Herrn jäh dahingerafft.

### Nieder-Schönhäusen.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung gab der Bürgermeister der Vertretung zunächst davon Kenntnis, daß ihm im Laufe des Tages mitgeteilt worden sei, die ganze Kieplerstraße stünde unter Wasser, er habe sich sofort persönlich überzeugt und gefunden, daß von einer Ueberschwemmung keine Rede war. Er bat bei etwaigen Beschwerden keine Ueberreibungen zu machen. Von den berechnigten Stadt- und Landgemeinden ist gegen das neue Lehrerfortbildungsgesetz eine Beschwerdeschrift zur Unterschrift eingegangen, um zu verhindern, daß dieses Gesetz Rechtskraft erlangt. Für die hiesige Gemeinde würde durch die Entziehung des Staatsbeitrages ein Ausfall von 18—14000 M. jährlich entstehen. Es wurde einstimmig beschlossen, die Beschwerdeschrift mit zu unterzeichnen. Bei der antilichen Arbeitslosenzählung am 16. Februar haben sich nur 19 Arbeitslose gemeldet. (Dem Gemeindevorstand ist inzwischen vom hiesigen sozialdemokratischen Wahlverein das Resultat seiner Zählung ausgestellt worden, nach der 330 Arbeitslose vorhanden sind.) Der Kreis will für die Herstellung der Blankenburger und Buchholzer Straße eine Beihilfe leisten, und zwar für die erstere 9547 M., für die letztere 4820 M. Für den Kanalsbau wurde die Einrichtung von Gas- und elektrischer Beleuchtung beschlossen. Der Prozentsatz der Anliegerbeiträge für die Bürgersteigpflasterung in der Kaiserin-Augusta-Straße wurde auf 30 Proz. festgesetzt. Hierauf wurde die Benennung verschiedener Straßen vorgenommen und zwar soll der Kosenhofer Grenzweg jetzt Nordendstraße heißen, die an der Schloßallee gelegene Straße 20: Elisabeth-Christinenstraße, die Straße 21: Grundloisstraße, die Straße 22: Dohnastraße, und die Straße 23: Barfußstraße. Die vier letzteren Namen sind gewählt zur Erinnerung an die Geschichte Niederschönhäusens. Ferner wurde beschlossen, daß das dritte von drei gleichzeitig die höhere Schule besuchenden Geschwistern vom Schulgeld befreit sein soll; dies gilt jedoch nur für einheimische Kinder. Dem Gemeindevorstand wurde eine Generalvollmacht in Grundbuchsachen, insbesondere zur Erteilung und Entgegennahme von Auflassungen, erteilt, um dadurch Zeit und Kosten zu ersparen. Hierauf fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

### Französisch-Buchholz.

Ueber 100 000 Arbeitslose und der preussische Landtag war das Thema, welches der Landtagsabgeordnete Genosse Vorkmann in einer Volksversammlung behandelte. Kohnen zeigte eingehend, wie die bestehende Arbeitslosigkeit zu mindern wäre. Ferner behandelte er die Steuerdebatte im preussischen Landtag. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. An der Diskussion nahmen die Genossen Neumann und Thiede teil. Ersterer wies darauf hin, daß unsere Gemeinde jetzt schon 100 Proz. Kommunalsteuer erhebt. Nach Annahme des Lehrerbildungsgesetzes sowie infolge der neuerbauten Schule, die mit 92 000 M. veranschlagt war, aber noch nicht ganz fertig schon 112 000 M. kostet, dürfte noch eine Steigerung des Steuerertrages erfolgen. Der Referent erwähnte in seinem Schlußwort noch, daß verschiedene Gemeinderäte durch Annahme des Lehrerbildungsgesetzes noch schwerer zu lämpfen haben werden wie bisher. Der Vorsitzende ermahnte zum Schluß, recht rege für den Wahlverein und die Presse zu agitieren. Der Gesangsverein „Wach auf“ leitete durch ein Lied die Versammlung ein und schloß auch in derselben Weise die gutbesuchte Versammlung.

### Reinickendorf-West.

Die letzte gutbesuchte Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst einen Vortrag der Genossin Fel. Dr. Wygodzinski über das Thema: „Die weit ist medizinische Auffklärung für das Publikum notwendig?“ entgegen. Hierauf wurde der Vorstand beauftragt, gegen das Mitglied Schalko beim Kreisvorstand das Ausschlußverfahren zu beantragen. Die Anstellung eines Sekretärs im Kreise Niederbarum wurde gegen 7 Stimmen abgelehnt. Sodann wurde noch beschlossen, am 28. März einen Vortragsabend beim Genossen Schiller (Eichbornstraße) abzuhalten. Der Vorsitzende ersuchte die Mitglieder, recht rege für diese Veranstaltung zu agitieren.

### Spandau.

Ein verheerender Dachstuhlbrand wütete in der Nacht zum 25. d. M. in dem Hause Weisenburgerstr. 18, Ecke Jägerstraße. Das Feuer wurde erst um 12 1/2 Uhr nachts bemerkt. Die kranke Frau des Verwaltungsschreibers Weiße, der im dritten Stockwerk wohnt, hörte durch gegen 12 Uhr jemand den Boden verdröseln und dann die Treppe herunter kam. Etwa 1/2 Stunden später hörte sie ein verdächtiges Knistern und Rascheln. Sie wachte ihren schlafenden Mann und machte ihn auf das Geräusch aufmerksam. Dieser bemerkte auf dem Treppentritt einen dröhnlichen Geräusch. Als er nach dem Boden kam, schlug ihn auch schon der Qualm und die hellen Flammen entgegen. Er alarmierte sofort die Hausbewohner und versuchte die in der Wanlarde wohnende Familie Kolbe, Mann, Frau und vier Kinder zu wecken. Als ihm dies nicht gelang, trat er die Türe ein und rettete die Familie vor dem Verbrennen. Kurz nach 1 Uhr traf die Feuerwehr ein, zunächst, wohl infolge ungenügender Meldung, in nicht genügender Stärke und ohne einen Teil der erforderlichen Geräte. Es fehlte die große Rettungsleiter und die Kasken. Es verging deshalb noch einige Zeit, ehe genügend Mannschaften da waren. Der Dachstuhl des Hauses ist völlig eingestürzt. Zum großen Teil durch Wasser und Feuer wurde auch der oberste dritte Stock zerstört, ebenso mehrere Wohnungen des zweiten Stockwerkes. Mit Mühe und Not konnte die Wehr verhindert, daß das Feuer auf die Nachbarhäuser übergriff. Die Ablosungsarbeiten zogen sich bis morgen acht Uhr hin. Der Feuerwehrmann Hillgardt zog sich eine Rauchvergiftung zu, erholte sich jedoch bald wieder unter Anwendung des Sauerstoffapparates. Die Mieter der in Mitleidenschaft gezogenen Räume mußten mitten in der Nacht, meist unter Zurücklassung ihrer Habe, flüchten und fanden Aufnahme bei anderen Hausbewohnern der anliegenden Häuser. Alle Geschädigten sind gegen Brandschaden versichert. Ueber die Entstehungsurache des Feuers verlautet noch nicht Bestimmtes. Es hat sich bei diesem Brande gezeigt, daß unsere freiwillige Feuerwehr doch noch nicht auf der Höhe der Zeit steht. Es soll anerkannt werden, daß die einzelnen Feuerwehrleute tüchtig arbeiteten, aber die ganze Organisation, namentlich das Meldewesen scheint doch nicht recht zu funktionieren.

### Rawатов.

Ein interessanter Fall von Grundstückspekulation seitens der Verwaltung der Pöhlchen-Kirchengemeinde in Rawатов kam in der

letzten Gemeindevertreterversammlung zur Sprache. Es handelt sich um die an der Kirche gelegenen sogenannten Küsterwiesen. Diese Wiesen sind gemeinschaftliches Eigentum der politischen und der Kirchen-gemeinde. In der richtigen Voraussage, daß diese Grundstücke bei der fortwährenden Entwicklung unseres Ortes in naher Zukunft einen hohen Wert repräsentieren werden, suchte die Kirchenverwaltung den Gemeindevorstand zu bewegen, für eine Geldentschädigung das Eigentumsrecht der Gemeinde an den Wiesen an die Kirchenverwaltung zu veräußern, damit diese Alleineigentümerin der Grundstücke würde. Bei den Besprechungen, die in dieser Sache zwischen dem Kirchenvorstande und dem Gemeindevorstand stattfanden, erklärte letzterer, daß die politische Gemeinde auf dieses Anbieten nicht eingehen werde. Rechtskräftig wurde nun in letzter Zeit verschiedene Privatleute beim Gemeindevorstand wegen Verlaufs eines Teils der Wiesen vorstellig, während sich früher außer den direkt Beteiligten niemand um dieselben bekümmert hatte. Da diese Interessenten für das Terrain auch einen unbedeutend hohen Preis boten, wurde in der Gemeinde verschiedentlich die Vermutung laut, daß die plötzlich aufgetretene Liebhaberei einiger Privatleute für die Küsterwiesen von einer Seite künstlich hervorgerufen sei, die ein Interesse daran habe, die jetzigen Eigentumsverhältnisse an dem genannten Terrain zu ändern. Sie verucht in diesem Falle mit einem ziemlichen Raffinement, ihre materiellen Interessen durch Grundstückspekulation auf Kosten der politischen Gemeinde zu wahren. Letztere hat allerdings einen dicken Strich durch die fein ausgetüschelte Rechnung gemacht, indem die Vertretung nach einem Referat des Bürgermeisters und einer lebhaften Diskussion, an der sich von den Sozialdemokraten Genosse Brühl beteiligte, es ablehnte, in einen Verkauf der Küsterwiesen zu willigen, da es einerseits den Prinzipien einer vernünftigen Gemeindeverwaltung widerspräche, Gemeindegrundstücke zu veräußern, andererseits ein Teil der Grundstücke zu einem Stützpunkt Verwendung finden könnte. Dagegen erklärte sich die Gemeindevertretung bereit, auf Wunsch der Kirchenverwaltung mit dieser in Verbindung zu treten behufs Ablösung derselben von den Eigentumsrechten an den Küsterwiesen.

### Potsdam.

Der neue städtische Etat schließt mit 5 680 610,41 M. ab, das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 430 048,35 M. Eine große Anzahl Etatpositionen der einzelnen Verwaltungen zeigen nur unbedeutende Veränderungen. Bei den Einnahmen weisen das Elektrizitätswerk 152 432 M., die allgemeine Verwaltung 183 357,69 M., die Gemeindebeamten 93 000 M. mehr auf, während Kapitel „Ver-schiedenes“ mit 133 775,03 M. weniger abschließt, was wohl seinen hauptsächlichsten Grund darin hat, daß einzelne Positionen dieses Etats auf andere Verwaltungen über-nommen wurden. — Bei den Ausgaben weisen folgende Kapitel größere Mehrbeträge auf: das Elektrizitätswerk 152 432 M., die Schuldenverwaltung für die städtischen Anleihen 71 100 M. und Kapitel „Verschiedenes“ 61 188,34 M. Bei den Vermögensausgaben ist das Bauwesen mit 111 100 M. am stärksten beteiligt. — Der Kommunalsteuerzuschlag bleibt mit 110 Proz. bestehen. Für die jetzige Gebäudesteuer soll nach neuen Veranlagungen eine Grund-wertsteuer erhoben werden, die mit 3 Promille angelegt eine Einnahme von 70 000 M. gegen die jetzige Gebäudesteuer bringen soll.

Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Die Klagen sind gegen frühere Jahre etwas zurückgegangen und betragen beim Gewerbe-gericht 135. Davon waren 133 von Arbeitnehmern und 2 von Arbeitgebern eingereicht. Sie betrafen meist Lohnsag und Schadenan-sprüche bei Vertobjekten von 1,50 bis 6350. Von den ein-gereichten Klagen wurden 20 vom befehligen Gericht entschieden, 118 vom Vorsitzenden allein im Wege der Verhandlung und 2 wurden als unerledigt auf das nächste Jahr übernommen. — Das Kaufmannsgericht erledigte 35 Klagen von Handlungsgehilfen und Verkäuferinnen. Die Vertobjekte betragen von 2 bis 2205 M. 18 Fälle wurden im Zeitraum von weniger als einer Woche er-ledigt.

Submissionsblüten. Die Eisenbahnverkehrsinspektion Berlin VII schrieb vor einigen Tagen im Submissionswege die Neupflasterung der Vohlsberger Straße aus, die von den Wästenhäusern bis zur Kaiser-Wilhelm-Brücke neu reguliert wird. An der Ausschreibung nahmen 23 Bewerber teil. Es galt nach den Submissionsbestimmungen, 61 000 Quadratmeter altes Pflaster aufzubrechen, ab-zufahren und den Boden um 1/2 Meter auszufüllen, ferner die Straße mit neuem Granitpflaster zu belegen, einen Radfahrweg anzulegen, einen Zaun auszubestern usw. Die billigste Offerte gab die Charlottenburger Tiefbau-Gesellschaft mit 40 088,40 M., die teuerste R. Jung-Nieder-Schönhäusen mit 94 482,25 M. ab. Der letzte der 23 Bewerber überbot also den billigsten Konkurrenten um 114 Proz. Die Potsdamer Steinlegemeister, die natürlich auch an dem Wettbewerb teilnahmen, gehörten durchschnittlich zu den teuren Submittenten.

## Vermischtes.

Eine furchtbare Explosion ereignete sich, wie aus Plauen ge-meldet wird, vorgestern abend in der Lichtanlage eines Gasthauses zu Schwabach. Das Gasthaus wurde vollständig zerstört. Zwei Personen wurden tot aufgefunden.

Ueber die Lage im Hochwassergebiet der Elbe und Havel ver-öffentlichlich die Igl. Wasserinspektion in Rathenow folgenden an-lischen Bericht: Die Eisbrecher auf der Elbe befinden sich zur Zeit bei Dommitzchenholz. Die größte Eisverstopfung ist überwunden. Der Wasserstand der Havel bei Havelberg beträgt heute vormittag 3,80 Meter, der Wasserstand der Elbe bei Dommitzchenholz 3,26 Meter. Das Wasser ist also erheblich gefallen.

Der Dieb im Reiselorb. Aus Ratibor wird unterm gestrigen Tage gemeldet: Heute nacht wurde auf Bahnhof Landzin von einem unbekannten Mann ein schwerer Reiselorb zur Aufbewahrung übergeben. Als der Korb in den Gepäckraum gebracht wurde, ver-nahmen Bahnbedienstete ein verdächtiges Geräusch. Nach Ent-fernung des Kochebdeckels entdeckten sie in dem Korb einen Mann. Die genaue amtliche Feststellung ergab, daß es sich um einen vor-vierzehn Tagen aus dem Zuchtshaus entlassenen Arbeiter handelt, der wahrscheinlich die Willektasse zu betrauben beabsichtigte. Auch der Unbekannte, der den Korb zur Aufbewahrung übergab, wurde nachträglich ermittelt.

Das Eisenbahnunglück bei Raubeuge. Ueber das in unserer gestrigen Nummer bereits gemeldete Eisenbahnunglück wird noch aus-Will berichtet: Nach neueren Feststellungen sind bei dem Eisenbahn-unglück bei Raubeuge drei Zugbedienstete getötet und zwei Zug-bedienstete sowie vierzehn Reisende verletzt worden.

Wasserkunde-Nachrichten  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom  
Berliner Wetterbureau.

|                   | am     |        | am                   |        |    |
|-------------------|--------|--------|----------------------|--------|----|
|                   | 25. 2. | 24. 2. | 25. 2.               | 24. 2. |    |
| Remel, Müll       | 170    | -1     | Saale, Großitz       | 100    | 0  |
| Bregel, Jüterburg | -1     | -8     | Havel, Spandau       | 71     | -1 |
| Weißenh., Törn    | 68     | -2     | Havel, Rathenow      | 116    | -2 |
| Ober, Ratibor     | 81     | -3     | Spree, Spremberg     | 94     | 0  |
| • Trofen          | 152    | -3     | • Weesow             | 101    | +2 |
| • Frankfurt       | 214    | -9     | Weser, Röhden        | -65    | 0  |
| Barthe, Schirrm   | 56     | -2     | • Röhden             | 18     | -6 |
| • Landberg        | 64     | -5     | Rhein, Maximiliansau | -      | -  |
| Reye, Borsdamm    | 49     | -6     | • Röhden             | 97     | -2 |
| Elbe, Leimert     | -4     | -3     | • Röhden             | 91     | -6 |
| • Dresden         | -16    | +6     | Redar, Heilbronn     | 40     | -8 |
| • Dacha           | 98     | -14    | Rain, Wertheim       | -      | -  |
| • Raubeuge        | 60     | -12    | • Röhden             | 48     | -6 |

+) bedeutet Quasi, — Zoll, — ?) Unterpegel. — \*) Ostwind. — \*) Westwind.



Die Forderungen des Zentral-Verbandes der Fleischer sind vom Schlächtermeister H. Borchert, Grünauer Straße 2, anerkannt und gilt dieser Betrieb als geregelt. 262/1  
**Zentral-Verband der Fleischer.**  
 Ortsverwaltung Berlin.

### Partei-Expeditionen:

**Zentrum I:** 7. u. 8. Linie, Wauerstr. 89.  
**Zentrum II:** Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Rosenthalstraße.  
**2. Wahlkreis:** Behn: Gustav Schmidt, Kirchb. 14, Postkammer.  
 Süden und Südwesten: Hermann Berner, Guelienaustr. 72, Laden.  
**3. Wahlkreis:** St. Fris, Weinstr. 31, Hof rechts part.  
**4. Wahlkreis:** Otten: Robert Bengels, Albersdorferstr. 3, am Alsterufer.  
 — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).  
**4. Wahlkreis:** Südosten: Paul Böhm, Langenplatz 14/15 (Laden).  
**5. Wahlkreis:** Leo Jucht, Zimmereistr. 12 (Hof).  
**5. Wahlkreis (Hohbit und Hansaviertel):** Karl Anders, Salzmedlerstr. 8, im Laden.  
**Wedding:** Karl Bethe, Rajareichstr. 49.  
**Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:** Hermann Kahlke, Uferstr. 36, Eingang Kottb. Str.  
**Gesundbrunn:** F. Trapp, Stettinerstr. 10.  
**Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Schenkerstr. 123.  
**Adlershof:** Erich Steuer, Kadenerstr. 3, II.  
**Alt-Glienicker:** Wilhelm Dörre, Wandowstr. 83 II.  
**Baumshulenberg:** H. Hornig, Rantenhofstr. 13, I.  
**Bernau-Röntgenal:** Heinrich Droje, Hobekestr. 74, part.  
**Bohnsdorf und Falkenberg:** G. Pfeifer, Bohndorf, Gesellschaftshaus.  
**Charlottenburg:** Gustav Scharpberg, Seifenmeisterstr. 1, Ecke Kochb. Str., Laden.  
**Eichwalde, Zeuthen, Biersdorf und Hanksel Ablage:** Fritz Didenburg, Eichwalde, Kronprinzstr. 81.  
**Erkner:** Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.  
**Friedenau-Steglitz-Südende:** H. Bernsee, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Mohr, Doppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Koornstr. 15a.  
**Friedrichshagen:** Ernst Berdmann, Friedrichstr. 67, Laden.  
**Grünau:** Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.  
**Hohen-Neuendorf:** Wilhelm Lentzner, Berlinerstr. 8.  
**Johannisthal:** Friede, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.  
**Karlshorst:** Richard Hüter, Köpckestr. 9, II.  
**Königs-Wusterhausen:** Friedrich Baumann, Amisgarten 3.  
**Köpenick:** Emil Hüter, Köpenickerstr. 6, Laden.  
**Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg:** Otto Seifert, Kronprinzstr. 4, I.  
**Mahlsdorf und Kaulsdorf:** Hugo Scheide, Mahlsdorf, Bolanderstr. 14.  
**Nariendorf:** August Leip, Chaussee 206, Hof.  
**Neu-Weißensee:** Kurt Jührmann, Sedanstr. 105, partere.  
**Nieder-Schöneweide:** Sonatoma, Haselwerderstr. 8.  
**Nowawes:** Wilhelm Jappe, Viefkerstr. 46.  
**Ober-Schöneweide:** August Henjes, Laufenerstr. 2, I.  
**Pankow-Niederschönhausen:** Wächterstr. 73.  
**Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:** F. Gurth, Ramestr. 12, I.  
**Rixdorf:** R. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden.  
**Rummelsburg, Boxhagen:** A. Rosenkrantz, III-Boxhagen 56.  
**Schmargendorf:** Gustav Kaminski, Gumbstr. 2.  
**Schöneberg:** Wilhelm Dümmler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.  
**Spandau:** Adolph, Bogowstr. 9.  
**Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Borsigwalde, Mänichstr. 10.  
**Teltow:** Wilhelm Kessler, Hoberfeldestr. 7.  
**Tempelhof:** Albert Lhiel, Friedrich Wilhelmstr. 20.  
**Treptow:** Rob. Gramenz, Hiesb. Str. 412, Laden.  
**Wilmsdorf-Balensee:** Zille, Sigmaringenstr. 5.  
 Alle Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

**Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.**

Bitte ausschneiden.

**In 1 Minute erreichen Sie durch Clio**  
 ges. gesch. 26792  
**Chemisches Lederpräparat**  
**Doppelte Haltbarkeit Ihrer Schuhsohlen und Absätze.**  
**Bester Schutz gegen Nässe.**  
 Preis pro Flasche **10 Pf.** Ueberall käuflich.  
 Alleinige Fabrikanten A. M. Riedel & Co., Chemische Werke, Charlottenburg 5, Oranienstraße 11. Fernspr. Charl. 2091.

**Orts-Krankenkasse der Messerschmiede, Schwertfeger u. Berufiger chirurgisch. Instrumente zu Berlin.**  
**Bekanntmachung.**  
 Die VI. Abänderung zum Statut (Beschluss der General-Versammlung vom 17. November 1908 betreffend Beitragserhöhung) ist vom Bezirksausschuss genehmigt und tritt mit Montag, den 1. März 1909, in Kraft.  
**Der Vorstand.**

**Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.**  
 :: Unerreichte ::  
 Leistungsfähigkeit.  
**Allein-Verkauf.**  
 Sehr starkes Leder mit Zwirnkette in grauen und braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte mit starkem Garn.  
 Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flecken umsonst.  
 Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

**S. Gottlieb**  
 Rosenthaler Str. 54  
 I. Etage  
 Herren- und Knaben-Garderobe.  
 Möbel in jeder Holzart.  
 Damen-Konfektion  
 Paletots, Kragen, Röcke, Blusen, Kostüme.  
 Manufakturwaren jeder Art.  
 Auf Teilzahlung.  
 Spielend leichte Abzahlung!

**Berufs- u. Schutzkleidung**  
 für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.  
**BAER SOHN**  
 Spezial-Haus größten Maßstabes  
 Chausseestr. 39-30 — Brückenstr. 22  
 Gr. Frankfurterstr. 29.  
 Haupt-Katalog gratis u. franko.  
 Nachdr. verboten

Die **homöopathische Poliklinik** des Berliner Vereins homöopathischer Ärzte ist von der Charlottenstr. 82 nach dem Hahnemannhaus, Königgräzer Str. 48 verlegt.  
 Sprechst. täglich 11-1/2-1/2. 9545

**Zu Engrospreisen**  
 kauft man direkt in einer Herrenkleiderfabrik **Paletots und Anzüge** wegen vorzüglicher Stoffe und Umzugs. Die Fabrik hat jetzt nur **engros** an bedeutende Herrenkonfektionsgeschäfte Berlins verkauft, daher diese **diskrete** Bekanntmachung. Bei schriftlichen Anfragen unter **A. 1** an die Haupt-Expedition des „Vorwärts“ wird Ihnen diese vorteilhafte Bezugsquelle umgehend angemeldet. Auch über die Nachanfertigung viele Anerkennungs-schreiben vorhanden.

# Zur Konfirmation

empfehlen

für Mädchen:

|   |       |
|---|-------|
| Schnürstiefel mit Lackleder, enorm wert.  | 5 90  |
| Schnürstiefel fein Boyleder, sehr beliebt.  | 7 50  |
| Schnürstiefel echt Boyfell, bewährte Qualität.  | 10 50 |
| Schnürstiefel la. Chevreau mit Lackleder, moderne, breite Pahform.  | 9 00  |
| Schnürstiefel „Original-Goodyear-Welt“ in la. Boyfell oder Chevreau, mit und ohne Lackleder, schick Formen. | 12 50 |

für Knaben:

|  |                        |       |
|--|------------------------|-------|
| Schnürstiefel in kräftiger Ausführung.   | 7 20                   | 6 70  |
| Schnürstiefel fein Boyleder, vorzügliche Pahformen.  | 9 50, 8 80, 8 40, 8 20 | 7 60  |
| Schnürstiefel echt Boyfell, haltbarste Konfirmationsstiefel.   | 10 90, 9 50, 9 40      | 8 80  |
| Schnürstiefel echt Chevreau mit Lackleder, sehr elegant.   |                        | 10 50 |
| Schnürstiefel „Original-Goodyear-Welt“ in la. Boyfell oder Chevreau, mit und ohne Lackleder, hochmoderne Formen. |                        | 12 50 |

**Weiße Stiefel**

in reichhaltigster Auswahl zu bekannt billigen Preisen!

Unsere „Original-Goodyear-Welt“-Zabellate für Damen und Herren in der Preislage von **12 50**

sind in Bezug auf Pahform, Gang, Material und Ausführung unübertroffene Meisterstücke!

# Conrad Tack & Cie.

Schuhwaren-Fabrik :: Burg bei Magdeburg

118 eigene in 90 Städten des Deutschen Reiches befindliche Geschäfte.

- C., Spittelmarkt 15 (Telldamm)
- C., Rosenthaler Straße 14
- W., Potsdamer Straße 50  
Fernsprecher: VI 16831
- W., Schilfstraße 16, Fernsprecher: VI 16831
- NW., Lärmsstraße 41, Ecke Oldenburger Straße  
Fernsprecher: II 7820
- NW., Wilsnacker Straße 22

Eigene Verkaufsgeschäfte in Berlin und Umgegend:

- NW., Besselfstraße 29
- N., Friedrichstraße 127, schräg gegenüber der Oranienburger Straße
- N., Müllerstraße 3
- N., Reinickendorfer Straße 23 gegenüber der Plantagenstraße
- N., Brunnenstraße 37
- N., Danziger Straße 1

- O., Andraeststraße 50
- O., Frankfurter Allee 125
- SO., Oranienstraße 32, zwischen dem Oranienplatz und Adalbertstraße
- SO., Oranienstraße 2a, unmittelbar an der Hochbahnstation Oranienstraße
- SO., Wrangelstraße 49
- SW., Friedrichstr. 240-241, am Hof. Tor

Mehr als 2000 Angestellte

- Charlottenburg:**  
Wilmersdorfer Straße 122-123.
- Rixdorf:**  
Bergstraße 30-31.
- Potsdam:**  
Brandenburger Straße 54.

Achten Sie bitte auf Straße und Hausnummer unserer Geschäfte, denn nirgend anderswo werden Sie mit Schuhwaren von so hervorragender Güte zu so auffallend billigen Preisen bedient!



